



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

09 | 2013

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Kindeswohl 2012

Ausländische Bildungsabschlüsse

Erwerbstätigkeit 2012



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Für das Berichtsjahr 2012 wurde erstmals eine neue Statistik zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls durchgeführt. Danach wurden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 insgesamt 5 590 Verfahren zur Gefährdungseinschätzung durchgeführt und abgeschlossen. Somit waren 0,8 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren betroffen.

B e i l a g e n : Faltblätter „Weinbau“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

09 | 2013

STATISTISCHE MONATSHEFTE

66. Jahrgang

kurz + aktuell	831
----------------	-----

Industrie ■ Baugewerbe ■ Handel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus
Landwirtschaft ■ Soziales ■ Bildung ■ Energie ■ Verkehr
Schulden

Aus der amtlichen Statistik	847
-----------------------------	-----

Verbraucherpreise	848
-------------------	-----

Rheinland-Pfalz in Karten: Anbau von Freilandgemüse 2012 nach Verwaltungsbezirken	849
--	-----

Gefährdung des Kindeswohls	850
----------------------------	-----

Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse	857
--	-----

Erwerbstätigkeit 2012	864
-----------------------	-----

Daten zur Konjunktur	874
----------------------	-----

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	907
-------------------------------	-----

Neuerscheinungen	923
------------------	-----

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe im Juni gegenüber Vorjahr gesunken

Im Vergleich zum Vormonat ist die Produktion in der rheinland-pfälzischen Industrie im Juni 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,5 Prozent gestiegen. Lediglich die Konsumgüterhersteller konnten ihre Produktion erhöhen (+1 Prozent). Dagegen verringerte sich bei den Investitionsgüterproduzenten (-0,9 Prozent) der Güterausstoß, bei den Vorleistungsgüterproduzenten blieb er unverändert. Von den drei großen Industriebranchen weiteten der Fahrzeugbau (+1,4 Prozent) und die chemische Industrie (+1,2 Prozent) ihren Output aus. Der Maschinenbau verzeichnete eine niedrigere Produktion als im Mai (-2,2 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich der bereinigte Output im verarbeitenden Gewerbe im Juni 2013 um 1,7 Prozent. Die Konsumgüterproduzenten (-5 Prozent) sowie die Investitionsgüterhersteller (-4,1 Prozent) meldeten deutliche Produktionsrückgänge. Aber auch bei den Vorleistungsgüterproduzenten fiel der Güterausstoß niedriger aus als im Vorjahr (-0,5 Prozent). Von den drei großen Branchen des Landes registrierten der Maschinenbau (-5,3 Prozent) und der Fahrzeugbau (-3,5 Prozent) eine geringere Produktion, während der Output in der chemischen Industrie im Vorjahresvergleich anstieg (+2,5 Prozent).

Im ersten Halbjahr 2013 sank die Produktion in der Industrie preis-, kalender- und saisonbereinigt um ein

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Juni 2013		Jan. bis Juni 2013
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Mai 2013	Juni 2012	Jan. bis Juni 2012
Entwicklung der Produktion			
Industrie	0,5 %	-1,7 %	-1,0 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	0,0 %	-0,5 %	0,1 %
Investitionsgüterproduzenten	-0,9 %	-4,1 %	-2,6 %
Konsumgüterproduzenten	1,0 %	-5,0 %	-2,6 %
Chemie	1,2 %	2,5 %	2,2 %
Fahrzeugbau	1,4 %	-3,5 %	-1,1 %
Maschinenbau	-2,2 %	-5,3 %	-7,0 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	3,4 %	3,7 %	1,9 %
Inland	5,9 %	8,3 %	1,4 %
Ausland	1,3 %	0,6 %	2,6 %
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,5 %	3,1 %	3,9 %
Investitionsgüterproduzenten	6,1 %	8,2 %	3,0 %
Konsumgüterproduzenten	0,7 %	-11,8 %	-10,6 %
Chemie	1,8 %	7,5 %	8,7 %
Fahrzeugbau	7,5 %	11,1 %	9,0 %
Maschinenbau	3,7 %	3,9 %	-2,4 %

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Prozent. Der Güterausstoß der Konsumgüterproduzenten und der Investitionsgüterproduzenten (jeweils -2,6 Prozent) war niedriger als im Vorjahreszeitraum. Der Output der Vorleistungsgüterproduzenten blieb nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Unter den drei großen Industriebranchen in Rheinland-Pfalz verzeichnete der Maschinenbau eine stark sinkende Produktion (-7 Prozent). Der Fahrzeugbau war ebenfalls rückläufig (-1,1 Prozent). Dagegen produzierte die chemische Industrie mehr als im Vorjahreszeitraum (+2,2 Prozent).

Auftragseingänge der Industrie im Juni gestiegen

Im Vergleich zum Vormonat verbesserte sich der Auftragseingang in der rheinland-pfälzischen Industrie im Juni 2013 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,4 Prozent. Dabei zog insbesondere die Inlandsnachfrage an (+5,9 Prozent). Die Auslandsnachfrage legte ebenfalls zu (+1,3 Prozent). Zudem stiegen die Auftragseingänge in allen Industriehauptgruppen. Am stärksten erhöhten sich die Bestellungen der Investitionsgüterproduzenten (+6,1 Prozent). Bei den Vorleistungs-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



güter- bzw. Konsumgüterproduzenten fiel das Plus mit 1,5 bzw. 0,7 Prozent deutlich niedriger aus. Von den drei großen Branchen des verarbeitenden Gewerbes stieg die Nachfrage im Fahrzeugbau am kräftigsten (+7,5 Prozent). Der Maschinenbau (+3,7 Prozent) sowie die chemische Industrie (+1,8 Prozent) verzeichneten ebenfalls mehr Bestellungen als im Vormonat.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die bereinigten Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Juni um 3,7 Prozent erhöht. Im Inlandsgeschäft wurde ein Auftragsanstieg um 8,3 Prozent registriert. Die Auslandsnachfrage verbesserte sich dagegen nur schwach (+0,6 Prozent). Sowohl die Investitionsgüterproduzenten (+8,2 Prozent) als auch die Vorleistungsgüterproduzenten (+3,1 Prozent) erhielten deutlich mehr Aufträge. Bei den Konsumgüterproduzenten ergab sich ein kräftiger Nachfragerückgang gegenüber dem Vorjahr (-12 Prozent). Die drei großen Branchen des Landes meldeten mehr Bestellungen als im Vorjahr. Im Fahrzeugbau (+11 Prozent), in der chemischen Industrie (+7,5 Prozent) sowie im Maschinenbau (+3,9 Prozent) fiel das Auftragsplus überdurchschnittlich aus.

Im ersten Halbjahr 2013 verbesserte sich die Nachfrage in der rheinland-pfälzischen Industrie preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,9 Prozent. Die größeren Nachfrageimpulse kommen nach wie vor aus dem Ausland (+2,6 Prozent). Aufgrund der positiven Entwicklung im Juni verbesserte sich nun aber auch wieder die Binnennachfrage (+1,4 Prozent).

Während die Vorleistungsgüterproduzenten (+3,9 Prozent) und die Investitionsgüterproduzenten (+3 Prozent) eine verbesserte Auftragslage meldeten, ging die Nachfrage nach Konsumgütern spürbar zurück (-11 Prozent). Von den drei großen Industriebranchen verbuchten der Fahrzeugbau (+9 Prozent) und die chemische Industrie (+8,7 Prozent) ein deutliches Auftragsplus. Die Aufträge im Maschinenbau waren dagegen um 2,4 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum.

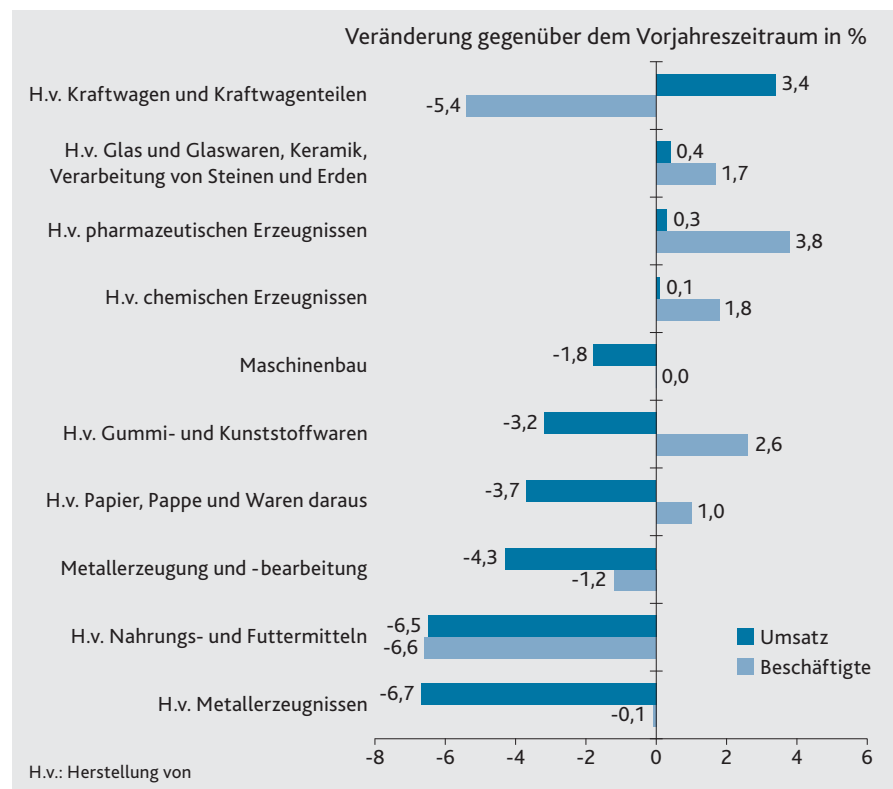
Industrie setzt im ersten Halbjahr weniger um

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte von Januar bis Juni 2013

Umsätze in Höhe von 42,4 Milliarden Euro. Das waren 0,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: -2,3 Prozent). Die Auslandsumsätze stiegen um 0,7 Prozent (Deutschland: -0,3 Prozent), während die Inlandserlöse um 2,5 Prozent zurückgingen (Deutschland: -4 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, betrug 54,9 Prozent (Deutschland: 47,8 Prozent).

Im Juni 2013 wurden 248 069 Beschäftigte registriert, rund 500 weniger als im Vorjahresmonat (-0,2 Prozent; Deutschland: +0,4 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 1,7 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 2012 (Deutschland: -0,9 Prozent).

Umsätze im 1. Halbjahr 2013 und Beschäftigte im Juni 2013 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Vier der zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriezweige erzielten im Vergleich zum ersten Halbjahr 2012 höhere Umsätze. Am deutlichsten fiel der Zuwachs bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus (+3,4 Prozent). Ausschlaggebend für die positive Entwicklung war hier die kräftig gestiegene Auslandsnachfrage (+6,4 Prozent), während die Inlandserlöse leicht nachgaben (-1,4 Prozent). Die Erlöse der Hersteller von Glas und Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden, der Pharmaindustrie und der chemischen Industrie stiegen nur geringfügig an. Die übrigen Wirtschaftszweige verzeichneten durchweg Umsatzrückgänge. Die stärksten Einbußen mussten die Hersteller von Metallerzeugnissen sowie von Nahrungs- und Futtermitteln hinnehmen (-6,7 bzw. -6,5 Prozent). In beiden Branchen gingen sowohl die Inlands- als auch die Auslandserlöse deutlich zurück.

Fünf der zehn umsatzstärksten Industriebranchen meldeten im Juni 2013 ein Beschäftigtenplus: In der Pharmaindustrie lag der Personalstand um 3,8 Prozent über dem Vorjahresmonat, und auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren legten deutlich zu (+2,6 Prozent). Der Beschäftigtenzuwachs der chemischen Industrie sowie der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden fiel moderater aus und lag bei 1,8 bzw. 1,7 Prozent. Deutlich weniger Beschäftigte als im Vorjahresmonat verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Fut-

termitteln sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-6,6 bzw. -5,4 Prozent).

Bauhauptgewerbe im ersten Halbjahr mit leichtem Umsatzplus, aber weniger Auftragseingängen

Im ersten Halbjahr 2013 lagen die Auftragseingänge um 5,1 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Umsätze waren etwas höher als im Vorjahreszeitraum (+0,4 Prozent).

Im Vormonatsvergleich hat sich die Nachfrage nach Bauleistungen kalender- und saisonbereinigt um zwei Prozent verbessert. Dabei übertraf der kräftige Anstieg der Auftragseingänge im Hochbau (+18 Prozent) den deutlichen Rückgang im Tiefbau (-10

Prozent). Vor allem im gewerblichen Hochbau zeigte sich eine positive Entwicklung (+29 Prozent). Die stärksten Einbußen musste der Straßenbau hinnehmen (-21 Prozent).

Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich gegenüber dem Vormonat kalender- und saisonbereinigt um 2,1 Prozent. Während es im Hochbau ein Minus von 6,5 Prozent gab, registrierte der Tiefbau steigende Umsatzzahlen (+2,1 Prozent). In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber sanken die Umsätze insbesondere im gewerblichen Hochbau (-8,6 Prozent) und im öffentlichen Hochbau (-7,4 Prozent). Zulegen konnten dagegen der Straßenbau (+4,1 Prozent) und der gewerbliche Tiefbau (+3,9 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Juni 2013		Jan. bis Juni 2013
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Mai 2013	Juni 2012	Jan. bis Juni 2012
Auftragseingang	2,0 % ↑	0,5 % ↗	-5,1 % ↓
Hochbau insgesamt	17,7 % ↑	8,5 % ↑	-7,5 % ↓
Wohnungsbau	-7,8 % ↓	-9,1 % ↓	-14,4 % ↓
gewerblicher Hochbau	28,9 % ↑	18,9 % ↑	-5,2 % ↓
öffentlicher Hochbau	8,9 % ↑	3,2 % ↑	0,1 % ↗
Tiefbau insgesamt	-10,0 % ↓	-6,0 % ↓	-2,8 % ↓
gewerblicher Tiefbau	6,9 % ↑	-0,1 % ↘	-0,5 % ↘
öffentlicher Tiefbau	-1,1 % ↘	30,6 % ↑	4,5 % ↑
Straßenbau	-20,7 % ↓	-22,8 % ↓	-7,2 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-2,1 % ↓	-2,8 % ↓	0,4 % ↗
Hochbau insgesamt	-6,5 % ↓	-4,1 % ↓	0,1 % ↗
Wohnungsbau	2,0 % ↑	-1,8 % ↘	0,0 % →
gewerblicher Hochbau	-8,6 % ↓	-5,5 % ↓	-0,1 % ↘
öffentlicher Hochbau	-7,4 % ↓	-1,1 % ↘	0,5 % ↗
Tiefbau insgesamt	2,1 % ↑	-1,0 % ↘	0,8 % ↗
gewerblicher Tiefbau	3,9 % ↑	12,4 % ↑	11,5 % ↑
öffentlicher Tiefbau	-3,0 % ↓	-9,2 % ↓	2,7 % ↑
Straßenbau	4,1 % ↑	-1,6 % ↘	-4,1 % ↓

¹ Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die bereinigten Auftragseingänge im Baugewerbe leicht um 0,5 Prozent an. Im Hochbau erhöhten sich die Bestellungen deutlich (+8,5 Prozent). Dagegen blieb die Nachfrage im Tiefbau hinter dem Vorjahresergebnis zurück (–6 Prozent). Die stärksten Zuwächse meldeten der öffentliche Tiefbau (+31 Prozent) sowie der gewerbliche Hochbau (+19 Prozent). Zu kräftigen Einbußen kam es vor allem im Straßenbau (–23 Prozent) sowie im Wohnungsbau (–9,1 Prozent).

Im Vergleich zum Juni 2012 ging der baugewerbliche Umsatz kalender- und saisonbereinigt um 2,8 Prozent zurück. Sowohl im Hochbau (–4,1 Prozent) als auch im Tiefbau (–1 Prozent) wurden die Umsätze des Vorjahres nicht erreicht. Mit Ausnahme des gewerblichen Tiefbaus (+12 Prozent) schnitten alle Bereiche schlechter ab als vor Jahresfrist. Die stärksten Rückgänge verzeichneten der öffent-

liche Tiefbau (–9,2 Prozent) sowie der gewerbliche Hochbau (–5,5 Prozent).

Im ersten Halbjahr 2013 sank die Nachfrage nach Bauleistungen im Bauhauptgewerbe kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,1 Prozent. Im Hochbau wurde ein Minus von 7,5 Prozent registriert; im Tiefbau belief sich der Rückgang auf 2,8 Prozent. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber blieben in den meisten Bereichen die Aufträge hinter dem Vorjahreszeitraum zurück. Lediglich im öffentlichen Tiefbau (+4,5 Prozent) sowie im öffentlichen Hochbau (+0,1 Prozent) übertrafen die Auftragseingänge das Vorjahresniveau.

Der bereinigte baugewerbliche Umsatz verbesserte sich von Januar bis Juni 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 um 0,4 Prozent. Sowohl der Hochbau (+0,1 Prozent) als auch der Tiefbau (+0,8 Prozent) verzeichneten

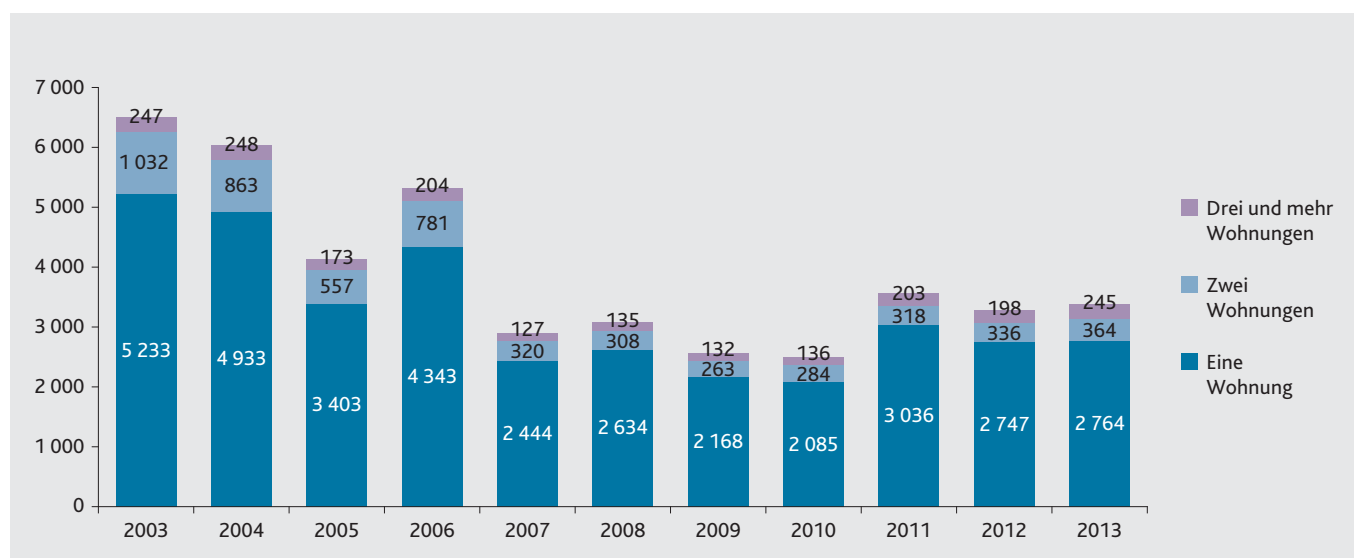
leichte Umsatzsteigerungen. Ein kräftiges Plus verbuchte der gewerbliche Tiefbau (+11,5 Prozent). Vor allem im Straßenbau waren die Umsätze niedriger als im Vorjahreszeitraum (–4,1 Prozent).

Leichter Anstieg der Baugenehmigungen im Wohnbau im ersten Halbjahr

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnbau im ersten Halbjahr 2013 leicht an. Die Bauaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz genehmigten 3 373 Neubauvorhaben und damit 2,8 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012.

Von den Genehmigungen neuer Wohngebäude entfielen 2 764 auf Einfamilienhäuser, 364 auf Zwei- und 245 auf Mehrfamilienhäuser. Insgesamt 5 780 genehmigte Wohnungen bedeuten einen Zuwachs von etwas

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2003–2013 nach Anzahl der Wohnungen



mehr als sechs Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die genehmigte Wohnfläche nahm um vier Prozent zu. Die veranschlagten Baukosten stiegen um 8,5 Prozent.

In den Landkreisen nahm die Zahl der Wohngebäude mit +1,5 Prozent deutlich weniger zu als in den kreisfreien Städten (+12 Prozent). Bei der Zahl der genehmigten Wohnungen verzeichneten die kreisfreien Städte einen Zuwachs von knapp zehn Prozent auf 1 601. In den Landkreisen stieg die Zahl der Baugenehmigungen um fünf Prozent auf 4 179. Landesweit bedeutet dies rein rechnerisch 14,5 genehmigte Wohnungen je 10 000 Einwohner.

Weniger Baugenehmigungen im ersten Halbjahr im Nichtwohnbau, aber deutlich höhere Baukosten

Die Nachfrage im rheinland-pfälzischen Nichtwohnbau war im ersten

Halbjahr des Jahres 2013 weiterhin rückläufig. Die Bauaufsichtsbehörden genehmigten 708 neue Nichtwohngebäude; dies bedeutet gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum einen Rückgang um rund ein Prozent. Die veranschlagte Investitionssumme lag bei 540 Millionen Euro und damit um 23,5 Prozent über der des Vorjahreszeitraumes. Die durchschnittlich veranschlagten Baukosten je Neubauvorhaben stiegen um 24 Prozent auf 763 000 Euro. Die vorgesehene Nutzfläche der Neubauten reduzierte sich um zwei Prozent auf rund 615 000 Quadratmeter.

Die nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude bildeten, trotz der geringeren Zahl an Genehmigungen, mit 389 Bauvorhaben die größte Gruppe. Der vorgesehene Rauminhalt dieser Gebäude blieb hier um 13 Prozent unter dem Vorjahreswert, die voraussichtlichen Baukosten stiegen um 15 Prozent auf 242 Millionen Euro.

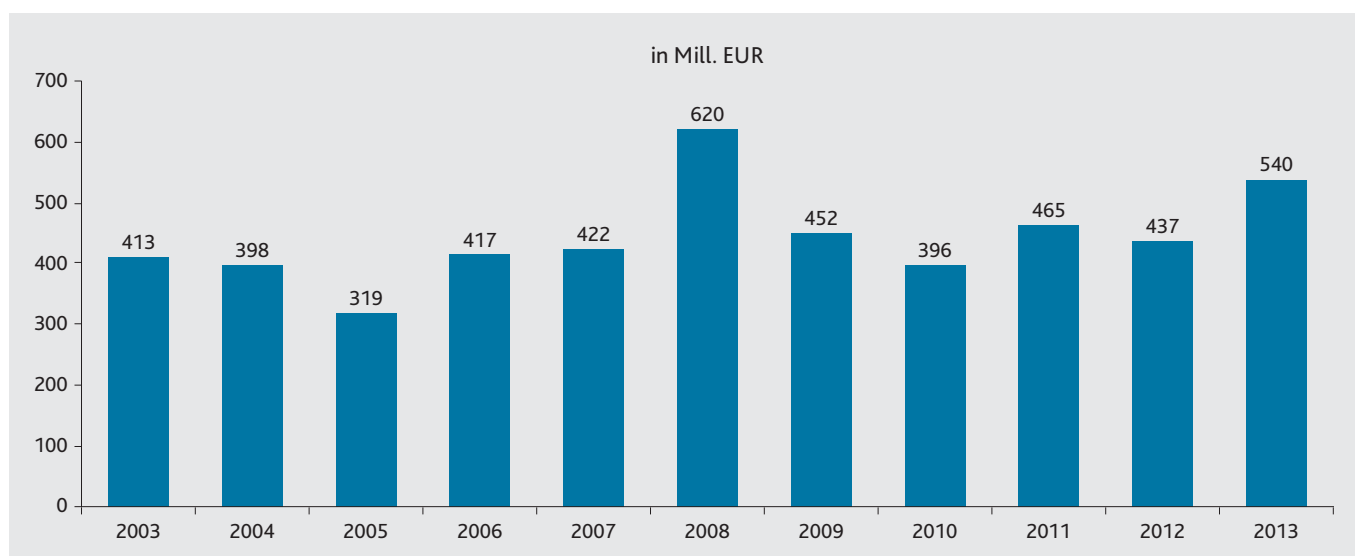
Auch für 182 neu zu errichtende landwirtschaftliche Betriebsgebäude sowie für 54 neue Büro- und Verwaltungsgebäude wurden Baugenehmigungen erteilt. Hier beliefen sich die veranschlagten Investitionssummen auf 49 bzw. 130 Millionen Euro.

Preise für baureifes Land im Jahr 2012 um 4,3 Prozent gestiegen

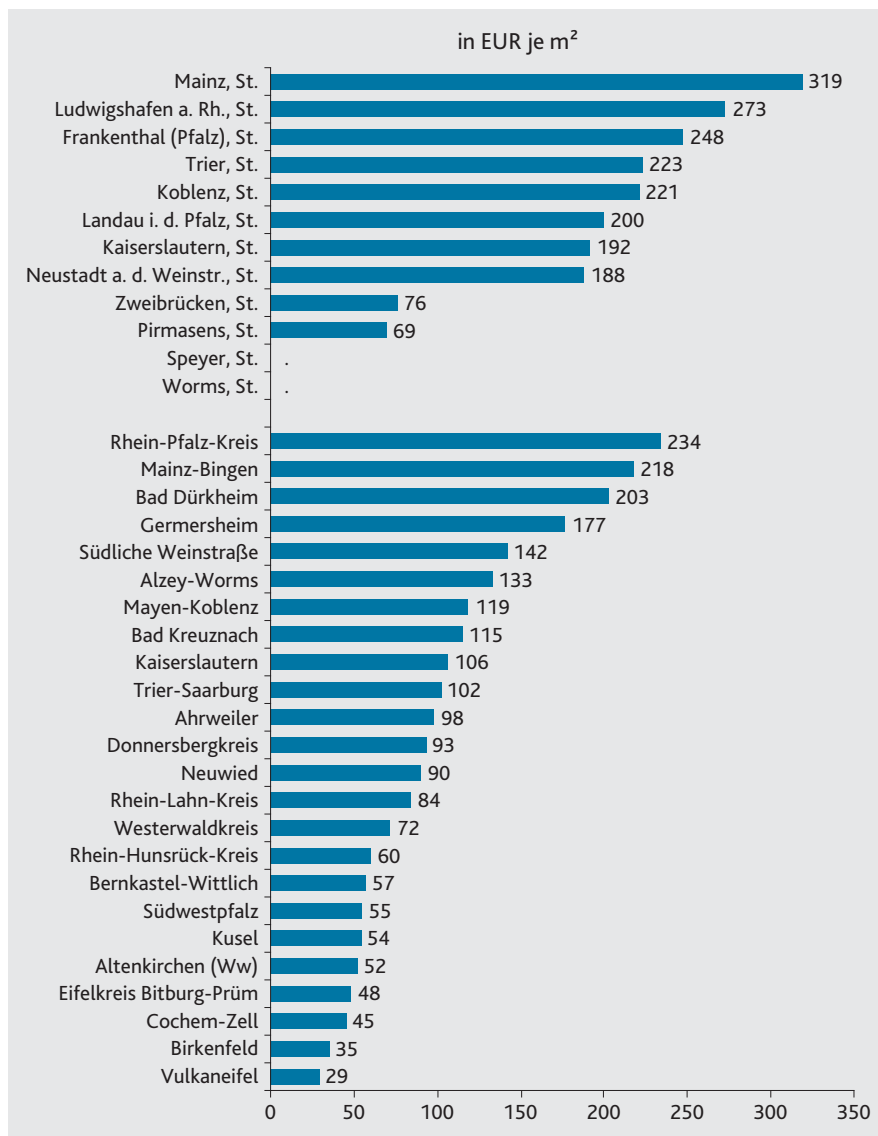
Die Preise für baureifes Land sind in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 weiter gestiegen. Während die Verkäufe leicht zurückgingen (-2,5 Prozent), erhöhte sich der durchschnittliche Quadratmeterpreis im Vorjahresvergleich um 4,3 Prozent auf 122 Euro.

Zwischen den einzelnen Regionen bestanden erhebliche Preisunterschiede. Baureifes Land war in der Stadt Mainz mit 319 Euro pro Quadratmeter am teuersten, es folgten die Städte Ludwigshafen (273 Euro) und Frankenthal (248 Euro). Wesentlich günstiger konnte baureifes Land

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) im 1. Halbjahr 2003–2013



Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2012 nach Verwaltungsbezirken



in den Landkreisen Vulkaneifel (29 Euro), Birkenfeld (35 Euro) und Cochem-Zell (45 Euro) erworben werden. Für die kreisfreien Städte errechnete sich ein durchschnittlicher Kaufwert von 222 Euro, für die Landkreise von 110 Euro pro Quadratmeter. Bestimmend für den Kaufwert von Bauland sind insbesondere die Bevölkerungsdichte sowie die wirtschaftliche Attraktivität einer Region.

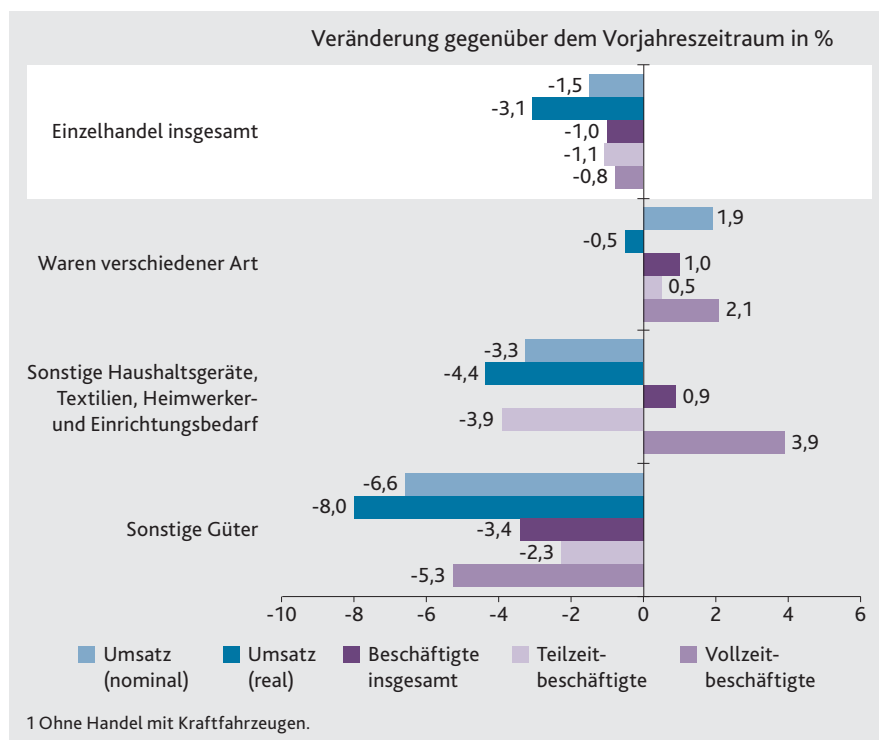
Im Jahr 2012 wechselten insgesamt 6 682 unbebaute Grundstücke den Eigentümer, das waren gut 4,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Dabei wurden für eine Fläche von rund 6,9 Millionen Quadratmetern 620 Millionen Euro gezahlt. Die Mehrzahl der Verkäufe betraf baureifes Land (89 Prozent), 8,4 Prozent der Verkäufe entfielen auf Industrieland, der Rest auf Rohbauland und Land für Verkehrszwecke.

Geringerer Umsatz und weniger Beschäftigte im Einzelhandel

Der Einzelhandel in Rheinland-Pfalz setzte im ersten Halbjahr 2013 sowohl nominal als auch real weniger um als im ersten Halbjahr 2012. Nach vorläufigen Angaben lagen die Einzelhandelsumsätze in den ersten sechs Monaten zu jeweiligen Preisen (nominal) um 1,5 Prozent unter dem Vorjahreswert. Real, unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, waren die Umsätze um 3,1 Prozent niedriger als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012. Deutschlandweit stiegen die nominalen Einzelhandelsumsätze um 0,9 Prozent, real gingen sie um 0,5 Prozent zurück.

Der Umsatz im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören, stieg in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr nominal um 1,9 Prozent. Real war ein Rückgang um 0,5 Prozent zu verzeichnen. Der Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik verzeichnete sowohl nominal (-9,2 Prozent) als auch real (-4,7 Prozent) rückläufige Umsatzziffern. Die gleiche Entwicklung war im Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf zu beobachten. Hier sanken die Umsätze nominal um 3,3 und real um 4,4 Prozent. Der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren erzielte ein Plus von 0,9 Prozent nominal bzw. ein Minus von 1,6 Prozent real. Im Einzelhandel mit sonstigen Gütern, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, blieb

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel¹ im 1. Halbjahr 2013



sen, um 1,5 Prozent über dem Wert der ersten sechs Monate des Vorjahres. Real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – betrug das Umsatzplus 0,7 Prozent (Deutschland: nominal +0,9 Prozent; real –1,4 Prozent).

In der Gastronomie, in der gut 60 Prozent der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, fielen die Zahlen nominal um 4,3 und real um 1,8 Prozent höher aus als im Vorjahreszeitraum. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das annähernd 40 Prozent zum Gesamtumsatz beiträgt, lagen die Umsätze im ersten Halbjahr 2013 hingegen nominal um 4,2 und real um sechs Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Tourismusbranche hatte im ersten Halbjahr einen Rückgang an Gästen und Übernachtungen zu verzeichnen.

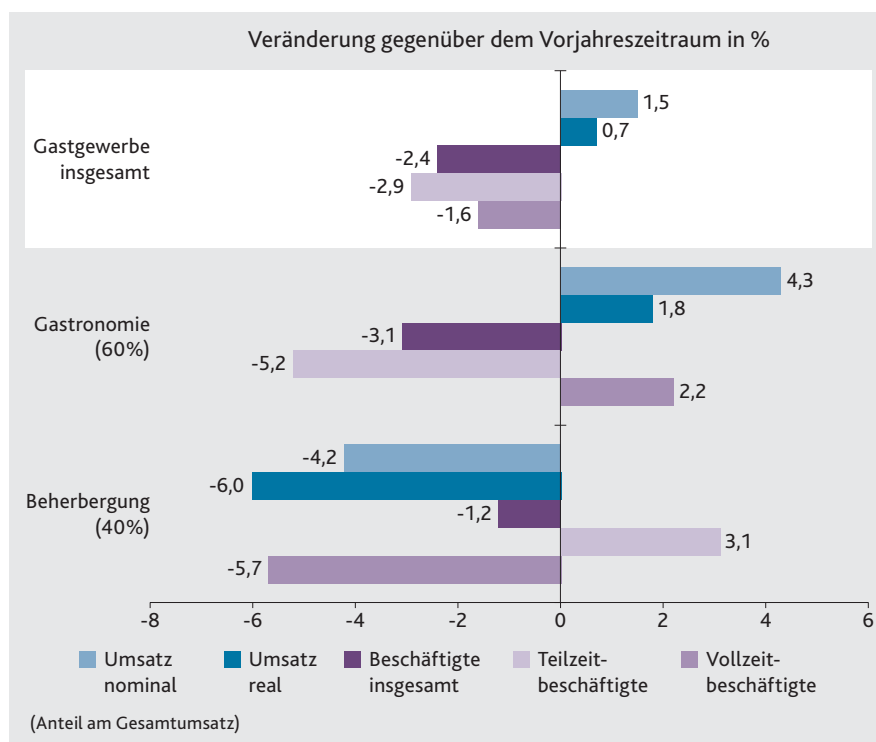
der Umsatz nominal um 6,6 Prozent und real um acht Prozent unter den Vorjahreswerten.

Die negative Umsatzentwicklung wirkte sich auch auf die Beschäftigung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel aus. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag im ersten Halbjahr 2013 ein Prozent unter dem Vorjahresniveau. Dabei ging die Zahl der Vollzeitkräfte um 0,8 Prozent und die Zahl der Teilzeitkräfte um 1,1 Prozent zurück.

Umsatzplus im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe verzeichnete im ersten Halbjahr 2013 ein Umsatzplus. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze nominal, also zu jeweiligen Prei-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe im 1. Halbjahr 2013



Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe war im ersten Halbjahr insgesamt um 2,4 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Vollzeitkräfte verringerte sich um 1,6 und die der Teilzeitkräfte um 2,9 Prozent.

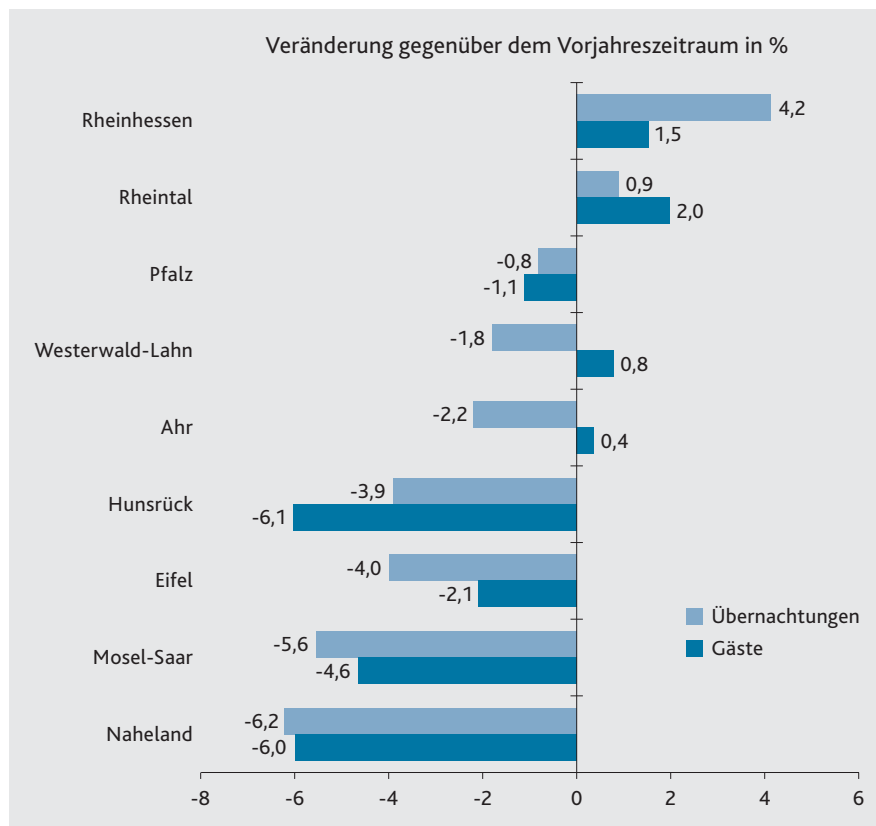
Weniger Gäste und Übernachtungen im ersten Halbjahr 2013

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche konnte im ersten Halbjahr nicht ganz an die guten Ergebnisse der vergangenen beiden Jahre anknüpfen. Von Januar bis Juni übernachteten 3,54 Millionen Gäste im Land. Das waren 1,6 Prozent weniger als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012. Die Zahl ihrer Übernachtungen ging um 2,6 Prozent auf 9,21 Millionen zurück. Trotz des Rückgangs ist das Halbjahresergebnis das drittbeste seit Bestehen des Landes. Höhere Gäste- und Übernachtungszahlen hatte es in den ersten Halbjahren 2011 und 2012 gegeben.

In Hotels sowie Ferienwohnungen und Ferienhäusern stiegen zwar die Gästezahlen, die Übernachtungen gingen jedoch zurück. Gäste- und Übernachtungszuwächse verbuchten Pensionen und Hotels garnis. In allen anderen Betriebsarten sanken sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen, wobei Ferienzentren, Gasthöfe sowie Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen besonders betroffen waren.

Mehr als 2,8 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz. Das war gegenüber den ersten sechs Monaten 2012

Gäste und Übernachtungen im 1. Halbjahr 2013 nach Tourismusregionen

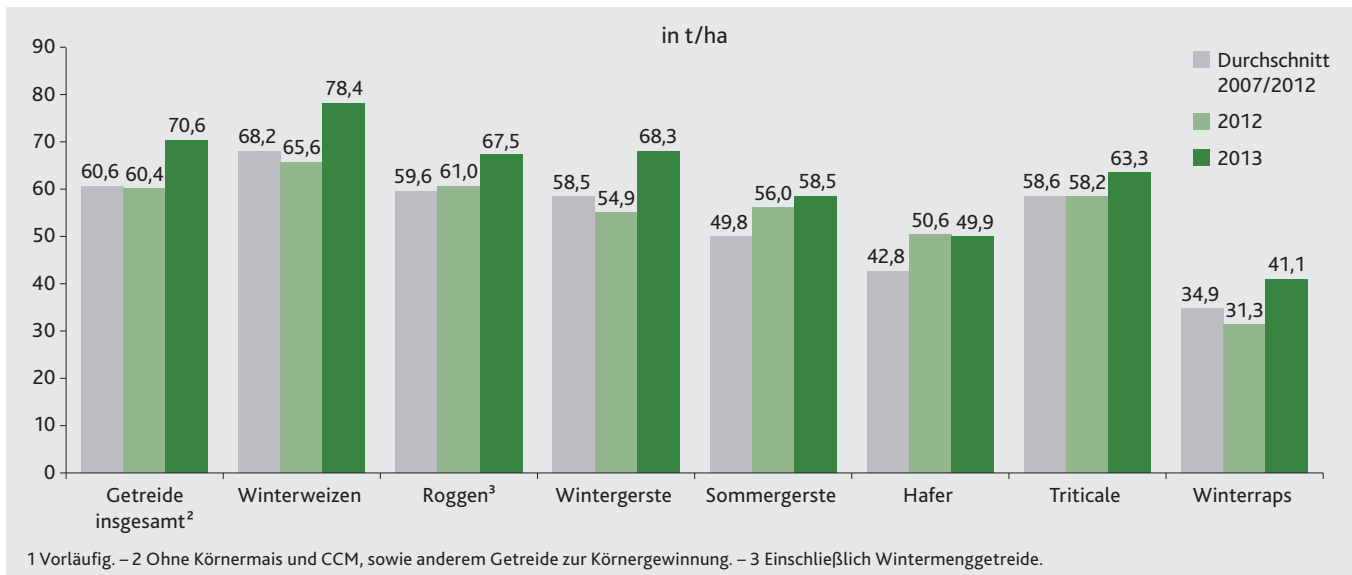


ein Rückgang um ein Prozent. Die Zahl ihrer Übernachtungen sank um zwei Prozent auf 7,3 Millionen. Aus dem Ausland kamen gut 733 000 Besucherinnen und Besucher (-3,7 Prozent), die knapp 1,9 Millionen Übernachtungen buchten (-4,6 Prozent).

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer nach wie vor die mit Abstand größte Gruppe. Auf sie entfielen 691 000 Übernachtungen (-10 Prozent). Auf Rang zwei folgten die Gäste aus Belgien mit nahezu 333 000 Übernachtungen (-7 Prozent), an dritter Stelle Gäste aus den USA mit 163 000 Übernachtungen (-2 Prozent).

Sehr gute Getreideernte

Die rheinland-pfälzischen Landwirte können dieses Jahr – nach einer vorläufigen Bilanz – mit fast 1,7 Millionen Tonnen eine sehr gute Getreideernte einbringen. Sie liegt gut 18 Prozent über dem Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre. Gegenüber dem Vorjahr, in dem nur 1,4 Millionen Tonnen geerntet wurden, stellt dies eine Zunahme von 23 Prozent dar. Auch beim Winterraps wird die Erntemenge mit 190 000 Tonnen deutlich um 23 Prozent über dem langjährigen Durchschnittswert liegen. Getreide wurde auf 238 600 Hektar und Winterraps auf 46 300 Hektar angebaut. Die Getreidefläche liegt fünf Prozent über der des Vorjahres. Beim Winter-

Hektarerträge ausgewählter Getreidearten und Winterraps 2012 und 2013¹

raps beträgt die Zunahme der Anbaufläche 0,9 Prozent. Aufgrund des späten Erntebeginns konnten noch nicht alle vorgesehenen Ernteproben ausgewertet werden. Die Ergebnisse sind daher noch mit Unsicherheiten behaftet und Veränderungen möglich.

Der vergangene Winter zeichnete sich durch wenig Sonnenschein aus. Kältere und mildere Perioden wechselten sich ab, aber größere Schäden am Wintergetreide und Winterraps wurden nicht gemeldet. Die trübe und winterliche Witterung setzte sich im Frühjahr fort, sodass die Vegetation gegenüber den Vorjahren zurückblieb. Erst ab Mitte April war bei sonnigem und warmem Wetter ein verstärktes Pflanzenwachstum zu beobachten. Im Mai fielen bei kühlen Temperaturen überdurchschnittliche Niederschlagsmengen. Diese Witterungsbedingungen legten den Grundstein für die guten Erträge.

Die wichtigste Getreideart ist Winterweizen, der auf 122 700 Hektar angebaut wurde. Der Hektarertrag liegt mit 7,8 Tonnen um 15 Prozent über dem langjährigen Durchschnittsertrag von 6,8 Tonnen. Damit wurde der bisher höchste Hektarertrag, der aus dem Jahr 2004 stammt, übertroffen. Seinerzeit waren 7,6 Tonnen je Hektar geerntet worden. Die Erntemenge beträgt 932 000 Tonnen. Das ist ein Plus von 26 Prozent gegenüber dem sechsjährigen Mittelwert. Auch bei Sommer- und Wintergerste sind deutliche Ertragszuwächse zu verzeichnen. Die Anbauer von Sommergerste konnten dieses Jahr mit durchschnittlich 5,9 Tonnen den sehr guten Ertrag des vorigen Jahres (5,6 Tonnen je Hektar) übertreffen. Der Wintergerstenertrag beträgt 6,8 Tonnen je Hektar und übertrifft das langjährige Mittel um fast 17 Prozent. Die Erntemenge für Sommergerste beläuft sich auf 234 000 Tonnen und die von Wintergerste auf 224 000 Tonnen.

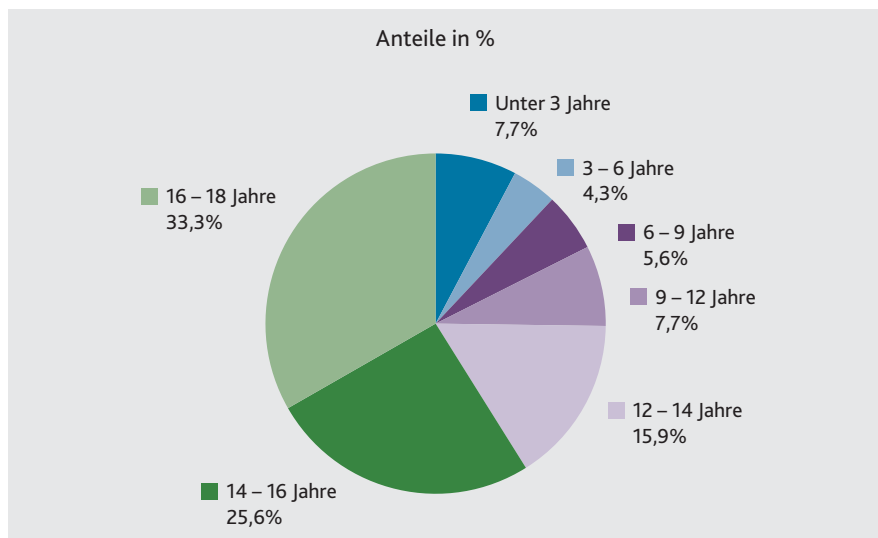
Winterraps, der in den zurückliegenden zwei Jahren nur unterdurchschnittliche Erträge brachte, erreicht mit 4,1 Tonnen wieder sein altes Ertragsniveau. Im Jahr 2009 waren beispielsweise 4,2 Tonnen geerntet worden. Der diesjährige Hektarertrag übertrifft den langjährigen Durchschnittswert von 3,5 Tonnen um 18 Prozent.

Jugendämter nehmen mehr Kinder und Jugendliche in Obhut

Im Jahr 2012 wurden in Rheinland-Pfalz 1 241 Kinder und Jugendliche von den Jugendämtern in Obhut genommen. Dies waren 146 (+13 Prozent) mehr als noch im Jahr 2011.

Die Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, wenn diese sich in einer akuten, sie gefährdenden Situation befinden. Jugendämter nehmen Minderjährige

Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen 2012 nach Alter



auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative Anderer (z. B. Polizei oder Erzieher) in Obhut und bringen sie meist für Stunden oder einige Tage in einer geeigneten Einrichtung, etwa in einem Heim, unter.

Fast ein Fünftel (228) der Kinder und Jugendlichen wurden 2012 auf eigenen Wunsch in Obhut genommen, bei den Übrigen veranlassten andere Personen oder Stellen die Inobhutnahme.

Mehr als die Hälfte (731), der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen war älter als 14 Jahre. Knapp die Hälfte (48 Prozent) aller in Obhut Genommenen waren Mädchen.

An einem jugendgefährdenden Ort wurden gut zehn Prozent (125) der in Obhut Genommenen aufgegriffen. Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils war in fast 44 Prozent der Fälle (544) Anlass für die Inobhutnahme. Vernachlässigung, be-

ziehungsweise Anzeichen für Miss-handlung oder für sexuellen Missbrauch waren in knapp einem Drittel der Fälle (386) der Grund. Weitere Anlässe bildeten unter anderem Beziehungsprobleme (174 Fälle), Integrationsprobleme im Heim oder in der Pflegefamilie (68), Probleme in der Schule (63) und Kriminalität (56).

Fast 40 000 Menschen bekommen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Ende 2012 erhielten 39 545 Menschen in Rheinland-Pfalz staatliche Unterstützung in Form von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Zahl stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 1 800 bzw. 4,8 Prozent. Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger nimmt seit Jahren kontinuierlich zu, gegenüber dem Jahr 2005 um 30 Prozent. Gegenüber 2003 – dem Jahr der Einführung dieser sozialen Leistung – errechnet sich sogar eine Steigerung um nahezu 70

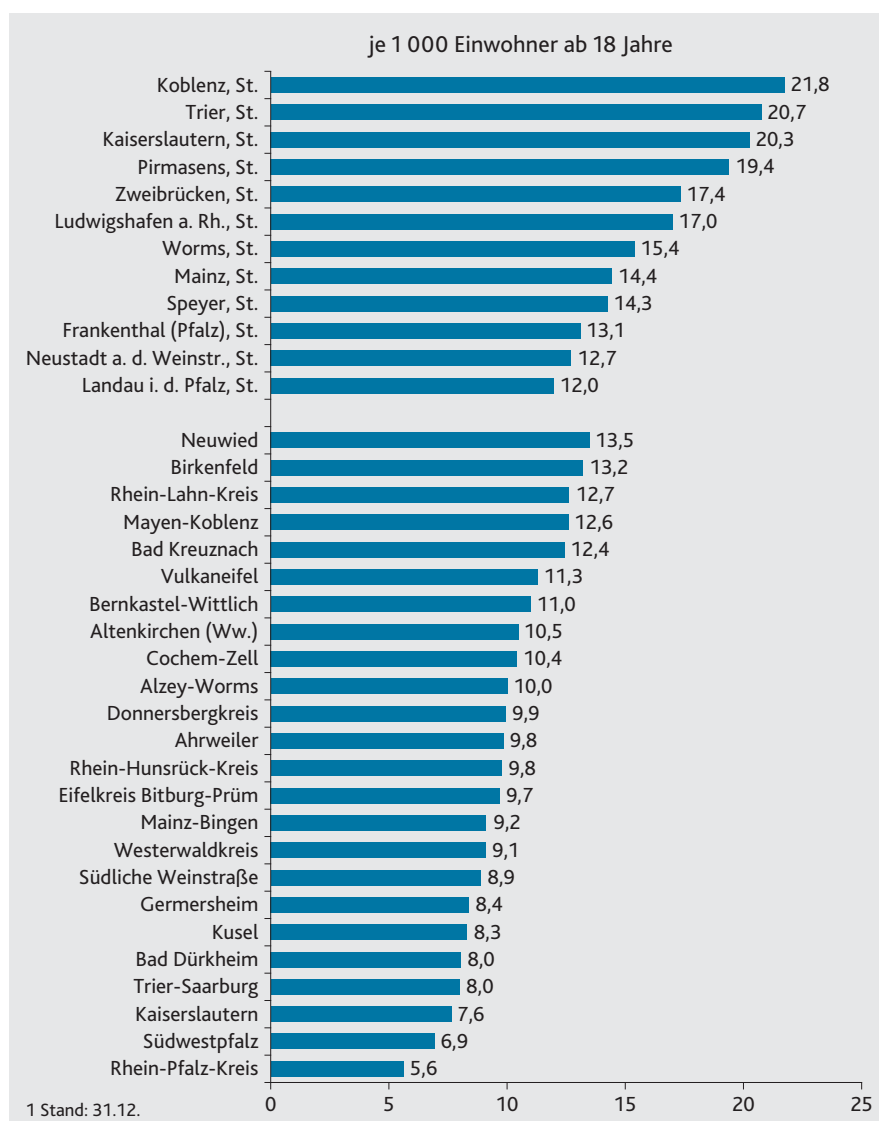
Prozent; im gleichen Zeitraum nahm die Zahl älterer Menschen ab 65 Jahren um gut neun Prozent zu.

Personen, deren Einkommen oder Vermögen nicht ausreicht, um den grundsätzlichen Bedarf für den Lebensunterhalt zu sichern, haben Anspruch auf Grundsicherung, wenn sie entweder das 65. Lebensjahr vollendet haben oder zwischen 18 und 65 Jahre alt und in vollem Umfang dauerhaft erwerbsgemindert sind. Diese soziale Leistung wurde Anfang 2003 in erster Linie mit dem Ziel eingeführt, der sogenannten verschämten Armut entgegenzuwirken. Vor allem ältere Menschen machten Sozialhilfeansprüche häufig nicht geltend, da sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchteten. Bei der Grundsicherung werden Unterhaltsansprüche gegenüber Kindern und Eltern weitgehend nicht berücksichtigt.

Die Leistungen wurden im Jahr 2012 in 48 Prozent der Fälle von Personen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren wegen dauerhafter Erwerbsminderung in Anspruch genommen, für 52 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger wurde Armut im Alter gelindert. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter wurden hauptsächlich Frauen gewährt (66 Prozent), während Leistungen wegen Erwerbsminderung etwas häufiger von Männern beansprucht wurden (54 Prozent).

Regional betrachtet zeigen sich große Unterschiede. In den Landkreisen waren im Durchschnitt 9,9 Leistungsempfänger auf 1 000 Ein-

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2012¹ nach Verwaltungsbezirken



wohner ab 18 Jahre zu verzeichnen, in den kreisfreien Städten hingegen 16,9. Die – relativ gesehen – meisten Empfängerinnen und Empfänger hatte mit 21,8 Personen die Stadt Koblenz, den geringsten Wert wies mit 5,6 Leistungsbeziehern je 1 000 Volljährige der Rhein-Pfalz-Kreis auf.

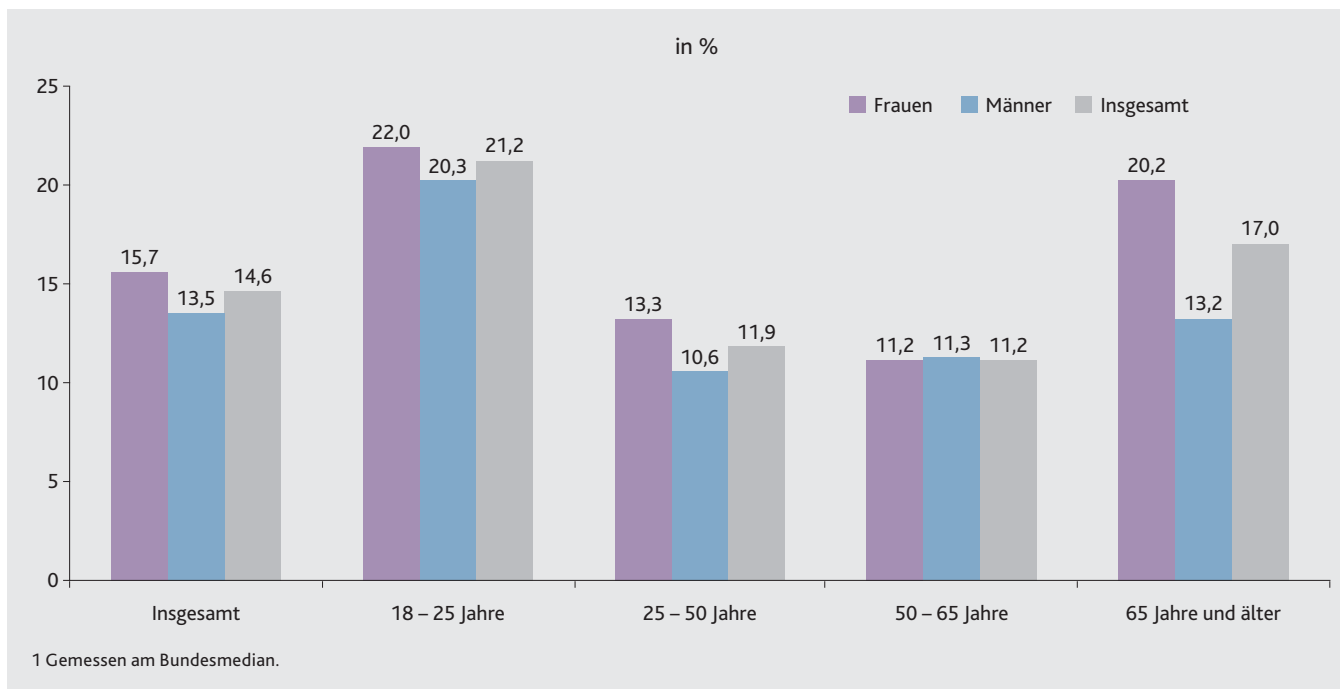
In den kreisfreien Städten wurden rechnerisch 94 Euro pro Einwohner ab 18 Jahre aufgewendet, in den Land-

kreisen waren es 49 Euro. Die höchsten Ausgaben je volljährigen Einwohner musste mit 119 Euro die Stadt Koblenz tätigen, die niedrigsten waren mit 29 Euro im Rhein-Pfalz-Kreis zu verzeichnen. Die Ausgaben je Empfänger lagen durchschnittlich in den kreisfreien Städten zwischen 4 347 (Zweibrücken) und 6 344 Euro (Mainz) und in den Landkreisen zwischen 4 235 (Westerwaldkreis) und 7 379 Euro (Vulkaneifel).

Armutsgefährdungsquote bei 14,6 Prozent

Im Jahr 2012 waren 14,6 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, d.h. gut jeder siebte Einwohner, von Armut bedroht. Auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus 2012 errechnet, lag die Armutsgefährdungsquote für Rheinland-Pfalz damit unter den Werten der beiden vorangegangenen Jahre (2011: 15,1 Prozent; 2010: 14,8 Prozent), jedoch über denen der Jahre 2005 bis 2009. Im Bundesdurchschnitt ergab sich im Jahr 2012 eine Armutsgefährdungsquote von 15,2 Prozent, wobei Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mit rund 23 Prozent mehr als doppelt so hohe Werte aufwiesen wie Baden-Württemberg und Bayern mit gut elf Prozent. Lediglich vier Länder verzeichneten im vergangenen Jahr niedrigere Armutsgefährdungsquoten als Rheinland-Pfalz.

Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt. Das hier verwendete Konzept der relativen Einkommensarmut dient somit in erster Linie der Messung der Einkommensverteilung. Der 60-Prozent-Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) liegt er für einen Ein-Personen-Haushalt bei 869 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich – unter

Armutsgefährdungsquoten¹ 2012 nach Altersgruppen und Geschlecht

Berücksichtigung der Kostenersparnis in einem Mehrpersonenhaushalt – eine Armutsgefährdungsschwelle in Höhe von 1 826 Euro.

In erhöhtem Maß von Armut bedroht waren unter 18-Jährige (18 Prozent) sowie die 18- bis unter 25-Jährigen (21 Prozent), die sich noch überwiegend in der Ausbildung befinden dürften. Auch für die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren lag die Armutsgefährdungsquote mit 17 Prozent über dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Männer (13,5 Prozent) lag gut zwei Prozentpunkte unter der Quote der Frauen (16 Prozent). Insbesondere ältere Frauen (65 Jahre und älter) wiesen mit 20 Prozent eine deutlich höhere Armutsgefährdung auf als gleichaltrige Männer (13 Prozent). Hier dürften –

z. B. durch Kindererziehungszeiten oder die Pflege von Angehörigen – unterbrochene Erwerbsbiografien der Frauen eine Rolle spielen.

In besonderem Maß armutsgefährdet waren 2012 – wie in den vergangenen Jahren – Alleinerziehende (zumeist Frauen) und deren Kinder unter 18 Jahren, die eine Armutsgefährdungsquote von 45 Prozent aufwiesen. Die Armutsrisikoquote einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern lag dagegen bei elf Prozent.

Geringqualifizierte wiesen mit 28 Prozent eine fast sechsmal so hohe Armutsrisikoquote auf wie Hochqualifizierte (4,9 Prozent).

Unter allen betrachteten Bevölkerungsgruppen waren Erwerbslose am stärksten von Armut bedroht. Die Quote lag im Jahr 2012 bei 50 Prozent.

Auch Menschen mit Migrationshintergrund (Armutsgefährdungsquote von 25 Prozent) waren in erhöhtem Maß von Armut bedroht.

Bundesweit die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten mit Werten deutlich unter zehn Prozent wiesen Regionen in Baden-Württemberg und Bayern auf, die höchsten Quoten mit rund 25 bzw. 27 Prozent waren in Regionen in Mecklenburg-Vorpommern und Bremen zu verzeichnen.

Als Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote anzusehen, die nach herrschender Meinung den Anteil der Personen wiedergibt, deren Einkommen 200 Prozent des mittleren Einkommens übersteigt. Auf Basis des Bundesmedians betrug die Einkommensreichumsquote im Jahr 2012 für Rheinland-Pfalz 9,2 Prozent; vier

Bundesländer wiesen eine höhere Quote auf.

Hochschulabschlussprüfungen 2012: Deutlich mehr Bachelor- und Masterabschlüsse

Im Prüfungsjahr 2012 schlossen in Rheinland-Pfalz 10 610 Frauen und fast 8 80 Männer ihr Hochschulstudium erfolgreich ab (ohne Promotionen). Das waren 1 950 mehr, als ein Jahr zuvor (+11 Prozent).

Diese Entwicklung geht auf die in den vergangenen Jahren gestiegenen Studierendenzahlen, vor allem aber auf die Zunahme der Bachelorabschlüsse zurück. So entließen die rheinland-pfälzischen Hochschulen im Prüfungsjahr 2012 insgesamt fast 9 170 Studierende mit dem Bachelorabschluss. Das waren rund 50 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl

der Masterabschlüsse stieg gegenüber dem Vorjahr um 37 Prozent auf 3 050. Einen „klassischen“ Universitätsabschluss erlangten 4 560, ein Fachhochschuldiplom lediglich noch 1 100 Studierende (–0,6 Prozent bzw. –53 Prozent).

Wie bereits in den Vorjahren schloss die Mehrheit der 21 000 Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer das Studium mit mindestens gutem Abschluss ab (70 Prozent). Dies gilt insbesondere für die Fächergruppe „Kunst und Kunstwissenschaft“ (93 Prozent) sowie für die „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (83 Prozent).

Zudem wurden im Prüfungsjahr 2012 insgesamt knapp 1 120 Promotionsverfahren erfolgreich beendet, davon fast jedes zweite von einer Frau (47 Prozent). Die meisten Promotionen gab es in den Fächergruppen „Mathe-

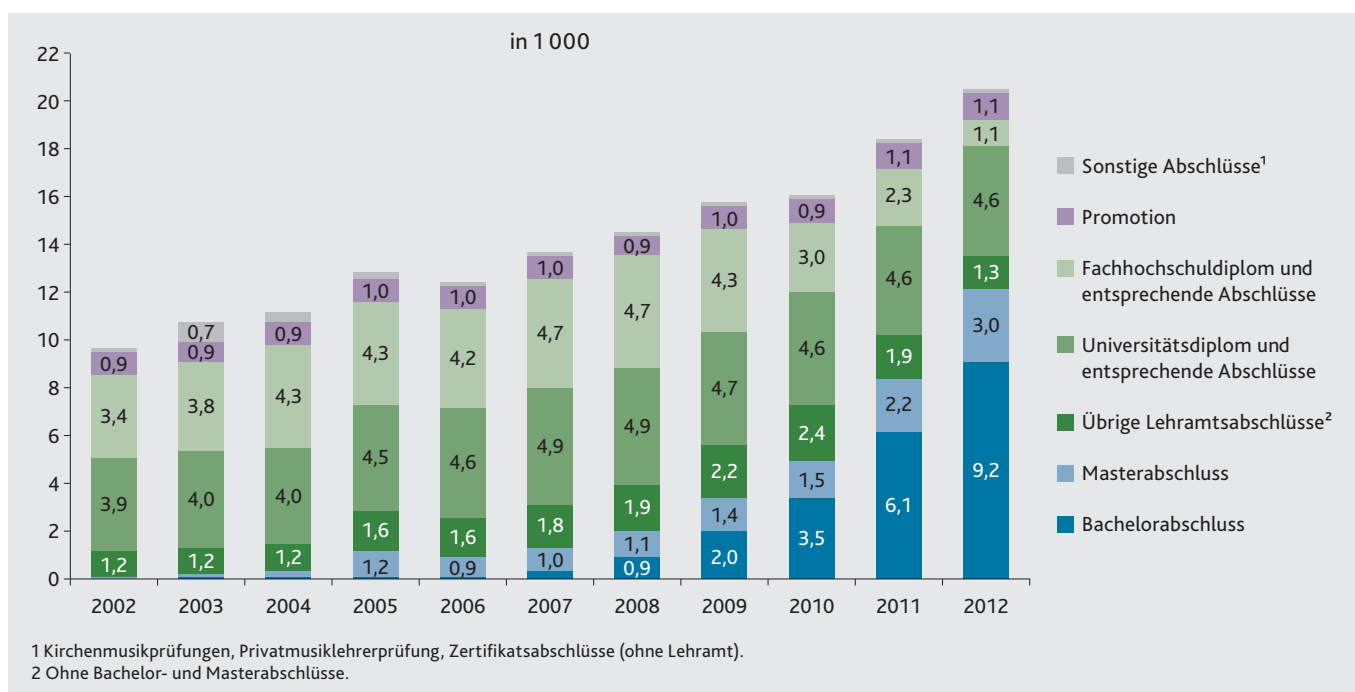
matik, Naturwissenschaften“ (394) und „Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften“ (356).

Hochschulpersonal 2012: Überwiegend Teilzeitbeschäftigungen

An den 19 rheinland-pfälzischen Hochschulen und an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz arbeiteten zum Ende des vergangenen Jahres rund 13 420 wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte. Das waren 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr und sogar 31 Prozent mehr als im Jahr 2007.

Hintergrund für diese Entwicklung ist vor allem der Anstieg der Studierendenzahlen, aber auch der wachsende Anteil von Teilzeitkräften und nebenberuflich Beschäftigten. Zum Ende des Jahres 2012 arbeiteten insgesamt 61 Prozent der wissenschaftlichen und

Bestandene Studienabschlussprüfungen an Hochschulen in den Prüfungsjahren 2002–2012 nach Abschlussart (ohne Promotionen)



Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal¹ 2002–2012 nach Beschäftigungsverhältnis

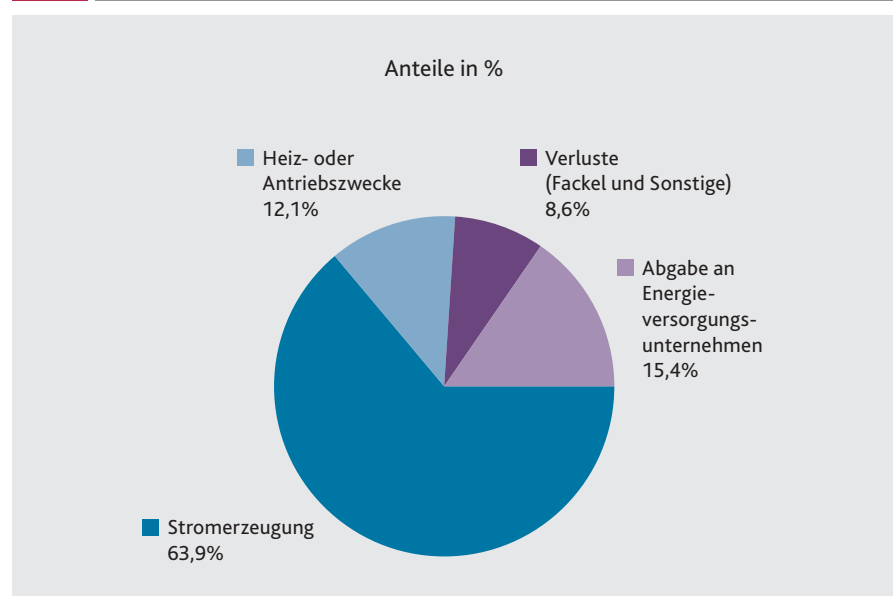
künstlerischen Beschäftigten in Teilzeit oder im Nebenberuf. Das waren 0,8 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und 3,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2007.

Die Personalkapazität der wissenschaftlichen und künstlerischen Beschäftigten zum Ende des vergangenen Jahres entsprach umgerechnet etwa 7 890 Vollzeitstellen. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg von 2,9 Prozent, gegenüber dem Jahr 2007 sogar um 26 Prozent. Den prozentual größten Zuwachs auf nunmehr 302 Vollzeitäquivalente verzeichnete vom Jahr 2011 zum Jahr 2012 die Personalgruppe der wissenschaftlichen Hilfskräfte (+34 Prozent). Das Verhältnis von Studierenden je (Vollzeit-) Lehrperson (ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen), die sogenannte Betreuungsrelation, wuchs leicht von 18,8 im Jahr 2011 auf 19,1 im Jahr 2012 (2007: 20,1).

Neben dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal waren an den rheinland-pfälzischen Hochschulen und in der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 11 620 Personen in der Verwaltung oder als technisches und sonstiges Personal tätig. Die Zahl

dieser Beschäftigten lag um 4,3 Prozent über dem Vorjahreswert (+483 Beschäftigte). Mehr als die Hälfte der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten arbeitete im Universitätsklinikum der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (51 Prozent).

Klär gas 2012 nach Verwendungszweck



Stromerzeugung aus Klärgas auf neuem Höchstwert, aber Kläranlagen verbrauchen erzeugten Strom überwiegend selbst

Von den 750 Kläranlagen im Land erzeugten 84 im Jahr 2012 aus dem anfallenden Klärschlamm rund 39 Millionen Kubikmeter Klärgas. Das war soviel Klärgas wie noch nie. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von 3,9 Prozent zu verzeichnen. Rund 64 Prozent des Klärgases wird von den Anlagenbetreibern genutzt, um Strom zu erzeugen. Da Kläranlagen einen hohen Strombedarf haben, wird fast die gesamte Stromerzeugung von 42,3 Millionen Kilowattstunden selbst verbraucht. Diese Menge würde ausreichen, um rund 14 000 Haushalte mit Strom zu versorgen.

Neben der Verwendung zur Stromerzeugung wird Klärgas auch zu Heizzwecken genutzt. Hierauf entfielen

zwölf Prozent des Rohgases. Einige Kläranlagen geben das Klärgas auch an Dritte, z. B. Energieversorgungsunternehmen, ab. Auf diese Verwendung entfielen 15 Prozent des Klärgases.

Zahl der Verkehrsoffer sinkt weiter

Von Januar bis Juni 2013 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 72 Menschen ihr Leben bei Straßenverkehrsunfällen. Das waren 26 weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (-26,5 Prozent). Die Zahl der Schwerverletzten ging um 8,7 Prozent auf 1 381 zurück. Leicht verletzt wurden 5 003 Personen (-10,5 Prozent).

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten sechs Monaten 64 575 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen. Das waren 462 (+0,7 Prozent) mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Schulden von Land und Kommunen steigen 2012 weiter an

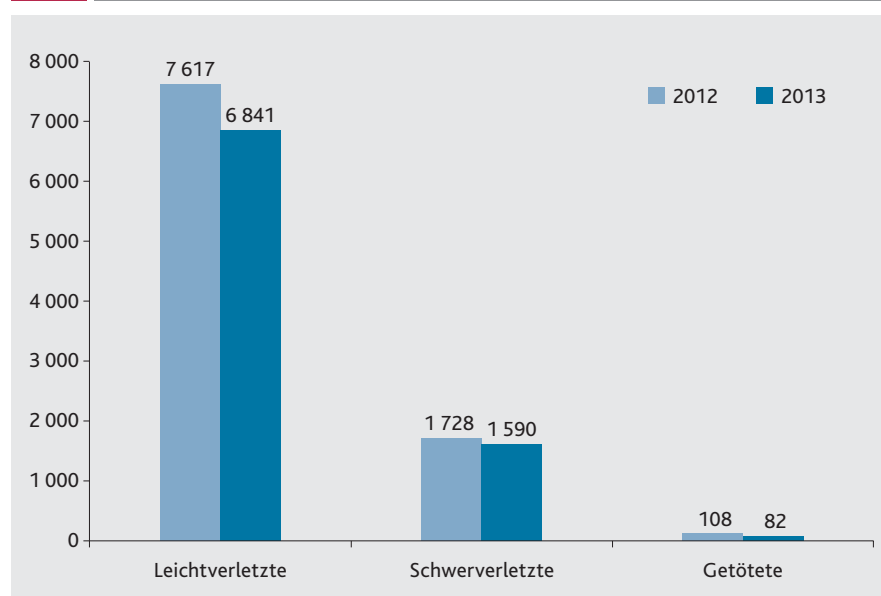
Die Verschuldung des Landes und der Kommunen in Rheinland-Pfalz lag am Ende des Jahres 2012 bei 48,4 Milliarden Euro. Das waren 2,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Pro-Kopf-Verschuldung wuchs damit auf 12 100 Euro.

Ein Blick auf die verschiedenen Akteure offenbart jedoch deutlich unterschiedliche Veränderungen. Während die Verschuldung des Landes um 3,6 Prozent auf 33,5 Milliarden Euro anwuchs, erhöhte sich die Schuldenlast bei den kommunalen Gebietskörperschaften (Städte, Gemeinde und Landkreise) insgesamt lediglich um 0,7 Prozent auf 14,9 Milliarden Euro.

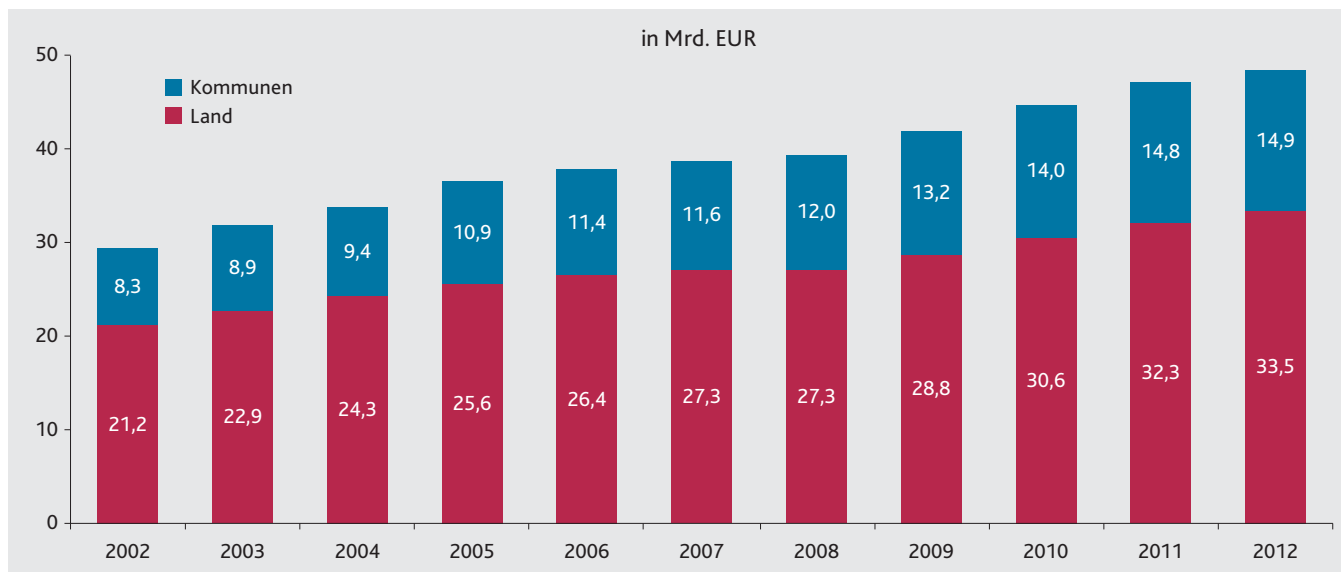
Die Schuldenlast der kreisfreien Städte sank im Jahr 2012 um 3,1 Prozent auf 6,7 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung lag damit bei 6 500 Euro. Eine detaillierte Analyse der einzelnen kreisfreien Städte zeigt große Unterschiede. Die höchste rechnerische Verschuldung je Einwohner wurde mit 10 800 Euro für Kaiserslautern ermittelt, die niedrigste mit 1 600 Euro für Landau.

Als Vergleichsbasis zu den kreisfreien Städten wird üblicherweise auch der Landkreisbereich (Ortsgemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise zusammen) betrachtet. Entsprechend dieser Definition stieg die Verschuldung der Landkreisbereiche im Jahr 2012 um 4,1 Prozent auf 8,2 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung

Verunglückte im Straßenverkehr im 1. Halbjahr 2012 und 2013



Schulden des Landes und der Kommunen 2002–2012



erhöhte sich damit auf 2 800 Euro. Der Landkreisbereich Kusel war am höchsten (6 200 Euro je Einwohner), der Rhein-Hunsrück-Kreis am geringsten verschuldet 1 200 Euro je Einwohner).

Werden hingegen lediglich die Haushalte der Landkreise betrachtet, so ergeben sich für das Jahr 2012 insgesamt Schulden in Höhe von 2,6 Milliarden Euro (+9,3 Prozent). Die durchschnittliche Verschuldung stieg auf 876 Euro je Einwohner. Dabei wurde die höchste Pro-Kopf-Verschuldung für den Landkreis Kusel mit 2 200 Euro, die niedrigste für Mainz-Bingen mit 30 Euro ermittelt.

Der Verbandsgemeindebereich (Verbandsgemeinden einschließlich Ortsgemeinden) war Ende 2012 insgesamt mit 4,3 Milliarden Euro verschuldet. Im Vorjahresvergleich kam es damit zu einem Anstieg um 2,6 Prozent. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung erhöhte sich hierdurch auf 1 800

Euro. Innerhalb der Verbandsgemeindebereiche sind starke regionale Unterschiede festzustellen: Während der Verbandsgemeindebereich Kusel mit 6 300 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aufwies, verzeichnete Bellheim mit rund 100 Euro die niedrigste Verschuldungsrate.

Die verbandsfreien Gemeinden hatten insgesamt 1,32 Milliarden Euro Schulden (–0,6 Prozent). Im Durchschnitt lag die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung damit bei 2 100 Euro. Mit 5 600 Euro entfiel auf die Stadt Idar-Oberstein die höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Am anderen Ende der Skala stand die Stadt Wörth am Rhein. Sie war schuldenfrei.

Prinzipiell sind verschiedene Verschuldungsarten möglich. Die kommunalen Gebietskörperschaften können sich mithilfe von Investitionskrediten und/oder Liquiditätskrediten verschulden. Das Land kann Defizite zudem über die Herausgabe

von Wertpapierschulden finanzieren. Der Blick auf diese Verschuldungsarten verdeutlicht einen längerfristig anhaltenden Trend: Liquiditätskredite, die lediglich als Instrument zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen, machen einen immer größeren Anteil der Schulden aus. Bei den kreisfreien Städten wurden durchschnittlich 66 Prozent der Schulden durch Liquiditätskredite finanziert (2011: 65 Prozent). Im Landkreisbereich betrug der Anteil der Liquiditätskredite 41 Prozent (2011: 39 Prozent), im Bereich der Verbandsgemeinden 30 Prozent (2011: 29 Prozent) und bei verbandsfreien Gemeinden 33 Prozent (2011: 32 Prozent). Im Unterschied zu den kommunalen Gebietskörperschaften verschuldete sich die Landesregierung im Jahr 2012 hingegen kaum mithilfe von Liquiditätskrediten. Hier stieg der Anteil an der Gesamtverschuldung nur auf 1,9 Prozent (2011: 1,8 Prozent).

Aus der amtlichen Statistik

Statistische Meldungen zukünftig nur noch online – Papierfragebogen haben bald ausgedient

Meldungen zu amtlichen Wirtschaftsstatistiken erfolgen künftig nur noch online. „Wir haben die Möglichkeit der Online-Meldungen in den vergangenen Jahren stark ausgebaut, sodass bereits über 90 Prozent der statistischen Daten elektronisch geliefert werden“, erläutert der Präsident des Statistischen Landesamtes in Bad Ems, Jörg Berres.

Mit dem am 1. August 2013 in Kraft getretenen Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz) kommt jetzt die Verpflichtung für Unternehmen und Betriebe, ihre Meldungen zu amtlichen Statistiken nur noch mittels elektronischer Verfahren abzugeben. Das Gesetz leistet so einen Beitrag zur Verwaltungsmoderni-

sierung und zum Bürokratieabbau sowie zur Schonung der natürlichen Ressourcen.

Die Unternehmen bzw. Betriebe erhalten künftig nur noch die Zugangsdaten zu den Online-Verfahren, von denen IDEV (Internet Datenerhebung im Verbund) das Wichtigste ist. „Schon heute nutzt der überwiegende Teil der Berichtspflichtigen diese bequeme Form der Datenübermittlung“, so Berres. Das spare Zeit und damit Kosten, weil beispielsweise immer wiederkehrende Informationen nicht jedes Mal neu eingetragen werden müssen. Lediglich für einige kleinere Erhebungen werden noch für eine Übergangszeit Papierfragebogen verwendet.

Verbraucherpreise im August 2013

Im August 2013 lagen die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz 1,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit schwächte sich der Preisauftrieb gegenüber den beiden vorangegangenen Monaten spürbar ab. Hervorzuheben ist die Preisentwicklung für Mineralölprodukte. Heizöl verbilligte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 6,9 Prozent. Auch die Preise für Kraftstoffe lagen deutlich unter dem Vorjahreswert (–3,5 Prozent): Superbenzin kostete 3,1 Prozent, Dieseldieselloststoff sogar 4,7 Prozent weniger als im August 2012. Ohne Berücksichtigung der Preise für Mineralölprodukte hätte die Jahresteuersatzrate – wie in den beiden Vormonaten – bei 1,9 Prozent gelegen. Dagegen stiegen die Umlage für Zentralheizung und Fernwärme (+2,3 Prozent) und die Strompreise spürbar an (+9,3 Prozent).

Merklich teurer wurden Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+4 Prozent). Insbesondere für Speisefette und Speiseöle (+16 Prozent), für Obst (+7,2 Prozent) sowie für Molkereiprodukte und Eier (+6,5 Prozent) mussten die Verbraucher tiefer in die Tasche greifen. So waren beispielsweise die Preise für Butter 37 Prozent, für Äpfel 20 Prozent und für frische Milch 24 Prozent höher als im Vorjahresmonat.

Im Vergleich zum Juli 2013 gab es saisonal bedingt Preissteigerungen in der Hauptgruppe Bekleidung und Schuhe (+1,6 Prozent). Preisrückgänge waren dagegen bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zu verzeichnen (–1,3 Prozent). Insgesamt veränderte sich der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vormonat nur wenig (–0,1 Prozent).

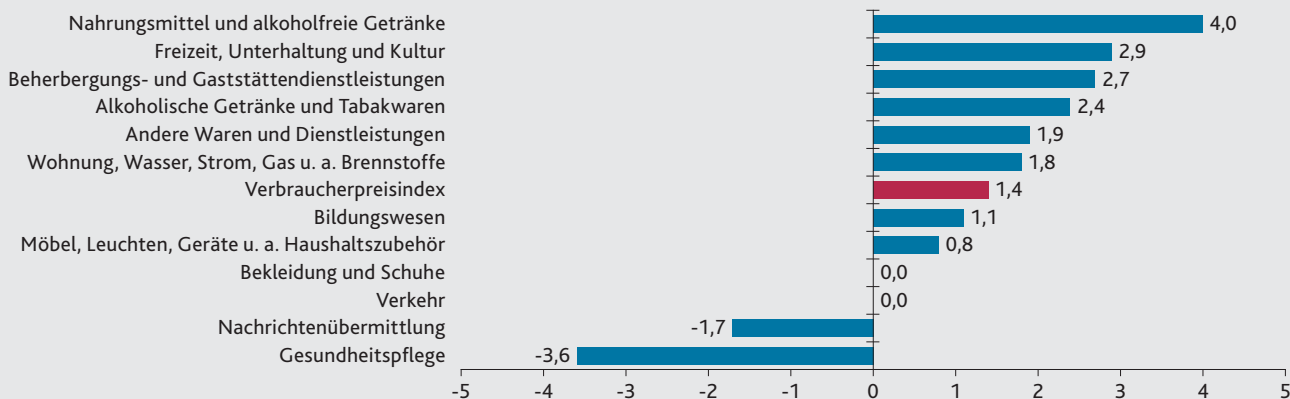
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

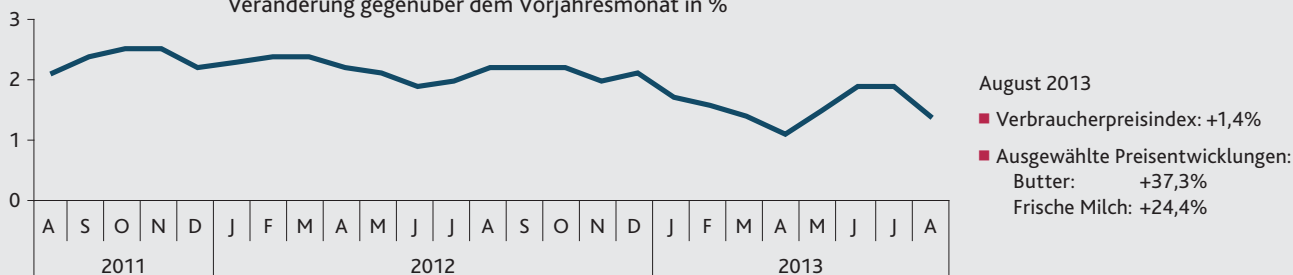
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im August 2013

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber August 2012 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

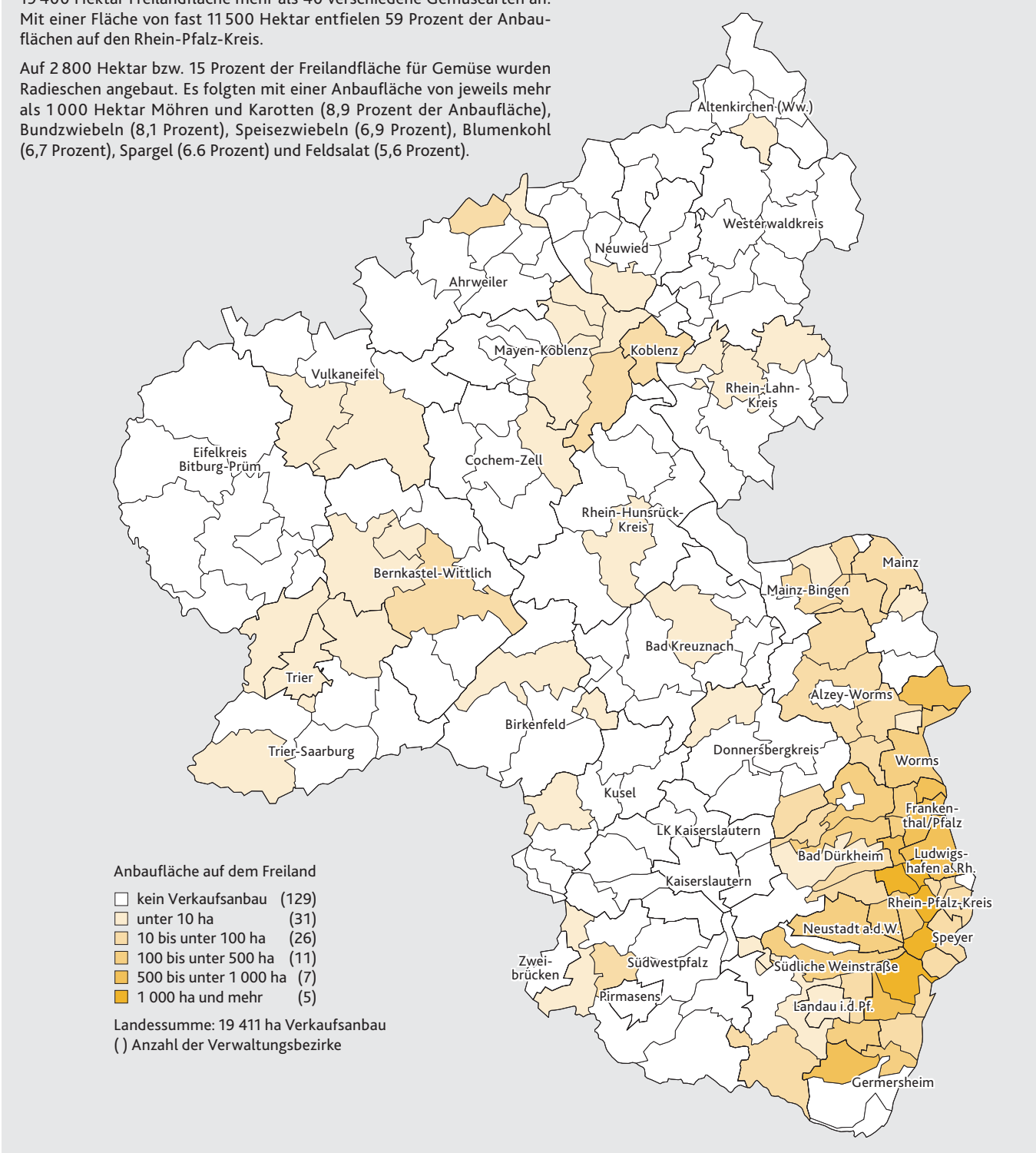


Anbau von Freilandgemüse 2012 nach Verwaltungsbezirken

Rhein-Pfalz-Kreis ist wichtigster Standort für Gemüseanbau

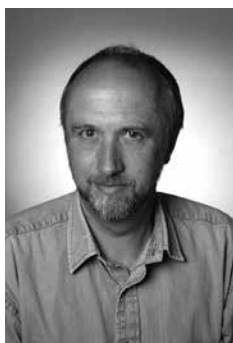
In Rheinland-Pfalz bauten im vergangenen Jahr 487 Betriebe auf insgesamt 19 400 Hektar Freilandfläche mehr als 40 verschiedene Gemüsearten an. Mit einer Fläche von fast 11 500 Hektar entfielen 59 Prozent der Anbauflächen auf den Rhein-Pfalz-Kreis.

Auf 2 800 Hektar bzw. 15 Prozent der Freilandfläche für Gemüse wurden Radieschen angebaut. Es folgten mit einer Anbaufläche von jeweils mehr als 1 000 Hektar Möhren und Karotten (8,9 Prozent der Anbaufläche), Bundzwiebeln (8,1 Prozent), Speisezwiebeln (6,9 Prozent), Blumenkohl (6,7 Prozent), Spargel (6,6 Prozent) und Feldsalat (5,6 Prozent).



Gefährdung des Kindeswohls

Neue Statistik über Verfahren zur Gefährdungseinschätzung 2012



Von Günter Ickler

Besonders tragische Fälle von Kindesmisshandlungen rückten das Thema Kinderschutz in den Jahren 2006 und 2007 in ein verstärktes öffentliches Interesse. Mit dem neuen Kinderschutzgesetz, das Anfang 2012 in Kraft trat, hat der Gesetzgeber Regelungen für einen deutlich verbesserten Schutz von Kindern und Jugendlichen erlassen. Eine neue Statistik zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls wurde erstmals für das Berichtsjahr 2012 durchgeführt. In dem folgenden Beitrag werden die Ergebnisse dieser Erhebung dargestellt.

Neues Kinderschutzgesetz

Der Fall Kevin

In den Jahren 2006 und 2007 machten besonders schwere Fälle von Kindesmisshandlungen Schlagzeilen. Dabei sahen sich auch die zuständigen Jugendämter massiver Kritik ausgesetzt. Der „Fall Kevin“, der sich 2006 in Bremen ereignete, steht seitdem als Synonym für die Debatte um den Kinderschutz in Deutschland.

Neues Gesetz zunächst gescheitert

Eine Verbesserung des Kinderschutzes sollte durch Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Die in diesem Zusammenhang geführten Diskussionen betrafen insbesondere die Arbeit der Jugendämter. Die angestrebten neuen gesetzlichen Regelungen hatten das Ziel, Handlungsvorgaben für die Akteure im Bereich des Kinderschutzes zu konkretisieren.

Ein erster Gesetzentwurf war im Jahr 2009 zunächst gescheitert. Eine überarbeitete Fassung konnte im Dezember 2011 nach Anrufung des Vermittlungsausschusses verabschiedet werden. Das neue Bundeskinderschutzgesetz trat zum 1. Januar 2012 in Kraft.

Dieses Gesetz regelt verschiedene Maßnahmen, die einen deutlich verbesserten Kinderschutz zum Ziel haben. Dies betrifft den Ausbau der Prävention und die Erweiterung der Interventionsmöglichkeiten zum Wohle von Kindern und Jugendlichen. Hierzu zählt auch die Übermittlung entsprechender Informationen an das zuständige Jugendamt, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Kindeswohls vorliegen.

Erweiterte
Interventions-
möglichkeiten

Jugendamt
muss Kindes-
wohlgefährdung
abschätzen

Artikel 2 des neuen Kinderschutzgesetzes ändert den § 8a des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe) über den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung. Danach hat das Jugendamt im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte eine Gefährdungseinschätzung vorzunehmen, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen vorliegen.

Eine Kindeswohlgefährdung liegt vor, wenn eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes bzw. Jugendlichen eingetreten ist oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist.

Statistiken der
Kinder- und
Jugendhilfe

Über alle Verfahren zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung ist bei den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe (Jugendämtern) jährlich eine Erhebung durchzuführen. Diese neue Statistik zur Kindeswohlgefährdung ergibt sich aus § 98 Absatz 1 und § 99 Absatz 6 SGB VIII. Sie ist neben anderen Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe Bestandteil der amtlichen Statistik und wird von den Statistischen Landesämtern aller Bundesländer in vergleichbarer Weise durchgeführt.

Meldung von
Gefährdungseinschätzungen
durch die
Jugendämter

Für die Statistik besteht Auskunftspflicht durch die Jugendämter (§ 102 SGB VIII). In Rheinland-Pfalz sind diese Einrichtungen den zwölf kreisfreien Städten und 24 Landkreisen zugeordnet; darüber hinaus haben fünf große kreisangehörige Städte eigene Jugendämter.

Die Erhebung erstreckt sich auf die innerhalb eines Kalenderjahres abgeschlossenen Verfahren zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung gemäß § 8a Absatz 1 SGB VIII. Die Meldungen sollen monatlich erfolgen. Seitens des Statistischen Landesamtes wurde

nach Ablauf des Berichtsjahres erfragt, ob für das gesamte Jahr die erforderlichen Angaben vollzählig geliefert wurden.

Mit der Befragung sollen umfassende und zuverlässige statistische Daten über die Wahrnehmung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung und über die Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie über die eingeleiteten Hilfen im Falle einer Kindeswohlgefährdung bereitgestellt werden. Die Ergebnisse dienen der Planung im örtlichen und überörtlichen Bereich und sollen dazu beitragen, die Auswirkungen des § 8a SGB VIII für einen wirksamen Kinderschutz durch die Kinder- und Jugendhilfe zu beobachten. Auch zur Beantwortung von aktuellen jugend- und familienpolitischen Fragestellungen und zur Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilferechts werden die Daten herangezogen.

Statistik dient
der Beurteilung
eines wirksamen
Kinderschutzes

5 590 Verfahren zur Kindeswohlgefährdung

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2012 insgesamt 5 590 Verfahren zur Gefährdungseinschätzung durchgeführt und abgeschlossen. Damit waren 0,8 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren betroffen.

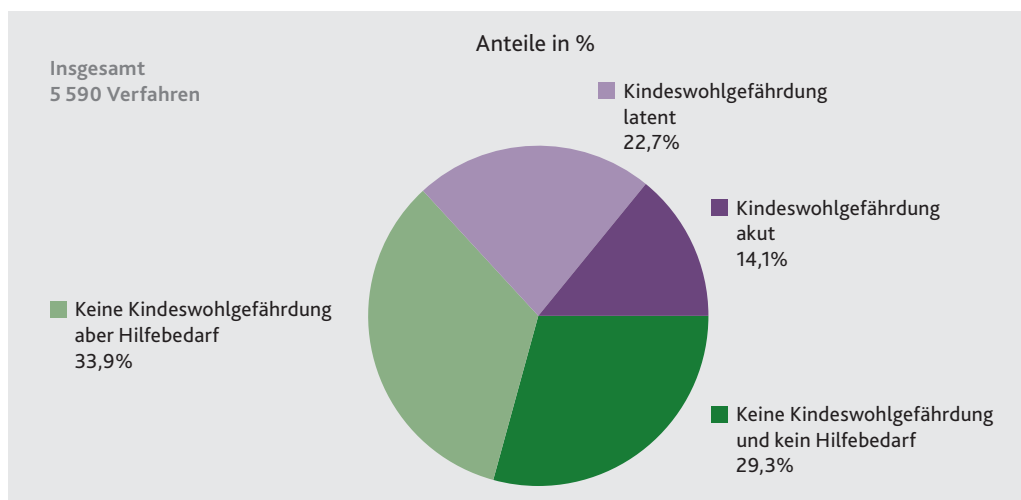
0,8 Prozent
aller Kinder
betroffen

Die Einschätzung der Gefährdungssituation im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte kann zum Ergebnis führen, dass eine akute Kindeswohlgefährdung vorliegt. Dies war bei 789 Verfahren (14 Prozent) der Fall.

Nahezu 800
akute Fälle

Kann die Frage, ob gegenwärtig tatsächlich eine Gefahr besteht, nicht eindeutig beantwortet, eine Kindeswohlgefährdung aber nicht ausgeschlossen werden, so liegt im Ergebnis eine latente Gefährdung vor. Die Einschätzung der Fachkräfte führte in 1 271 Fällen (23 Prozent) zu einem solchen Ergebnis.

G 1

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012
nach Ergebnis des Verfahrens

Keine Gefährdung bei fast zwei Drittel aller Verfahren

Bei 3 530 Verdachtsfällen (63 Prozent) konnte keine Gefährdung des Kindeswohls festgestellt werden. Bei weit mehr als der Hälfte dieser Verfahren (1 894 Fälle) wurde aber dennoch ein Hilfebedarf erkannt. Dieser kann beispielsweise in der Beratung und Unterstützung der Mütter und Väter bestehen. Kein weiterer Hilfebedarf bestand dagegen für 1 636 Kinder und Jugendliche.

Eine Unterscheidung nach dem Geschlecht zeigt, dass bei Einbeziehung aller Verfah-

ren zur Kindeswohlgefährdung etwa gleich viele Mädchen (2 767 bzw. 49,5 Prozent) wie Jungen (2 823 bzw. 50,5 Prozent) betroffen waren. Bei einer akuten Gefährdung war die Zahl der betroffenen Mädchen etwas höher (405 bzw. 51,3 Prozent).

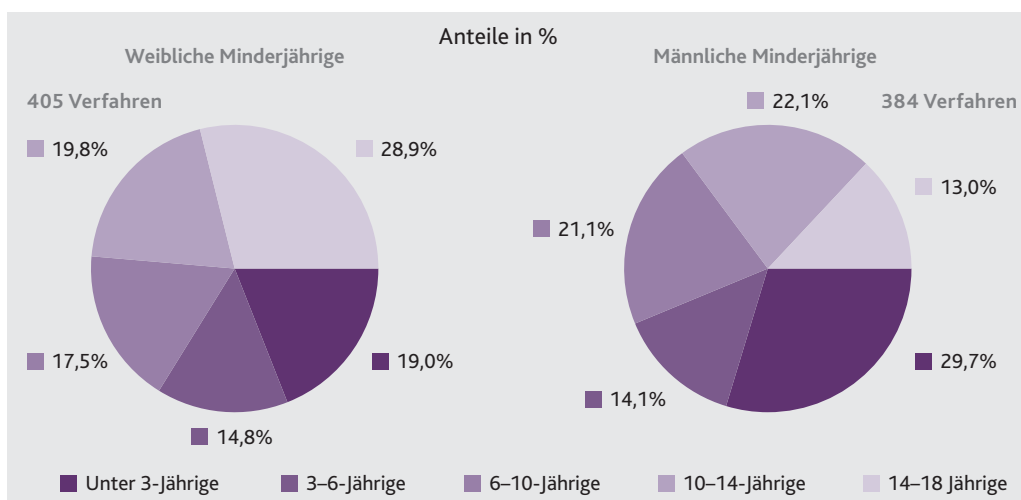
Gleich viele Mädchen wie Jungen betroffen

Etwa ein Viertel der Kinder (1 367 bzw. 24,5 Prozent), für die ein Verfahren zur Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung durchgeführt wurde, war noch keine drei Jahre alt. Mit 739 Fällen waren Jungen dabei

Ein Viertel der Kinder jünger als drei Jahre

G 2

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls mit akuter Gefährdung 2012 nach Alter und Geschlecht



T 1

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012
nach Alter und Geschlecht sowie Ergebnis des Verfahrens

Geschlecht Alter in Jahren	Verfahren insgesamt	Kindeswohlgefährdung		Keine Kindeswohlgefährdung	
		akut	latent	Hilfebedarf	kein Hilfebedarf
Weiblich	2 767	405	622	916	824
unter 3	628	77	142	204	205
3–6	559	60	110	189	200
6–10	556	71	124	188	173
10–14	515	80	136	159	140
14–18	509	117	110	176	106
Männlich	2 823	384	649	978	812
unter 3	739	114	139	248	238
3–6	560	54	138	192	176
6–10	619	81	144	215	179
10–14	556	85	147	194	130
14–18	349	50	81	129	89
Minderjährige insgesamt	5 590	789	1 271	1 894	1 636
unter 3	1 367	191	281	452	443
3–6	1 119	114	248	381	376
6–10	1 175	152	268	403	352
10–14	1 071	165	283	353	270
14–18	858	167	191	305	195

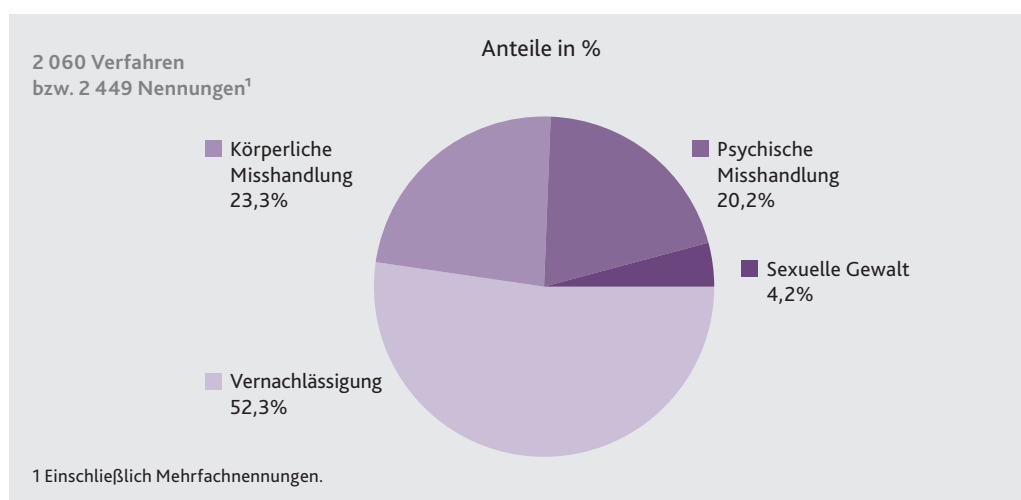
häufiger betroffen als Mädchen (628). Bezogen auf alle Verfahren lag der Anteil der unter 3-jährigen Jungen damit bei 26 Prozent, der Anteil der unter 3-jährigen Mädchen bei 23 Prozent. Wird nur die akute Gefährdung betrachtet, betrug der Anteil der Jungen in dieser Altersgruppe sogar 30 Prozent, bei den Mädchen lag er mit 19 Prozent deutlich darunter.

Dagegen waren bei den akut gefährdeten weiblichen Minderjährigen insbesondere Ältere betroffen: In 117 Fällen wurden 14- bis 17-jährige Mädchen (29 Prozent der betroffenen weiblichen Minderjährigen) als gefährdet eingestuft.

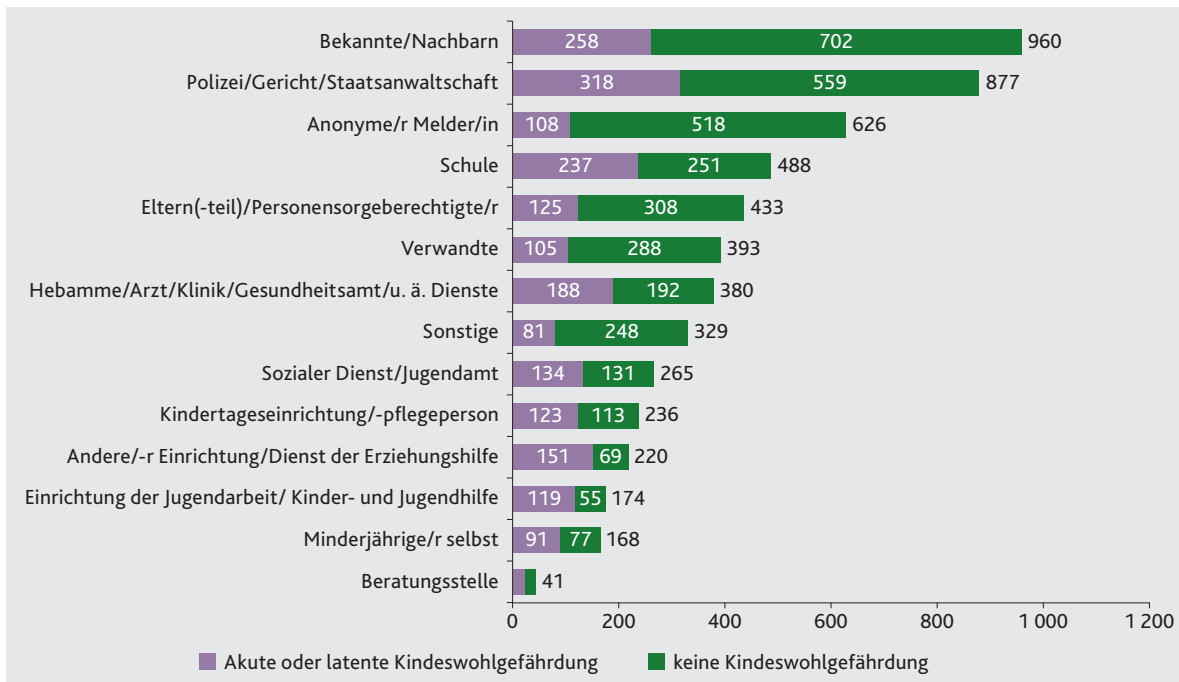
Hinsichtlich des Ergebnisses der Gefährdungseinschätzung müssen die Jugendämter

G 3

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls mit akuter oder latenter Gefährdung 2012 nach Art der Kindeswohlgefährdung



G 4

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012
nach bekannt machender Institution bzw. Person und Ergebnis des Verfahrens

Häufigster Grund der Gefährdung ist Vernachlässigung

differenzieren, ob Anzeichen für Vernachlässigung, für körperliche oder psychische Misshandlung oder sexuelle Gewalt vorliegen. Hier sind Mehrfachnennungen möglich.

In deutlich mehr als der Hälfte der Fälle (1 281), in denen eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung vorlag, war Vernachlässigung der Grund für die Gefährdung. Jungen (667) waren hier öfter als Mädchen (614) betroffen. Körperliche oder psychische Misshandlung wurde in 571 bzw. 495 Verfahren festgestellt. Die Einschätzung, dass eine Gefährdung aufgrund sexueller Gewalt vorlag, betraf insgesamt 102 Verfahren; Mädchen waren hier weit häufiger (76) betroffen als Jungen (26).

Verdachtsmeldungen oft durch Bekannte oder Nachbarn

Die Meldungen über möglicherweise vorliegende Gefährdungen des Kindeswohls kamen am häufigsten aus dem unmittelbaren (Wohn-)Umfeld der Betroffenen. Bekannte oder Nachbarn initiierten 960

Verfahren (17,2 Prozent). In drei von vier dieser gegenüber dem Jugendamt angezeigten Verfahren konnte aber keine akute oder latente Gefährdung erkannt werden.

Durch die Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft wurden 877 Verfahren (16 Prozent) eingeleitet. Auch hier war relativ oft – nämlich in zwei Dritteln der Fälle – das Ergebnis, dass keine Gefährdung vorliegt.

Auch anonyme Meldungen waren häufig Ausgangspunkt für Verfahren zur Kindeswohlgefährdung; in 626 Fällen erreichte das Jugendamt auf diesem Weg eine Verdachtsmeldung. Diese erwiesen sich aber besonders häufig als haltlos (518 Fälle), da keine vorliegende Gefährdung festgestellt werden konnte.

Anonyme Meldungen oft haltlos

Als besonders fundiert erwiesen sich dagegen Verfahren, die durch Einrichtungen der Jugendarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe

T 2

Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012
nach Ergebnis des Verfahrens und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Verfahren		Kindeswohlgefährdung		Keine Kindeswohlgefährdung	
	insgesamt	je 1 000 Minderjährige	akut	latent	Hilfebedarf	kein Hilfebedarf
Frankenthal (Pfalz), St.	42	6	7	11	12	12
Kaiserslautern, St.	215	15	13	27	86	89
Koblenz, St.	56	4	11	11	14	20
Landau i. d. Pfalz, St.	71	10	10	23	26	12
Ludwigshafen a. Rh., St.	207	8	37	10	63	97
Mainz, St.	241	8	51	34	89	67
Neustadt a. d. Weinstr., St.	60	7	5	11	30	14
Pirmasens, St.	57	10	23	12	11	11
Speyer, St.	51	6	8	30	3	10
Trier, St.	174	12	33	41	45	55
Worms, St.	244	18	40	39	105	60
Zweibrücken, St.	40	7	7	15	13	5
Ahrweiler	323	16	57	85	96	85
Altenkirchen (Ww.)	223	10	25	75	5	118
Alzey-Worms	121	5	15	21	13	72
Bad Dürkheim	41	2	11	14	11	5
Bad Kreuznach	263	10	49	76	85	53
Bernkastel-Wittlich	63	3	14	16	13	20
Birkenfeld	160	12	20	39	64	37
Cochem-Zell	94	9	20	29	19	26
Donnersbergkreis	36	3	12	7	10	7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	466	28	32	105	174	155
Germersheim	61	3	3	12	23	23
Kaiserslautern	67	4	17	29	13	8
Kusel	83	7	4	9	22	48
Mainz-Bingen	246	7	20	24	113	89
Mayen-Koblenz	158	4	30	53	33	42
Neuwied	506	16	64	126	189	127
Rhein-Hunsrück-Kreis	101	6	26	32	33	10
Rhein-Lahn-Kreis	61	3	17	19	15	10
Rhein-Pfalz-Kreis	99	4	5	14	41	39
Südliche Weinstraße	64	4	19	12	12	21
Südwestpfalz	29	2	4	10	6	9
Trier-Saarburg	134	5	20	22	39	53
Vulkaneifel	299	29	23	86	135	55
Westerwaldkreis	434	12	37	92	233	72
Rheinland-Pfalz	5 590	11	789	1 271	1 894	1 636

bzw. andere Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfe in Gang gesetzt wurden. Bei den hierunter fallenden insgesamt 394 Verfahren stellte sich in mehr als zwei Dritteln der Fälle eine tatsächlich vorliegende Kindeswohlgefährdung heraus.

Regionale Unterschiede

29 Verfahren
in der Südwest-
pfalz – 506 im
Kreis Neuwied

Die Zahl der abgeschlossenen Verfahren, die durch die 41 Jugendämter für das Jahr 2012 an das Statistische Landesamt übermittelt wurden, unterscheidet sich regional erheblich. Auf Kreisebene erstreckt sich die Bandbreite von insgesamt 29 Verdachtsfällen im Landkreis Südwestpfalz bis zu 506 Verfahren im Landkreis Neuwied.

Bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren zeigt der Landkreis Bad Dürkheim mit 1,9 Verfahren je 1 000 unter 18-Jährige den geringsten Wert. Der Landkreis Vulkaneifel (29,1) und der Eifelkreis Bitburg-Prüm (28,5) weisen dagegen die mit Abstand höchsten Werte auf.

Ursachen
(noch) nicht
feststellbar

Eindeutige Ursachen für diese deutlichen regionalen Diskrepanzen sind zunächst nicht feststellbar. Ob ausschließlich oder zumindest überwiegend substanzielle Ursachen, also unterschiedliche Gefährdungspotenziale vorliegen, ist anzuzweifeln; zumindest

fehlen hierfür Erklärungsansätze. Inwieweit eine unterschiedliche Herangehensweise oder Unterschiede im Meldeverhalten der Jugendämter eine Rolle spielen, lässt sich bei dieser erstmals durchgeführten Statistik noch kaum beurteilen. Die Ergebnisse eines weiteren Berichtsjahres sollten abgewartet werden, um hierüber weitere Erkenntnisse zu erlangen.

Die regionalen Unterschiede betreffen nicht nur die Verfahren insgesamt, sondern auch die Verfahren, die eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung ergaben.

Fazit

Das zentrale Ergebnis dieser neuen Statistik ist sicherlich die große Zahl der Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls. Kaum weniger überraschend ist, dass in über 2 000 Fällen, also weit mehr als einem Drittel der Verdachtsmeldungen, das Vorliegen einer akuten oder latenten Gefährdung des Kindeswohls erkannt wurde.

Unerwartet
hohe Fallzahl

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“.

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Erste Ergebnisse zu Verfahren nach dem Anerkennungsgesetz



Von Bettina Link

Für Menschen, die ihre Berufsqualifikation im Ausland erlangt haben, ist es seit dem 1. April 2012 leichter, diese in Deutschland anerkennen zu lassen, denn seither gilt das neue „Anerkennungsgesetz“. Dieses sichert ihnen einen gesetzlichen Anspruch auf eine individuelle Überprüfung der Gleichwertigkeit ihrer beruflichen Qualifikation mit einem deutschen Referenzberuf zu. Das Gesetz vereinheitlicht und erweitert die Verfahren und Kriterien für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Es verbessert damit die Chancen ausländischer Fachkräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt in ihrem erlernten Beruf tätig zu werden. Zur Evaluation der Antragsverfahren wurde eine amtliche Statistik eingeführt, für die nun erstmals Ergebnisse vorliegen.

Bedarf zur besseren Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Fehlende
Anerkennung
ausländischer
Berufs-
abschlüsse
auf dem
Arbeitsmarkt

In der Vergangenheit war es für Personen mit ausländischer Berufsqualifikation in Deutschland oft schwierig, eine ihrer Ausbildung angemessene Beschäftigung aufzunehmen. Das lag neben vielen anderen Faktoren auch daran, dass diese Berufsqualifikation auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht anerkannt wurde. Es fehlten hierfür einheitliche Bewertungsverfahren und -maßstäbe.

Insbesondere durch den drohenden Fachkräftemangel, aber auch aus sozialpolitischen Erwägungen, geriet dieser Missstand in den letzten zehn Jahren stärker in den Fokus der Politik. Die Bestrebungen richteten sich in der Folge darauf, die bereits im Land lebenden Ausländerinnen und Ausländer besser in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren, um das im Land vorhandene Fachkräftepotential zu nutzen. Ferner sollte der deutsche Arbeitsmarkt aber auch für qualifizierte Zuwandererinnen und Zuwanderer aus dem Ausland attraktiver werden.¹

Fachkräfte-
potential soll
besser genutzt
werden

¹ Vgl. Gesetzesbegründung im Referentenentwurf zum Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG), Unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/062/1706260.pdf> (abgerufen am 15.7.2013).

Verabschiedung des Bundes- Anerkennungsgesetzes

Mit dieser Zielrichtung verständigten sich die Regierungschefs von Bund und Ländern auf dem Dresdner Bildungsgipfel im Jahr 2008 darauf, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in Deutschland zu erleichtern. Im September 2011 beschloss der Bundestag das sogenannte Anerkennungsgesetz, dem zwei Monate später auch der Bundesrat zustimmte. Voraus gingen umfangreiche Abstimmungen insbesondere mit zahlreichen betroffenen Verbänden und den jeweils zuständigen Fachressorts.²

Anerkennungsgesetz seit April 2012 in Kraft

Das am 1. April 2012 in Kraft getretene Anerkennungsgesetz vereinheitlicht und erweitert nun die Verfahren und Kriterien für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Es schafft darüber hinaus für die Betroffenen erstmals einen gesetzlichen Anspruch auf eine individuelle Überprüfung der Gleichwertigkeit ihrer beruflichen Qualifikation mit einem deutschen Referenzberuf. Damit wird diesen Personen die Ausübung ihres erlernten Berufes erleichtert oder wie beispielsweise bei Ärztinnen und Ärzten überhaupt erst ermöglicht.

Die Anerkennung allgemeiner Abschlüsse erfolgt nicht auf Basis des Anerkennungsgesetzes. Gleiches gilt für akademische Abschlüsse, die nicht Voraussetzung für die Ausübung reglementierter Berufe sind.

Anerkennungsgesetze der Länder zum Teil schon in Kraft

BQFG betrifft bundesrechtlich geregelte Berufe

Mit dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG), das Teil dieses Anerkennungsgesetzes ist, werden die Anerkennungsverfahren für bundesrechtlich gere-

Das Anerkennungsgesetz

Das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ (Anerkennungsgesetz) ist ein sogenanntes Mantelgesetz.

Es umfasst zum einen das „Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ (BQFG). Zum anderen enthält es in den Folgeartikeln Änderungen von rund 60 berufsrechtlichen Gesetzen und Verordnungen für reglementierte Berufe, beispielsweise für die Gesundheitsberufe (Bundesärzteordnung, Krankenpflegegesetz) und die Handwerksmeister (Handwerksordnung).

gelte Berufe festgelegt. Für die landesrechtlich geregelten Berufe bereiten die Länder zurzeit entsprechende Landesgesetze vor. Diese orientieren sich grundsätzlich am BQFG. Einige Länder haben die entsprechenden Regelungen bereits verabschiedet. Landesrechtlich geregelt sind beispielsweise der Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers und der Ingenieurin bzw. des Ingenieurs.

Geltung für reglementierte und nicht reglementierte Berufe

Mit dem BQFG wird das Verfahren zur Gleichwertigkeitsprüfung für rund 450 Berufe geregelt. Unterschieden werden kann hierbei zwischen reglementierten und nicht reglementierten Berufen.

450 Berufe betroffen

Reglementierte Berufe sind Tätigkeiten, deren Ausübung an das Führen bestimmter Berufsbezeichnungen geknüpft ist. Ein positives Ergebnis der Gleichwertigkeitsprüfung ist somit Voraussetzung für die Berufszulassung. Zu den reglementierten Berufen

Anerkennung bei reglementierten Berufen notwendig

² http://www.anerkennung-in-deutschland.de/media/20120320_erlaeuterungen_zum_anerkennungsg_bund.pdf (abgerufen am 15.7.2013).

gehören beispielsweise akademische und nicht akademische Gesundheitsfachberufe sowie Berufe im juristischen Bereich. Hier gab es durch das Europarecht bereits vor dem BQFG weitgehende Regelungen für die Anerkennung, allerdings nur für Qualifikationen aus dem EU-Ausland. Das BQFG weitet den Geltungsbereich nun auch auf Drittstaaten aus.

Anerkennung
bei nicht
reglementier-
ten Berufen
keine Voraus-
setzung für
Berufszugang

Bei den nicht reglementierten Berufen ist die Berufsausübung nicht zwingend an eine formale Anerkennung geknüpft. Dennoch kann sich die Gleichwertigkeitsprüfung unter Umständen lohnen, etwa wenn mit der Gleichwertigkeitsbescheinigung die Arbeitsmarktchancen wachsen oder eine höhere tarifliche Eingruppierung möglich wird. Einigen Betroffenen mag auch die formelle Würdigung ihrer Berufsqualifikation ein Anliegen sein. Zu den nicht reglementierten Berufen gehören etwa 350 Ausbildungsberufe im Dualen System. Dies sind beispielsweise klassische Lehrberufe wie KFZ-Mechatronikerin und KFZ-Mechatroniker oder Friseurin und Friseur. Für die nichtreglementierten Berufe schafft das BQFG erstmals einen allgemeinen Anspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit. Diesen gab es bis dahin nur für Spätaussiedler.

Verfahren

Keine
Beschränkung
auf bestimmte
Staatsange-
hörigkeiten

Grundsätzlich ist nach dem BQFG jede Person antragsberechtigt, die im Ausland einen Abschluss erlangt hat und beabsichtigt, in Deutschland eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Eine Beschränkung auf bestimmte Staatsangehörigkeiten existiert nicht.

Zuständig für die Anerkennung im Sinne des BQFG sind je nach Beruf und Bundes-

land unterschiedliche Stellen – für die Ausbildungsberufe beispielsweise die jeweiligen Kammern, für die Gesundheitsfachberufe in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Bei der Ermittlung der jeweils zuständigen Stelle werden die Interessenten durch den Anerkennungsfinder des Bundesinstituts für Berufsbildung unterstützt. Dieses Internetangebot³ weist auch den Weg zu einer Vielzahl an Beratungsangeboten.

Verschiedene
zuständige
Stellen

Sobald der anerkennenden Stelle ein Antrag in Schriftform mit den erforderlichen Unterlagen vorliegt, beginnt eine Frist von drei Monaten innerhalb derer die Gleichwertigkeit zu prüfen ist. Sofern die Anerkennung aufgrund fehlender Gleichwertigkeit der Qualifikation nicht festgestellt werden kann, sieht das BQFG bei reglementierten Berufen Ausgleichsmaßnahmen (Prüfungen oder Lehrgänge) und unter Umständen auch Teilanerkennungen vor.

Antrags-
bearbeitung
innerhalb von
drei Monaten

Im Bereich der nicht reglementierten Berufe sind bei fehlender Gleichwertigkeit keine Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen. Die Betroffenen erhalten eine Auswertung zu den individuell vorhandenen Qualifikationen und zu den wesentlichen Unterschieden bezüglich der nicht als gleichwertig anerkannten Berufe. Diese Darstellung kann von den Betroffenen für eine Bewerbung auf dem Arbeitsmarkt genutzt werden oder aber für eine gezielte eigenständige Nachqualifizierung.

Erste Zahlen verfügbar

Mit dem Anerkennungsgesetz wurde auch eine Statistik zu den durchgeführten Verfahren geschaffen. Erhoben werden folgende Merkmale:

Daten für das
Berichtsjahr 2012

³ www.anerkennung-in-deutschland.de

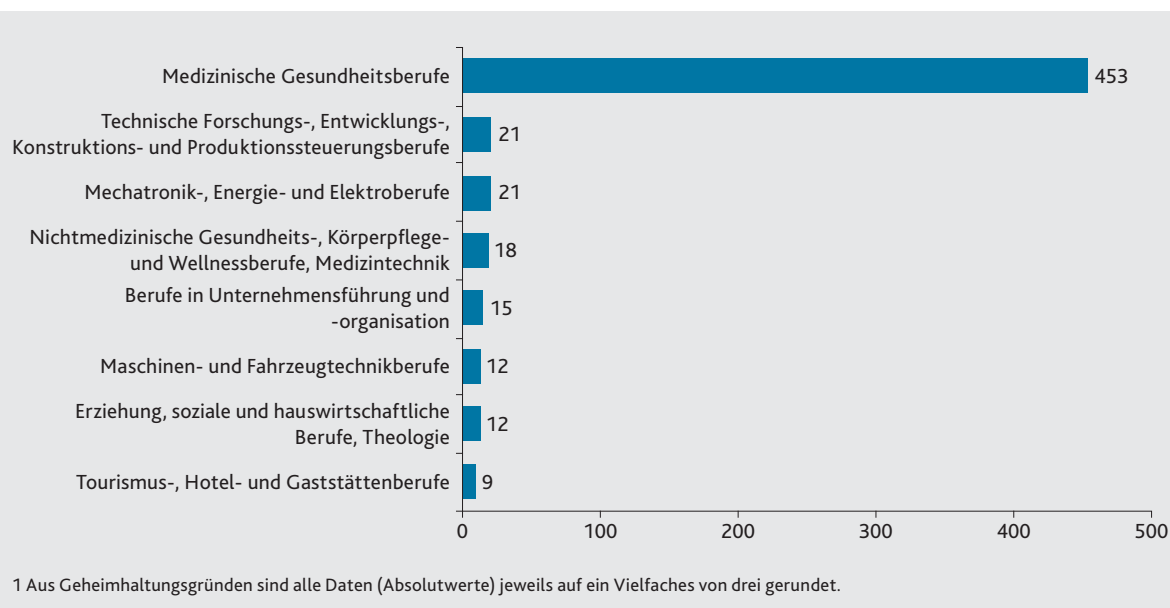
T 1

Anerkennungsverfahren nach dem BQFG von April bis Dezember 2012 nach Berufshauptgruppe, Art der Entscheidung und Geschlecht¹

Berufshauptgruppe des deutschen Referenzberufes	Ins- gesamt	Darunter: abge- schlossen	Davon Entscheidung vor Rechtsbehelf:			
			volle Gleich- wertig- keit	beschränk- ter Berufs- zugang nach HwO ²	Auflage einer Ausgleichs- maßnahme ²	Keine Gleich- wertigkeit
Frauen	378	189	162	0	21	6
Medizinische Gesundheitsberufe	300	162	153	-	9	-
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	15	3	3	-	-	-
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	12	9	-	-	9	-
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	9	3	-	-	-	-
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	9	-	-	-	-	-
Technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe	6	6	6	-	-	-
Verkaufsberufe	6	-	-	-	-	-
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	3	-	-	-	-	-
Übrige	15	3	-	-	-	3
Männer	246	165	156	0	3	6
Medizinische Gesundheitsberufe	153	138	135	-	3	-
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	21	3	3	-	-	-
Technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe	15	15	15	-	-	-
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	12	3	-	-	-	3
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	9	-	-	-	-	-
Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	6	-	-	-	-	-
Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	3	-	-	-	-	-
Hoch- und Tiefbauberufe	3	-	-	-	-	-
Übrige	24	6	3	-	-	3
Insgesamt ³	621	354	321	0	24	12 ¹
Medizinische Gesundheitsberufe	453	300	285	-	15	-
Technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe	21	21	21	-	-	-
Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	21	3	3	-	-	-
Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik	18	3	-	-	-	-
Berufe in Unternehmensführung und -organisation	15	3	3	-	-	-
Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	12	3	-	-	-	3
Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie	12	9	-	-	9	-
Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	9	3	-	-	-	-
Übrige	60	9	6	-	-	3

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet. – ² Nur bei reglementierten Berufen möglich. – ³ Zudem wurden 27 Verfahren nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie gemeldet.

G 1

Antragstellerinnen und Antragsteller nach dem BQFG von April bis Dezember 2012 nach der Berufshauptgruppe des deutschen Referenzberufes¹

- Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Wohnort des Antragstellers⁴ sowie Datum der Antragstellung,
- Ausbildungsstaat, deutscher Referenzberuf oder -ausbildung,
- Datum, Gegenstand und Art der Entscheidung sowie
- eingelegte Rechtsbehelfe und Entscheidungen darüber.

621 Anerkennungsanträge

Im Zeitraum vom 1. April 2012 bis zum 31. Dezember 2012 wurden von den zuständigen Stellen insgesamt 621 Anträge auf Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation gemeldet.⁵ Bis Ende des Jahres 2012 waren 57 Prozent dieser Verfahren abgeschlossen.

In der Mehrzahl der abgeschlossenen Fälle konnte eine vollständige Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation mit

der des geprüften deutschen Referenzberufes festgestellt werden (91 Prozent). Diese hohe Erfolgsquote geht sicherlich auch darauf zurück, dass wenig erfolgversprechende Anerkennungsersuchen noch vor der endgültigen Entscheidung zurückgezogen werden. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Anerkennungsverfahren grundsätzlich gebührenpflichtig sind und der Rückzug eines Antrags unter Umständen auch den zu zahlenden Geldbetrag vermindert. Zurückgezogene Anträge sind von den zuständigen Stellen nicht zu melden.

Die meisten erfassten Anerkennungsverfahren erfolgreich

Datenqualität

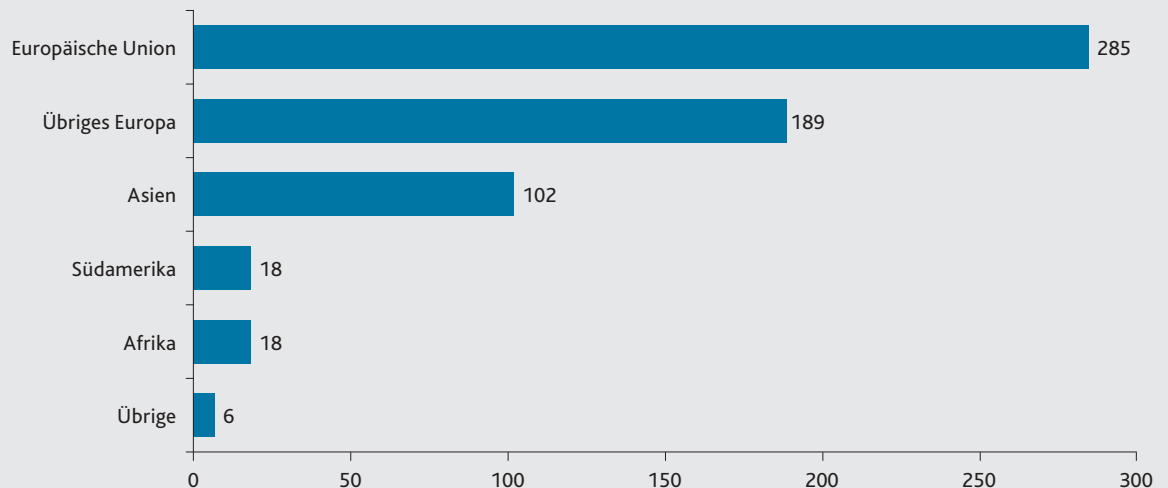
Da die Erhebung zum BQFG im Berichtsjahr 2012 erstmalig durchgeführt wurde, ist grundsätzlich davon auszugehen, dass es bei der Validität der Daten noch Einschränkungen geben kann. Dies gilt insbesondere, weil sich die IT-Ausstattung in den für das Anerkennungsverfahren zuständigen Stellen im ersten Jahr noch im Aufbau befand.

⁴ Berichtspflicht erst ab dem Berichtsjahr 2013.

⁵ Ohne Meldungen und Entscheidungen betreffend die Dienstleistungsfreiheit nach Artikel 7 Absatz 1 und 4 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005.

G 2

Antragstellerinnen und Antragsteller nach dem BQFG von April bis Dezember 2012 nach Erdteil des Ausbildungsstaates¹



¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet.

T 2

Anerkennungsverfahren nach dem BQFG von April bis Dezember 2012 nach Reglementierung, Art der Entscheidung und Geschlecht¹

Reglementierung	Ins- gesamt	Darunter: abgeschlossen		Davon Entscheidung vor Rechtsbehelf:			
				volle Gleich- wertig- keit	beschränk- ter Berufs- zugang nach HwO ²	Auflage einer Ausgleichs- maßnahme ²	Keine Gleich- wertigkeit
		Anzahl	%	Anzahl			
Frauen	378	189	50	162	x	x	6
reglementierte Berufe	321	180	56,1	159	-	21	3
nicht reglementierte Berufe	57	9	15,8	6	x	x	3
Männer	246	165	67,1	156	x	x	6
reglementierte Berufe	177	153	86,4	150	-	3	-
nicht reglementierte Berufe	66	12	18,2	9	x	x	3
Insgesamt ³	621	354	57,0	321	x	x	12
reglementierte Berufe	498	333	66,9	306	-	24	3
nicht reglementierte Berufe	123	21	17,1	12	x	x	9

¹ Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet. – ² Nur bei reglementierten Berufen möglich. – ³ Zudem wurden 27 Verfahren nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie gemeldet.

Anerkennungs-
anträge für
medizinische
Gesundheits-
berufe
dominieren

Die meisten Antragstellerinnen und Antragsteller strebten eine Anerkennung im Bereich der medizinischen Gesundheitsberufe an (73 Prozent). Erst mit weitem Abstand folgten Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe sowie technische Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe (jeweils 3,4 Prozent).

Rund acht von zehn Anträgen hatten die Anerkennung in einem reglementierten Beruf zum Ziel (80 Prozent). Sechs von zehn Anträgen wurden von Frauen eingereicht (61 Prozent).

Frauen stellten
sechs von zehn
Anträgen

Die meisten Antragstellerinnen und Antragsteller hatten ihre Ausbildung in der Europäischen Union (285) oder dem übrigen

Die meisten
Antragsteller
aus Europa

Europa (189) absolviert, weitere 102 Personen in einem asiatischen Land.

Fazit

Seit dem 1. April 2012 haben Personen mit ausländischer Berufsqualifikation, die in Deutschland arbeiten wollen, einen Anspruch auf eine individuelle Gleichwertigkeits-Überprüfung ihrer beruflichen Qualifikation. Bis zum Ende des Jahres 2012 machten über 620 Personen von diesem Recht Gebrauch.

Durch das Inkrafttreten des entsprechenden Landesgesetzes und den wachsenden Bekanntheitsgrad der Anerkennungsmöglichkeiten könnte sich die Zahl der Anerkennungssuchenden in den nächsten Jahren noch merklich erhöhen.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften leitet das Referat „Bildung“.

Erwerbstätigkeit 2012

Erwerbstätigenquote der Frauen steigt auf über 44 Prozent

Von Merle Hattenhauer und Hans-Peter Fein

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im Jahr 2012 rund 1,97 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig; die Erwerbstätigenquote erreichte mit über 49 Prozent einen neuen Höchststand.

Dies ist u. a. auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zurückzuführen. So stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen zwischen 2002 und 2012 um 130 500 bzw. 17 Prozent. Gleichwohl liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen mit 44 Prozent noch rund zehn Prozentpunkte unter der der Männer.

Mikrozensus liefert wichtige Ergebnisse zur Erwerbsarbeit

Arbeitsmarkt-
bericht-
erstattung
der amtlichen
Statistik

Die Arbeitsmarktberichterstattung der amtlichen Statistik bedient sich einer Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen. Zu nennen sind neben dem Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) vor allem die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Mikrozensus
als dezentrale
Bundesstatistik

Der Mikrozensus wird als dezentrale Bundesstatistik in den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Ergebnisse gehen ein in Regierungsberichte und in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus bilden sie die

Grundlage für die laufende Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Für eine Reihe kleinerer Erhebungen der empirischen Sozial- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- und Kontrollinstrument.

Zudem basieren viele nationale und internationale Indikatoren zur Beschäftigungspolitik auf den Ergebnissen des Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit. Ein Beispiel ist die Erwerbstätigenquote, die einen der zentralen Indikatoren im europäischen Kontext darstellt. Der Erwerbsstatus der im Mikrozensus befragten Personen wird nach dem so genannten „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhoben.

Mikrozensus
als wichtige
Datenquelle

Harmonisierte
Ergebnisse
über alle EU-
Staaten

Über die EU-Arbeitskräfteerhebung, die gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführt wird, werden zudem Daten für europäische und nationale Nutzer bereitgestellt. Die Ergebnisse sind über alle EU-Mitgliedstaaten hinweg harmonisiert und ermöglichen somit europaweite Vergleiche. Das Frageprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasst außer den jährlich in gleicher Weise zu erfassenden Kernfragen auch sogenannte Ad-hoc-Module, die aktuelle Themen abdecken. Im Jahr 2012 wurden beispielsweise Daten über die Art des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand ermittelt. Die Ad-hoc-Module werden allerdings nur mit einem Auswahlatz von 0,1 Prozent erhoben, was die Möglichkeiten der Auswertung dieser Merkmale für kleinere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz sehr einschränkt.

Seit dem Umstieg auf ein unterjähriges Erhebungskonzept können Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse bereitgestellt werden. Für Rheinland-Pfalz sollen im folgenden Jahresdurchschnittsergebnisse für das Jahr 2012 dargestellt werden. Zur Ver-

Erwerbstätigkeit in der Erwerbstätigenrechnung

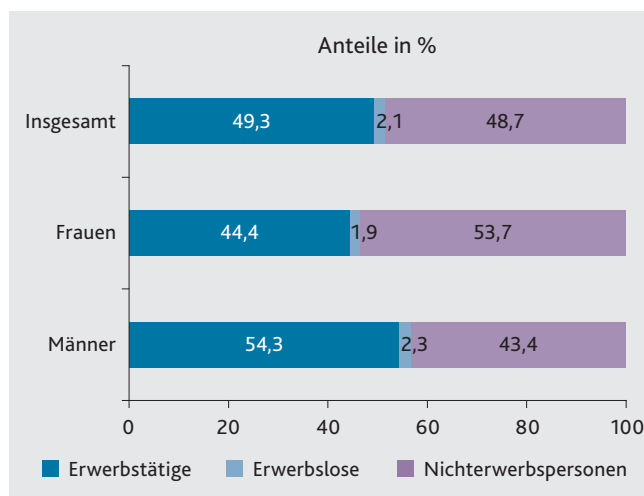
Ergebnisse zum Themenbereich Erwerbstätigkeit werden auch von der Erwerbstätigenrechnung bereitgestellt.

Die Erwerbstätigenrechnung (ETR) ist ein Gesamtrechnungssystem im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Erwerbstätigenrechnung berechnet auf Basis aller verfügbaren Quellen die Zahl der Erwerbstätigen. Sie veröffentlicht Ergebnisse für die Erwerbstätigen am Wohnort und am Arbeitsort sowie nach Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig, aber ohne demografische Untergruppen.

Die von der Erwerbstätigenrechnung veröffentlichten Ergebnisse weichen von den ausgewiesenen Zahlen des Mikrozensus aufgrund unterschiedlicher Definitionen, Methoden, Verfahren und Erkenntnisinteressen beider Statistiken ab.

G 1

Bevölkerung 2012 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht



deutlichung der Entwicklung werden Daten des Jahres 2002 herangezogen, wobei der Vergleichbarkeit aufgrund des Umstiegs von einer festen auf eine gleitende Berichtswoche im Jahr 2005 Grenzen gesetzt sind.

Erwerbstätigkeit steigt – vor allem bei Frauen

Zu den Erwerbspersonen gehören die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2012 waren rund 1,97 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, erreichte mit 49,3 Prozent einen neuen Höchststand.

1,97 Millionen
Erwerbstätige

Innerhalb der letzten zehn Jahre stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 9,7 Prozent. Dies spiegelt sich auch in der Erwerbstätigenquote wider; sie lag im Jahr 2002 noch bei 44 Prozent.

Anstieg der
Erwerbs-
tätigenquote

Der Anteil der Erwerbslosen belief sich auf 2,1 Prozent. Fast die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (49 Prozent) zählt zu den Nichterwerbspersonen.

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern weichen deren Erwerbsmuster immer noch voneinander ab.

Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt stärker als die der Männer

Im Zeitraum von 2002 bis 2012 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 130 500 angestiegen (+17 Prozent). Die Zahl der erwerbstätigen Männer erhöhte sich im gleichen Zeitraum lediglich um 43 800 (+4,3 Prozent). Dadurch hat sich seit 2002 der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen von knapp 43 Prozent auf nunmehr fast 46 Prozent erhöht. Ungeachtet dessen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2012 noch rund zehn Prozentpunkte unter der der Männer.

Erwerbstätigenquote der Frauen noch deutlich unter der der Männer

Werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter betrachtet, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren, so lag die Erwerbstätigenquote 2012 in Rheinland-Pfalz bei 73 Prozent. Die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter wird gerne als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben genutzt. Mit gut 67 Prozent lag die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen im Jahr 2012 noch deutlich unter dem entsprechenden Wert der Männer (78,5 Prozent).

Personen ab 65 Jahren sind selten erwerbstätig. Lediglich 5,3 Prozent dieser Altersgruppe übten 2012 noch eine Erwerbstätigkeit aus (Frauen: 3,7 Prozent; Männer: 7,3 Prozent).

Immer mehr Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung

Der Eindruck der starken beruflichen Integration von Frauen relativiert sich, wenn die Arbeitszeit sowie das Einkommen als Kriterium hinzugezogen werden. Frauen stehen

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

Erwerbslose

Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zur Zeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1%-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 16 000 Haushalte mit rund 35 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 340 000 Haushalte mit etwa 690 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch – allein in Rheinland-Pfalz – rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark

besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

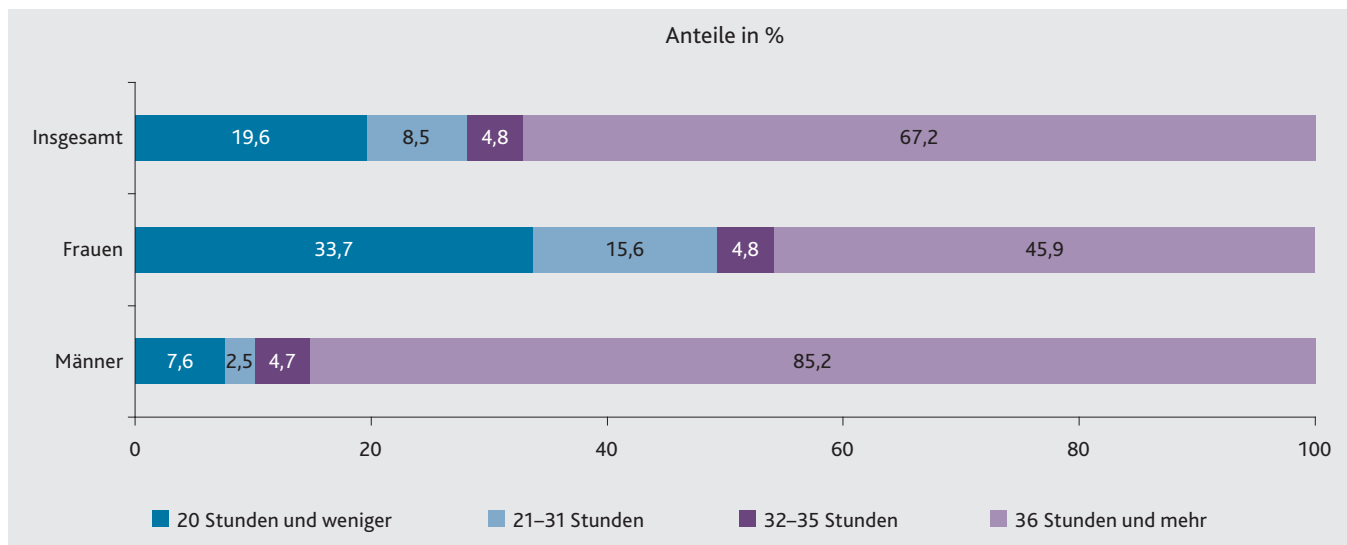
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2016 gültig. Für den Mikrozensus wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 2

Erwerbstätige 2012 nach normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden und Geschlecht



häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit dürfte auch der Zuwachs der Teilzeitarbeitsplätze eine Rolle gespielt haben. So sind Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten nach wie vor deutlich überrepräsentiert. Bei den Vollzeitarbeitsplätzen überwiegen dagegen die Männer.

Von den rund 1,97 Millionen erwerbstätigen Personen in Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2012 rund 72 Prozent einer Vollzeittätigkeit nach, 28 Prozent sind teilzeitbeschäftigt.¹ Erwerbstätige Frauen gingen im Jahr 2012 zu über 49 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den erwerbstätigen Männern waren es lediglich zehn Prozent. Im Jahr 2002 hatte die Teilzeitquote von Frauen bei rund 47 Prozent gelegen (Männer: fünf Prozent).

Insgesamt waren rund 553 000 Personen, d. h. mehr als ein Viertel (28 Prozent) der

im Mikrozensus erfassten Erwerbstätigen im Jahr 2012 teilzeitbeschäftigt. Im Jahr 2002 lag der entsprechende Wert noch bei rund 23 Prozent.

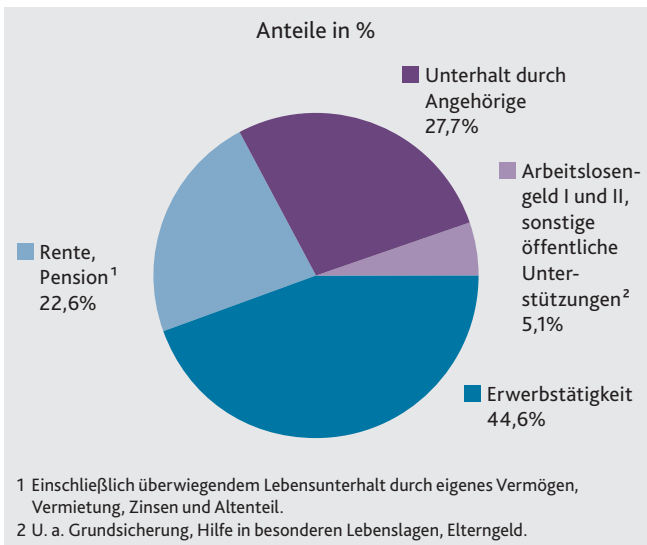
Im Jahr 2012 waren in Rheinland-Pfalz mehr als neun Prozent der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Zu den geringfügigen Beschäftigten zählen Tätigkeiten mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von bis zu 400 Euro oder kurzfristige Beschäftigungen wie Saisonbeschäftigungen mit bis zu 50 Arbeitstagen. Frauen sind mit knapp 15 Prozent dabei wesentlich häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt als Männer (fünf Prozent). Wie die Teilzeitbeschäftigung hat auch die geringfügige Beschäftigung in den letzten Jahren zugenommen. So lag der Anteil der Erwerbstätigen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, an allen Erwerbstätigen im Jahr 2002 noch bei sieben Prozent (Frauen: 13 Prozent; Männer: 2,2 Prozent). Besonders die Neuregelung von Mini- und Midijobs führte zur weiteren Ausbreitung von geringfügiger Erwerbstätigkeit.

Vor allem Frauen häufig teilzeit- oder geringfügig beschäftigt

¹ Zu den Vollzeitbeschäftigten werden hier alle Erwerbstätigen gezählt, die mindestens 32 Stunden in der Woche arbeiten. Teilzeitbeschäftigte sind dementsprechend Personen, die 31 Stunden oder weniger in der Woche einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

G 3

Bevölkerung 2012 nach überwiegendem Lebensunterhalt



Lebensunterhalt wird überwiegend aus Erwerbstätigkeit bezogen

Männer
bestreiten
Lebensunterhalt
häufiger selbst

Rund 45 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung bezogen im Jahr 2012 ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus eigener Erwerbstätigkeit. Unterschiedlich hoch sind die Anteile bei Männern und Frauen: Gut 51 Prozent der Männer lebten überwiegend von Erwerbstätigkeit; bei den Frauen waren es nur 38 Prozent. Gut ein Fünftel (21 Prozent) der Männer und 34 Prozent der Frauen bestritten ihren Lebensunterhalt über Einkünfte von Angehörigen. Die Gruppe der Personen im Alter von 65 Jahren und älter lebte 2012 fast ausschließlich von Renten- und Pensionszahlungen (85 Prozent). Bei den Männern dieser Altersgruppe waren es 94 Prozent, bei den Frauen 77 Prozent.

Höheres Ausbildungsniveau verbessert Aussicht auf Erwerbstätigkeit

Bildung
lohnt sich

Bildung ist zum entscheidenden Standortfaktor geworden. So stellt eine stark wissensbasierte Gesellschaft immer höhere Ansprüche an das Bildungsniveau der

Arbeitskräfte. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Im Ergebnis nimmt die Erwerbstätigenquote mit zunehmendem Bildungsabschluss zu.

Von den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung übten 2012 nur 36 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Dagegen waren rund 63 Prozent der Personen mit einer Lehr- oder Anlernausbildung o. Ä. erwerbstätig. Noch höher lag der Anteil der Erwerbstätigen unter den Absolventen einer Meister- oder Techniker Ausbildung oder eines Fach- bzw. Hochschulstudiums o. Ä. (73 Prozent).

Jeder zehnte Erwerbstätige ist selbstständig

Jeder zehnte Erwerbstätige war 2012 selbstständig. Gegenüber 2002 stieg die Zahl der Selbstständigen um 17 200 auf nunmehr 203 500. Die Mehrheit der Selbstständigen sind Männer (69 Prozent). So übten 13 Prozent der erwerbstätigen Männer eine selbstständige Tätigkeit aus. Bei den Frauen waren es lediglich 7,1 Prozent.

Selbstständige
sind überwiegend Männer

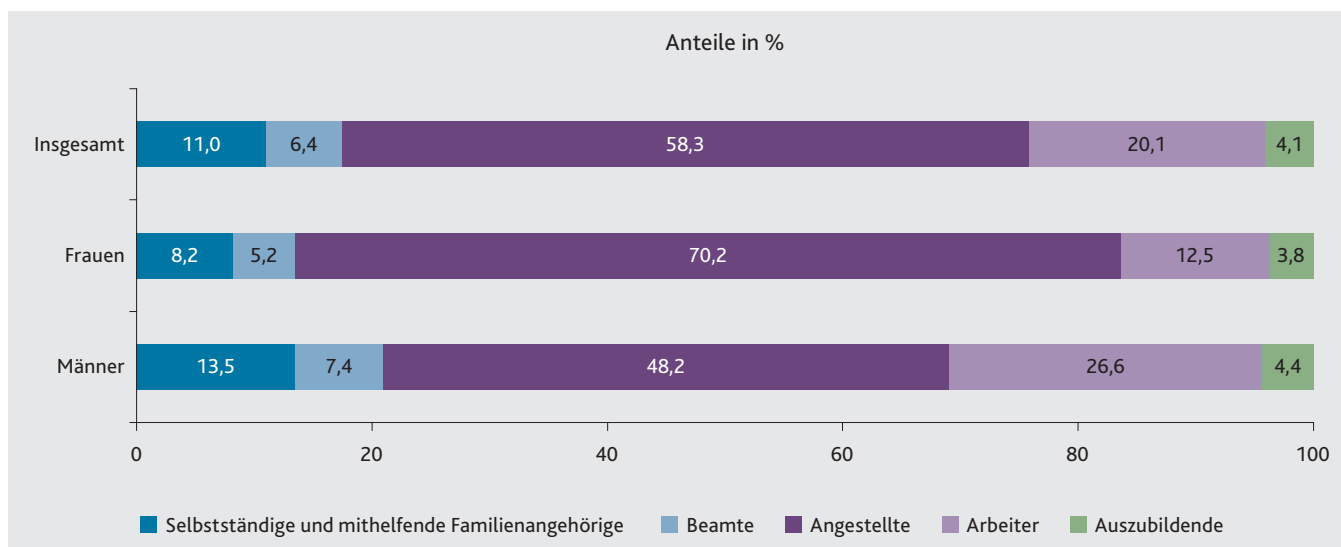
Insgesamt betrachtet war der überwiegende Teil der Erwerbstätigen Angestellte (58 Prozent) oder Arbeiter (20 Prozent); 4,1 Prozent waren noch in der Ausbildung. Auf die Beamten entfielen 6,4 Prozent der Erwerbstätigen und auf die mithelfenden Familienangehörigen 0,7 Prozent.

Immer mehr Erwerbstätige arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit

Im Jahr 2012 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 58 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder leisteten Abend- oder Nacht-

G 4

Erwerbstätige 2012 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



arbeit bzw. Wechselschichten. Zehn Jahre zuvor waren es nur 53 Prozent.

Arbeit am
Abend hat
besonders zu-
genommen

Dies zeigt, dass die Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Immer mehr Menschen sind außerhalb der „normalen“ Arbeitszeit – von Montag bis Freitag zwischen 6 und 18 Uhr – gefordert. Besonders stark zugenommen hat die Arbeit am Abend. Im Jahr 2002 arbeiteten 35 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr, zehn Jahre später lag dieser Anteil bei 42 Prozent. Zugenommen hat auch die Samstagsarbeit; 47 Prozent der Erwerbstätigen mussten im Jahr 2012 zumindest gelegentlich an Samstagen arbeiten, zehn Jahre zuvor waren es 44 Prozent. Über zumindest gelegentliche Arbeits-einsätze an Sonn- oder Feiertagen berichteten 29 Prozent der Erwerbstätigen (2002: 25 Prozent). Nachtarbeit mussten 14 Prozent der Erwerbstätigen leisten (2002: ebenfalls 14 Prozent), in Wechselschichten waren 15 Prozent eingesetzt (2002: 14 Prozent).

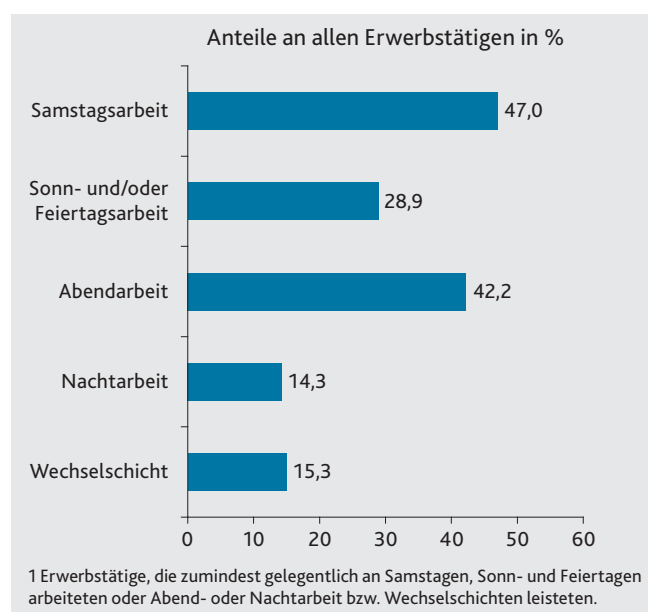
Vor allem Männer leisten Überstunden

Insgesamt gaben mehr als fünf Prozent der abhängig Erwerbstätigen an, in der Woche vor der Befragung Überstunden geleistet zu haben.

Männer leisten häufiger Mehrarbeit als Frauen. Von den abhängig beschäftigten Män-

Männer mit mehr
Überstunden

G 5

Erwerbstätige¹ 2012 nach Arbeitszeiten

ner hatten 6,4 Prozent in der Berichtswoche mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Bei den Frauen waren es 3,7 Prozent.

Befristete Arbeitsverträge häufig bei Berufsanfängern

Jeder siebte abhängig Erwerbstätige hat befristeten Vertrag

Rund 235 000 abhängig Erwerbstätige waren 2012 auf Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrags beschäftigt. Damit hatten gut 13 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen einen Zeitvertrag. Insbesondere jüngere Menschen sind zu Beginn ihrer Berufslaufbahn befristet beschäftigt. Von den befristet Beschäftigten sind knapp 65 Prozent jünger als 30 Jahre. Als Ursache der Befristung nannten über 39 Prozent ihr Ausbildungsverhältnis. Gut 14 Prozent gaben an, keine Daueranstellung zu finden bzw. dass eine solche nicht gewünscht sei. In der Probezeit befanden sich zwölf Prozent und fast 34 Prozent nannten sonstige Gründe.

Im Vergleich zum Jahr 2002 ist die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse um 47 400 bzw. 25 Prozent angestiegen.

Immer mehr Menschen mit Zweitjob

99 800 Erwerbstätige haben einen Zweitjob

Immer mehr rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessern ihr Einkommen mit einem Nebenjob auf. In Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2012 fast 100 000 Erwerbstätige – das waren über fünf Prozent aller Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) – neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit einer zweiten Beschäftigung nach. Davon übten mehr als zwei Drittel (67 Prozent) ihre Nebentätigkeit regelmäßig aus, die übrigen Erwerbstätigen arbeiteten nur gelegentlich oder saisonal bedingt in ihrem Zweitjob. Gegenüber 2002 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit mehr als einer Arbeitsstelle mehr als verdoppelt.

Jeder Vierte abhängig Erwerbstätige ist außerhalb des „Normalarbeitsverhältnisses“ beschäftigt

Gut ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitete 2012 außerhalb des sogenannten „Normalarbeitsverhältnisses“. Zu diesen oftmals als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen gehören befristete oder geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden sowie Zeitarbeitsverhältnisse. Zwischen 2002 und 2012 stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz von 22 Prozent auf nahezu 26 Prozent. Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ bleibt aber weiterhin die vorherrschende Beschäftigungsform.

Jeder vierte Beschäftigte mit „atypischer“ Beschäftigungsform

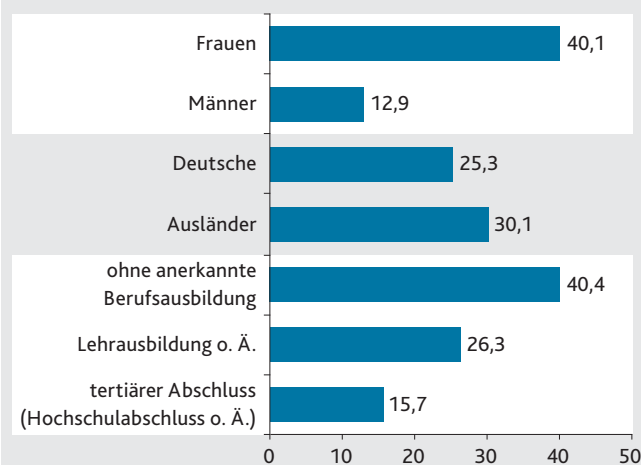
Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 40 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2012 in einer „atypischen“ Beschäftigung befanden, traf dies nur auf dreizehn Prozent der

Frauen besonders häufig in „atypischen“ Beschäftigungsformen

G 6

Atypisch Beschäftigte¹ 2012

Anteile an allen abhängig Beschäftigten der jeweiligen Beschäftigungsgruppe in %



¹ Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung oder Ausbildung.

Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch durchaus gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation sind besonders häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden. So lag der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne anerkannte Berufsausbildung im Jahr 2012 bei 40 Prozent. Der entsprechende Wert bei Beschäftigten mit einer Lehrausbildung o. Ä. betrug demgegenüber 26 Prozent, während von den Höherqualifizierten nur 16 Prozent einer atypischen Beschäftigung nachgingen. Mit 30 Prozent waren atypische Beschäftigungsformen auch bei ausländischen Beschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten (deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: 25 Prozent).

Die Frage, woraus sie überwiegend die Mittel für ihren Lebensunterhalt beziehen, beantworteten atypisch Beschäftigte wesentlich seltener mit eigener Erwerbstätigkeit als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis. Rund 77 Prozent der atypisch Beschäftigten, aber 98 Prozent der abhän-

gig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend über eigene Erwerbstätigkeit. Rund 15 Prozent der atypisch Erwerbstätigen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren. Leistungen nach Hartz IV waren für 2,2 Prozent der atypisch Beschäftigten Haupteinnahmequelle.

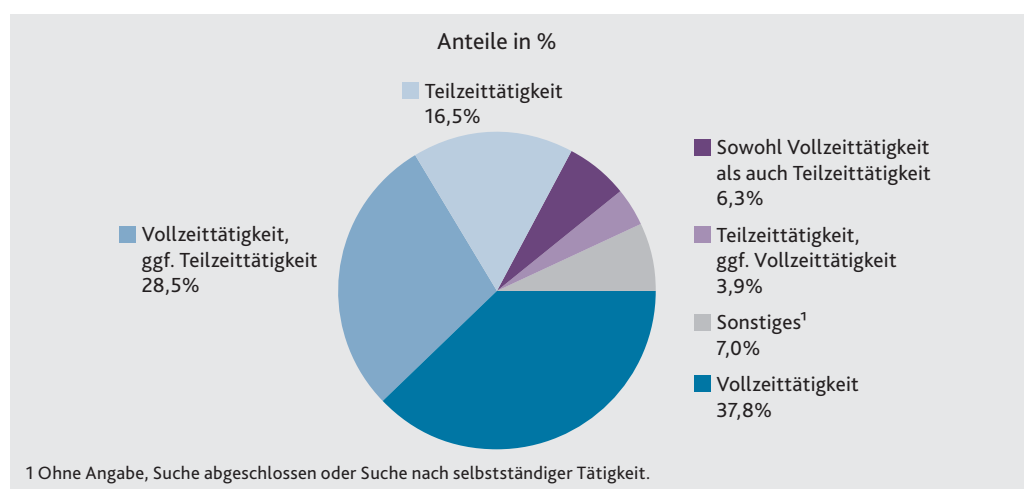
Vor allem männliche Erwerbslose auf der Suche nach Vollzeitstellen

Nahezu 38 Prozent der gut 83 000 Erwerbslosen in Rheinland-Pfalz suchten im Jahr 2012 ausschließlich eine Vollzeittätigkeit; für rund 17 Prozent kam nur eine Teilzeittätigkeit infrage. Dagegen waren fast 39 Prozent hinsichtlich des Umfangs der gesuchten Tätigkeit flexibel.

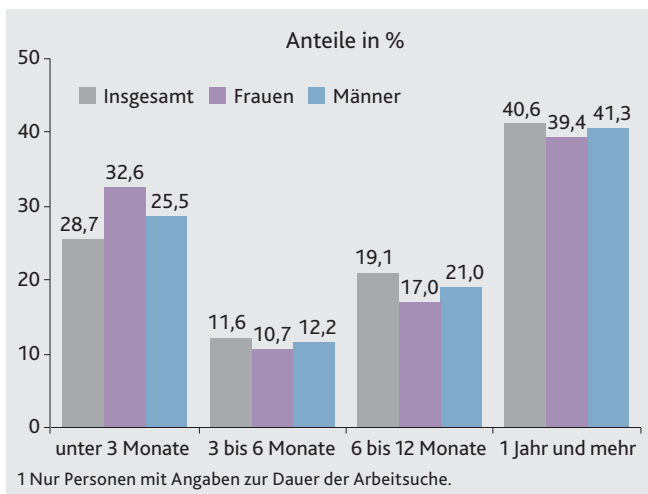
Frauen und Männer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Präferenzen. Über 51 Prozent der Männer, aber nur 22 Prozent der Frauen gaben an, ausschließlich eine Vollzeitstelle zu suchen. Dagegen strebten anteilig deutlich mehr Frauen ausschließlich eine Teilzeitstelle an als bei den Männern.

Frauen suchen häufiger Teilzeitstellen

G 7 Erwerbslose 2012 nach der Art der gesuchten Tätigkeit



G 8

Erwerbslose 2012 nach der Dauer der
Arbeitsuche¹ und Geschlecht

Knapp zwei Drittel der Erwerbslosen bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II, 29 Prozent wurden hauptsächlich durch Angehörige unterstützt. Arbeitslosengeld war für 67 Prozent der Männer und 58 Prozent der Frauen Haupteinnahmequelle. Fast 23 Prozent der Männer und 35 Prozent der Frauen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren.

Bereits ein Jahr und länger suchten fast 41 Prozent der Erwerbslosen nach einer Erwerbstätigkeit. Rund 29 Prozent der Erwerbslosen waren zum Zeitpunkt der Befragung

erst seit kurzer Zeit erwerbslos. Nahezu 33 Prozent der Frauen und 26 Prozent der Männer gaben an, erst seit weniger als drei Monaten auf der Suche nach Arbeit zu sein.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mit Hilfe des Mikrozensus über wichtige Daten zur Erwerbstätigkeit. Überall in Europa hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen; ein Trend, der auch in Rheinland-Pfalz zu beobachten ist. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind dabei nach wie vor bei Frauen deutlich stärker verbreitet als bei Männern. Strukturelle Veränderungen im Zeitverlauf zeigen sich auch in anderen Bereichen, z. B. beim Anstieg befristeter Arbeitsverhältnisse und der Zahl der Zweitjobs oder der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Hans Peter Fein, Diplom Volkswirt, leitet die Abteilung „Bevölkerung, Gesellschaft, Verwaltungsstelle Mortalität“. Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), leitet das Referat „Mikrozensus, Haushaltserhebungen, Verdienste, Preise“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex zeigt weiter nach oben

Geschäftsklimaindex steigt weiter

Der ifo Geschäftsklimaindex hat sich zum vierten Mal in Folge verbessert. Der Indexwert stieg im August von 106,2 auf 107,5 Punkte. Die befragten Unternehmen schätzten sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch den Geschäftsverlauf in den kommenden sechs Monaten günstiger ein. Im verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel verbesserte sich das Klima deutlich. Eine leichte Verschlechterung gab es allerdings im Einzelhandel. Im Baugewerbe hat sich die Stimmung zum fünften Mal in Folge eingetrübt.

ZEW-Index steigt

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten widerspiegelt, ist im August ebenfalls gestiegen. Der Indexwert erhöhte sich um 5,7 auf 42 Punkte und damit auf den höchsten Wert seit März 2013.

Für die günstigeren Einschätzungen sowohl der Unternehmen als auch der Finanzmarktexperten dürften die verbesserten Konjunkturaussichten in der Eurozone eine Rolle gespielt haben.

Uneinheitliche Verbraucherstimmung

Der GfK-Konsumklimaindex ist leicht gesunken. Der für September prognostizierte Wert gab um 0,1 auf 6,9 Punkte nach. Die Stimmung bei den Konsumenten in Deutschland zeigte sich im August uneinheitlich. Zwar legte die Anschaffungsneigung weiter zu, aber sowohl die Konjunktur- als auch die Einkommenserwartung der Verbraucher verschlechterten sich.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion und Auftragseingänge gestiegen

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat Juni eine leicht steigende Produktion. Die Entwicklung in den Industriehauptgruppen stellt sich uneinheitlich dar. Die Auftragslage war dagegen in allen Bereichen günstiger als zuletzt.

Im Juni 2013 erhöhte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat leicht um 0,5 Prozent. Im Vorjahresvergleich war der Güterausstoß allerdings um 1,7 Prozent geringer. Der bereinigte Produktionsindex zeigt seit längerem keinen eindeutigen Trend für die Outputentwicklung.

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2012: 57 Prozent). Im Juni 2013 blieb der bereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Juni 2012 kam es zu einem leichten Produktionsrückgang (–0,5 Prozent).

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil: 25 Prozent) verzeichnete im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine niedrigere Produktion (–0,9 Prozent) als im Mai. Im Vorjahresvergleich ergab sich sogar ein Minus von 4,1 Prozent.

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil: 18 Prozent) konnte der bereinigte Produktionsindex im Juni 2013 um ein Prozent zu-

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: +0,5 Prozent

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie bleibt unverändert

legen. Gegenüber dem Vorjahresmonat sank der Güterausstoß allerdings um fünf Prozent.

Produktion
in der chemi-
schen Industrie
nimmt zu

Die chemische Industrie, die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 33 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion stieg im Juni preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Anstieg um 2,5 Prozent.

Der größte Investitionsgüterproduzent im Land ist der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent). Er verzeichnete im Juni eine Outputsteigerung. Preis-, kalender- und saisonbereinigt erhöhte sich die Produktion um 1,4 Prozent. Im Vorjahresvergleich gab der Güterausstoß um 3,5 Prozent nach.

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, ging die Produktion im Juni 2013 gegenüber dem Vormonat um 2,2 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Verringerung um 5,3 Prozent.

Auftrags-
einträge im
verarbeitenden
Gewerbe:
+3,4 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Juni 2013 erhöhten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum Mai um 3,4 Prozent. Dieser Anstieg ist vor allem auf eine verbesserte Inlandsnachfrage (+5,9 Prozent) zurückzuführen. Die Auslandsnachfrage lag ebenfalls über dem Vormonatsergebnis (+1,3 Prozent). Auch im Vorjahresvergleich wurden mehr Aufträge verbucht (+3,7 Prozent gegenüber Juni 2012). Dabei zogen die Inlandsbestellungen (+8,3 Prozent) deutlich stärker an als die Aufträge aus dem Ausland (+0,6 Prozent).

Nachfrage
steigt in allen
Industrie-
hauptgruppen

Im Juni 2013 stieg die preis-, kalender- und saisonbereinigte Nachfrage gegenüber dem Vormonat in allen Industriebauptgruppen. Den größten Zuwachs verzeichnete die Investitionsgüterindustrie (+6,1 Prozent). Bei

den Herstellern von Vorleistungsgütern (+1,5 Prozent) sowie von Konsumgütern (+0,7 Prozent) konnten im Vormonatsvergleich ebenfalls Auftragssteigerungen erzielt werden. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich vor allem in der Investitionsgüterindustrie (+8,2 Prozent) sowie in der Vorleistungsgüterindustrie (+3,1 Prozent) die Auftragslage. Die Hersteller von Konsumgütern mussten im Vergleich zum Juni 2012 dagegen ein Auftragsminus von zwölf Prozent verkraften.

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verbesserung ihrer Auftragslage um 1,8 Prozent. Sowohl bei den Inlandsbestellungen als auch bei den Aufträgen aus dem Ausland errechnete sich ein Plus. Im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte einen deutlichen Auftragsanstieg von 7,5 Prozent.

Steigende Auf-
tragseingänge
in der chemi-
schen Industrie

Im Fahrzeugbau zogen die Auftragseingänge im Juni preis-, kalender- und saisonbereinigt um 7,5 Prozent gegenüber dem Vormonat an. Die Inlandsnachfrage stieg um neun Prozent. Dagegen wies das Auslandsgeschäft ein Minus von 1,9 Prozent auf. Im Vergleich zum Juni 2012 ergab sich im Fahrzeugbau ein Zuwachs um elf Prozent.

Nachfrage im
Fahrzeugbau
zieht an

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsplus von 3,7 Prozent. Die Inlandsbestellungen erhöhten sich um 6,8 Prozent. Im Auslandsgeschäft belief sich der Zuwachs auf 2,2 Prozent. Im Vorjahresvergleich verbesserte sich die Auftragslage der Maschinenbauer ebenfalls (gegenüber Juni 2012: +3,9 Prozent).

Maschinenbau
verzeichnet
Auftrags-
steigerung

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen

Im Bauhauptgewerbe haben sich die Auftragseingänge im Juni 2013 gegenüber dem

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe:
+2 Prozent

Vormonat kalender- und saisonbereinigt um zwei Prozent erhöht. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurde ein leichter Anstieg von 0,5 Prozent registriert.

Auftragseingänge im Hochbau:
+18 Prozent

Im Hochbau (Anteil an den Auftragseingängen des Bauhauptgewerbes 2012: 49 Prozent) war im Juni gegenüber dem Vormonat ein kräftiger Zuwachs zu verzeichnen (+18 Prozent). Kalender- und saisonbereinigt zeigte sich vor allem im gewerblichen Hochbau eine positive Entwicklung (+29 Prozent). Dagegen kam es im Wohnungsbau zu einem Rückgang von 7,8 Prozent. Im Vergleich zum Juni 2012 erhöhten sich im Hochbau die Bestellungen um 8,5 Prozent. Auch im Vorjahresvergleich hellte sich die Auftragslage vor allem im gewerblichen Hochbau auf (+19 Prozent), während der Wohnungsbau ein Minus von 9,1 Prozent aufwies.

Auftragseingänge im Tiefbau:
-10 Prozent

Der Tiefbau (Anteil an den Auftragseingängen: 51 Prozent) meldete im Juni im Vormonatsvergleich einen Auftragsrückgang von zehn Prozent. Die stärksten Einbußen musste der Straßenbau hinnehmen (-21 Prozent). Gegenüber Juni 2012 gab es im Tiefbau ein kalender- und saisonbereinigtes Auftragsminus von sechs Prozent. Kräftig zulegen konnte der öffentliche Tiefbau (+31 Prozent), während der Straßenbau klar hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb (-23 Prozent).

Umsätze im Großhandel steigen – Einzelhandel und Gastgewerbe im Minus

Umsatz im Einzelhandel sinkt

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) wies im Mai 2013 einen Rückgang um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Damit werden im Einzelhandel bereits seit November 2012 sinkende Umsatzzahlen registriert.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Umsatzrückgang
im Kfz-Handel
schwächt sich ab

Der Kraftfahrzeughandel verzeichnete im Mai 2013 ein Umsatzminus von 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Die bereinigten Umsätze im Kraftfahrzeughandel sind seit Dezember 2011 rückläufig. Von Oktober 2012 bis Februar 2013 lagen die Einbußen sogar im zweistelligen Bereich.

Umsatz-
steigerung im
Großhandel

Im Großhandel stiegen die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Mai 2013 um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Davor verzeichnete der Großhandel seit Februar 2012 Umsatzeinbußen, die sich allerdings zuletzt abschwächten.

Umsätze im
Gastgewerbe
wieder ver-
schlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Mai 2013 gegenüber dem Vorjahreswert um 1,4 Prozent. Die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich waren von Februar bis April 2013 noch leicht gestiegen.

Jahresteuerrate im August bei 1,4 Prozent

Anstieg des
Verbraucher-
preisindex
unter der Zwei-
Prozent-Marke

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag im August 2013 um 1,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. Damit schwächte sich der Preisauftrieb gegenüber den beiden Vormonaten spürbar ab (Juni und Juli 2013: jeweils +1,9 Prozent). Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb in Rheinland-Pfalz zum achten Mal in Folge unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke.

Bei den Energiepreisen (+0,5 Prozent) zeigten sich auch im August zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise im Vorjahresvergleich mit +9,3 Prozent kräftig anzogen, waren Kraftstoffe (–3,5 Prozent) und Heizöl (–6,9 Prozent) billiger als im Vorjahr. Der als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,5 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+4 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,9 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,7 Prozent) überdurchschnittlich. Keine Preisveränderungen gab es in den Bereichen „Verkehr“ sowie „Bekleidung und Schuhe“. In den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ (–1,7 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (–3,6 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung
in den Waren-
und Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im August leicht gestiegen

Im August 2013 waren 118 500 Männer und Frauen in Rheinland-Pfalz arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat stieg die Arbeitslosenzahl um rund 500 Personen (+0,5 Prozent). Im Vergleich zum August 2012 hat sich ihre Zahl um 6 600 Personen erhöht (+5,9 Prozent).

Zahl der Arbeits-
losen steigt
gegenüber
Vormonat um
0,5 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, blieb im August 2013 gegenüber dem Vormonat unverändert bei 5,5 Prozent. Im August 2012 hatte sie bei 5,3 Prozent gelegen.

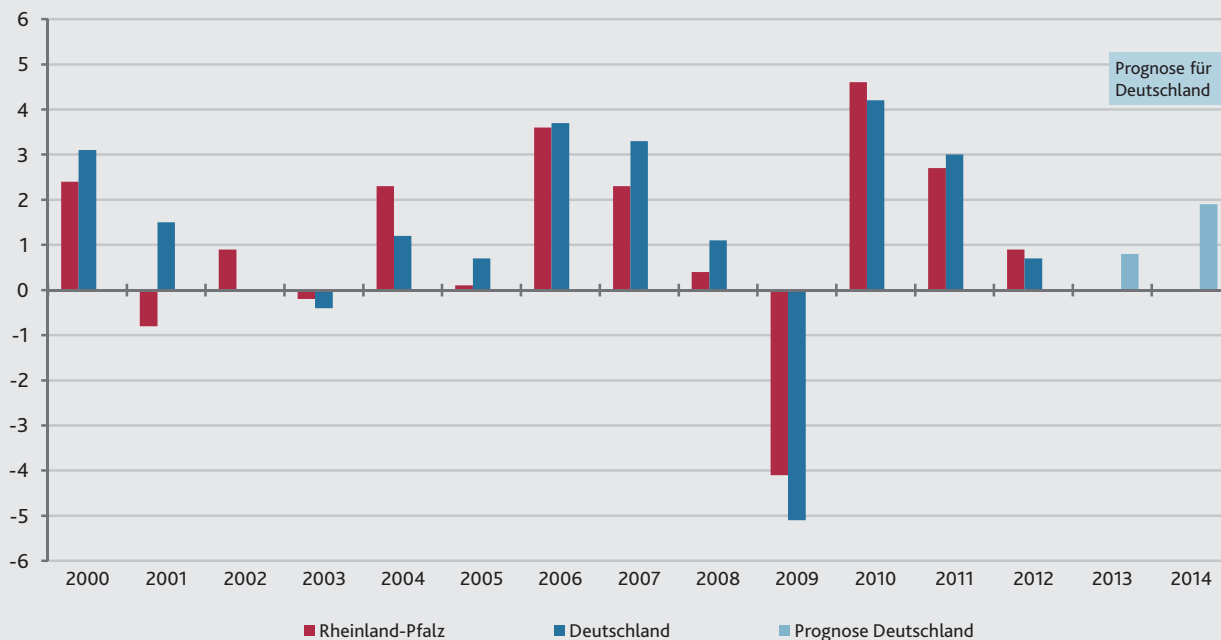
Arbeitslosen-
quote bei
5,5 Prozent

Die momentane Stagnation am Arbeitsmarkt ist nach Einschätzung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit noch weitgehend auf die zu dieser Jahreszeit übliche Sommerflaute zurückzuführen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Europa“; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt ist dort als Referent tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2013; nächster Fortschreibungstermin: September 2013. Quelle Prognosewert 2013/2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3,4} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

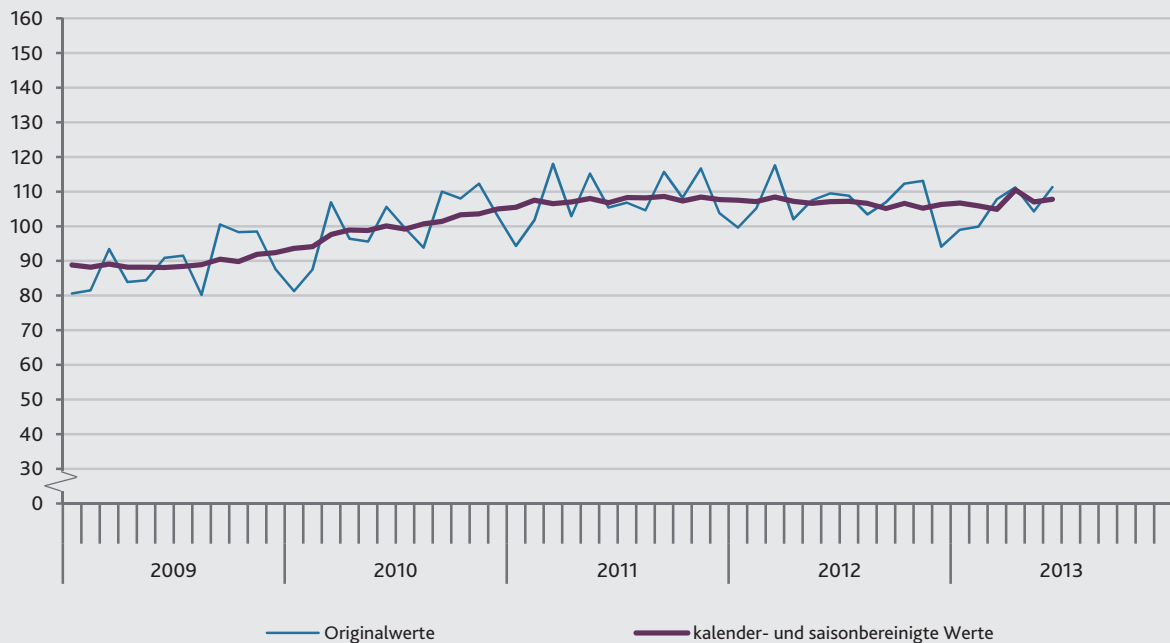


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2012. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. – ⁴ Für den Großhandel liegen keine aktuellen Werte vor.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

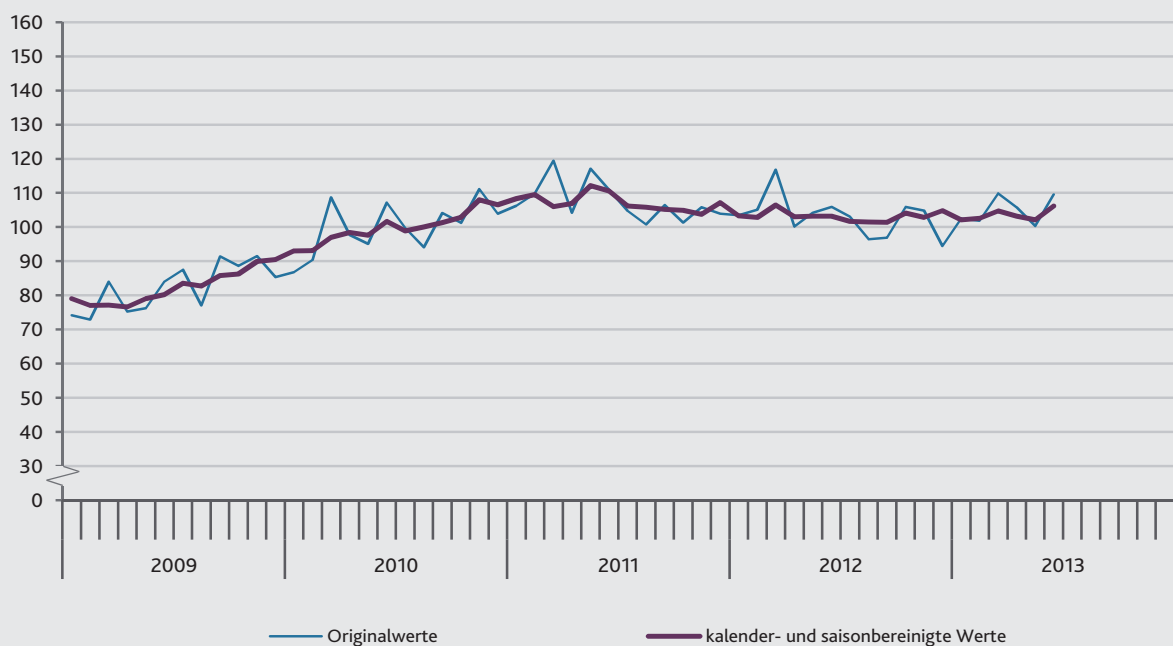


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

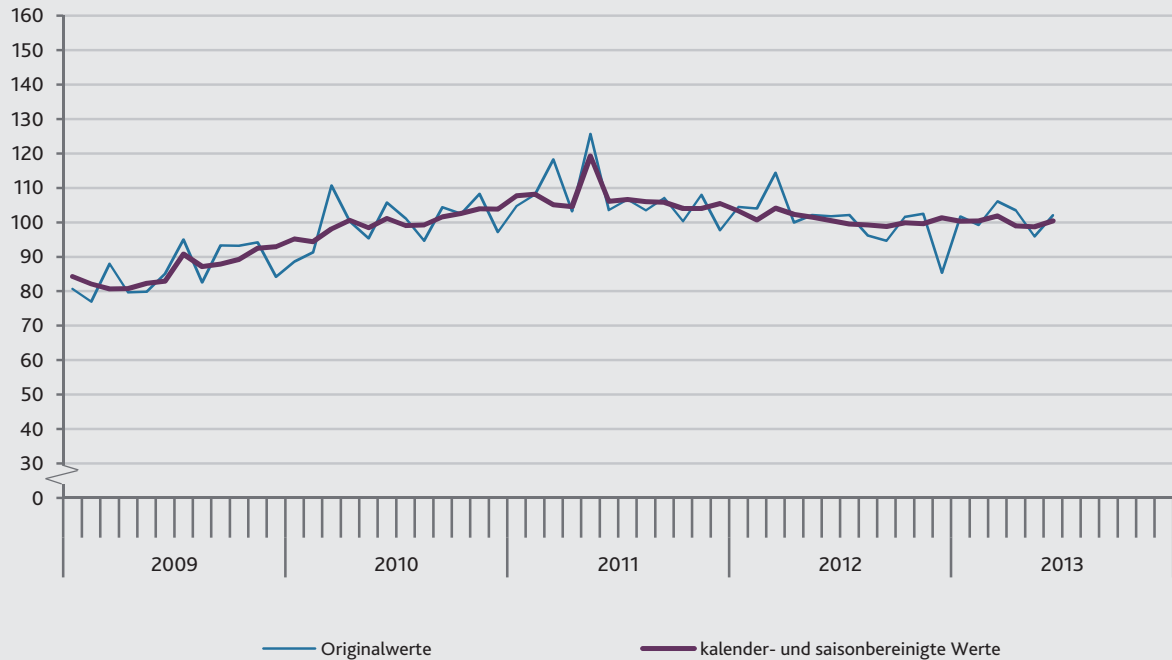


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

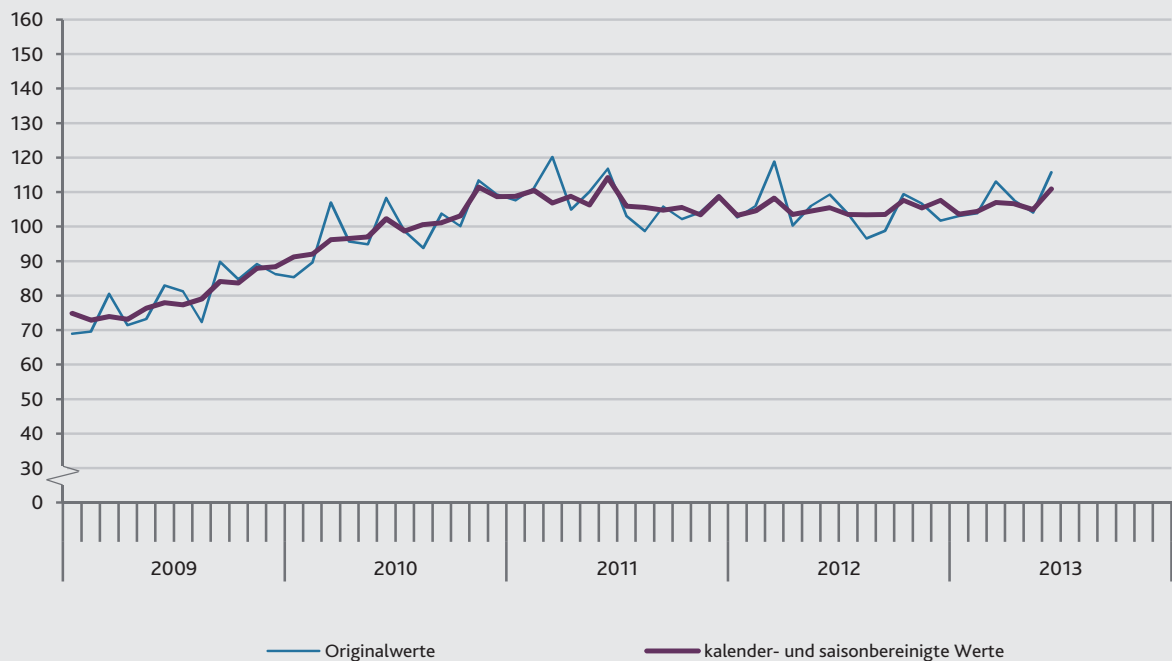


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

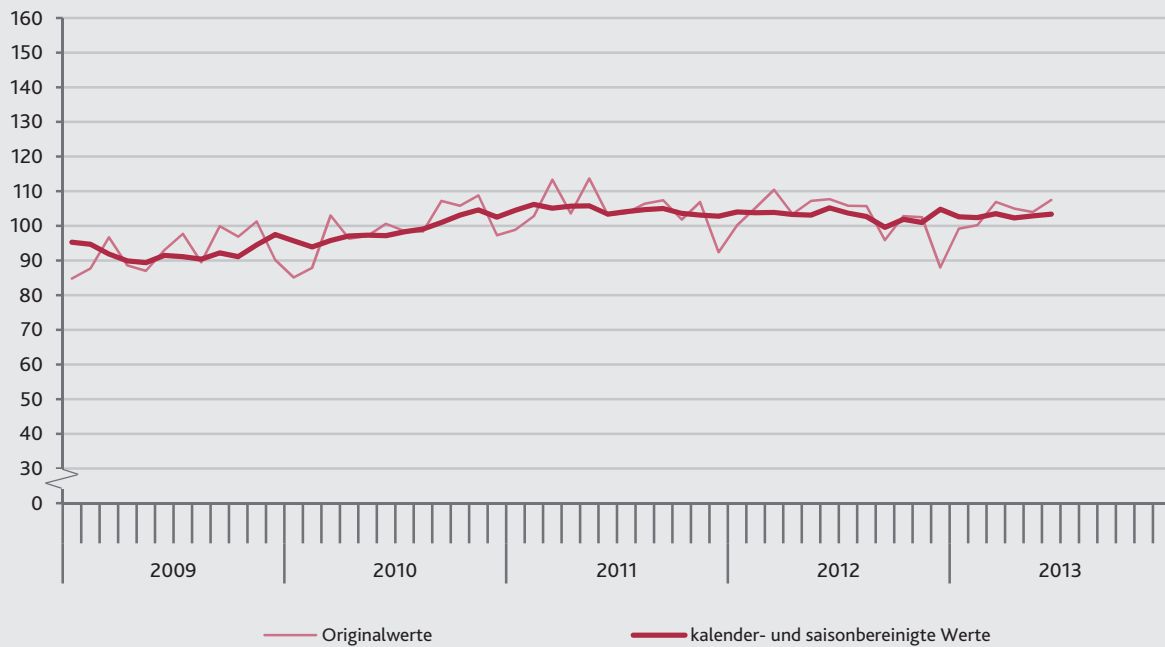


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

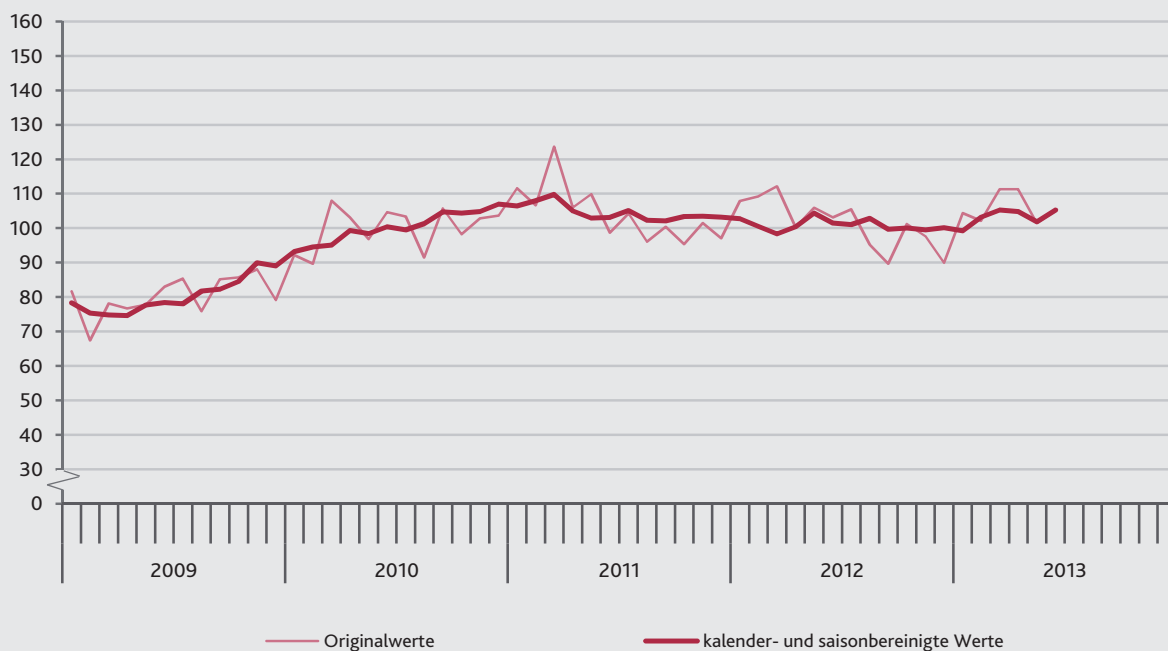


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

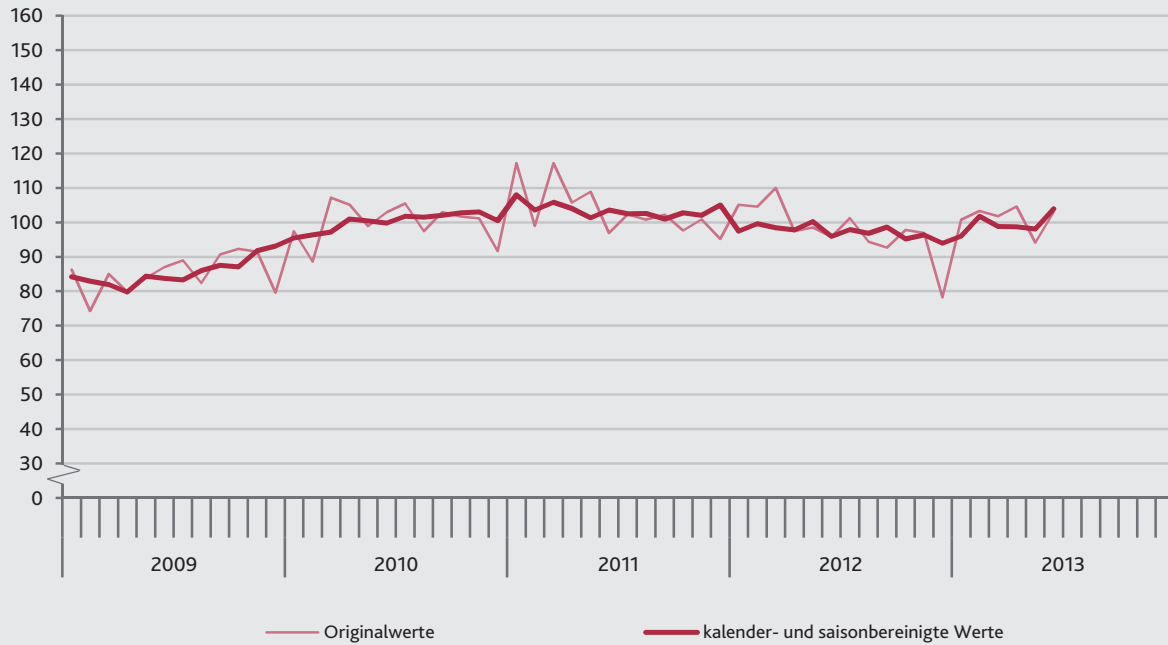


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

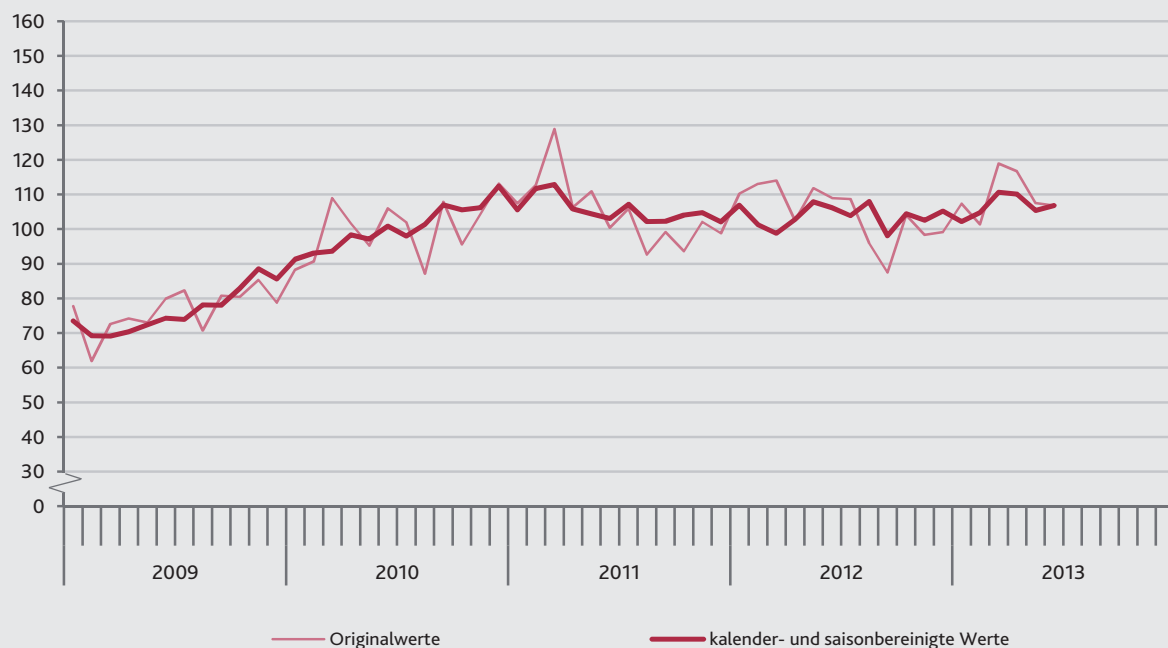


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

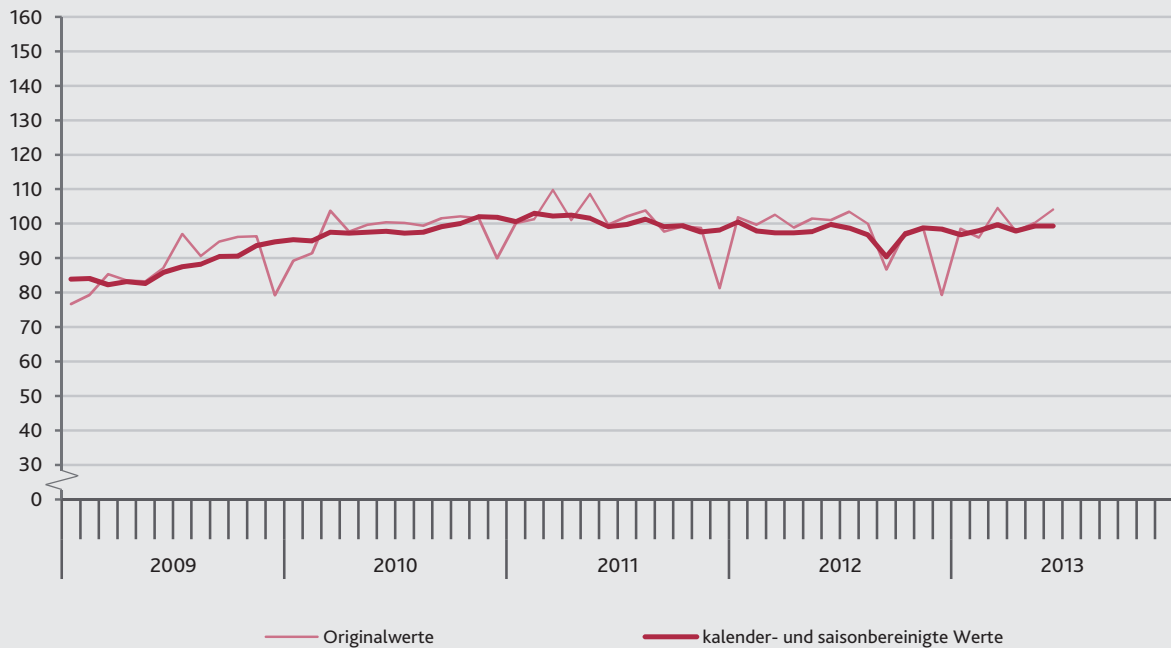


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

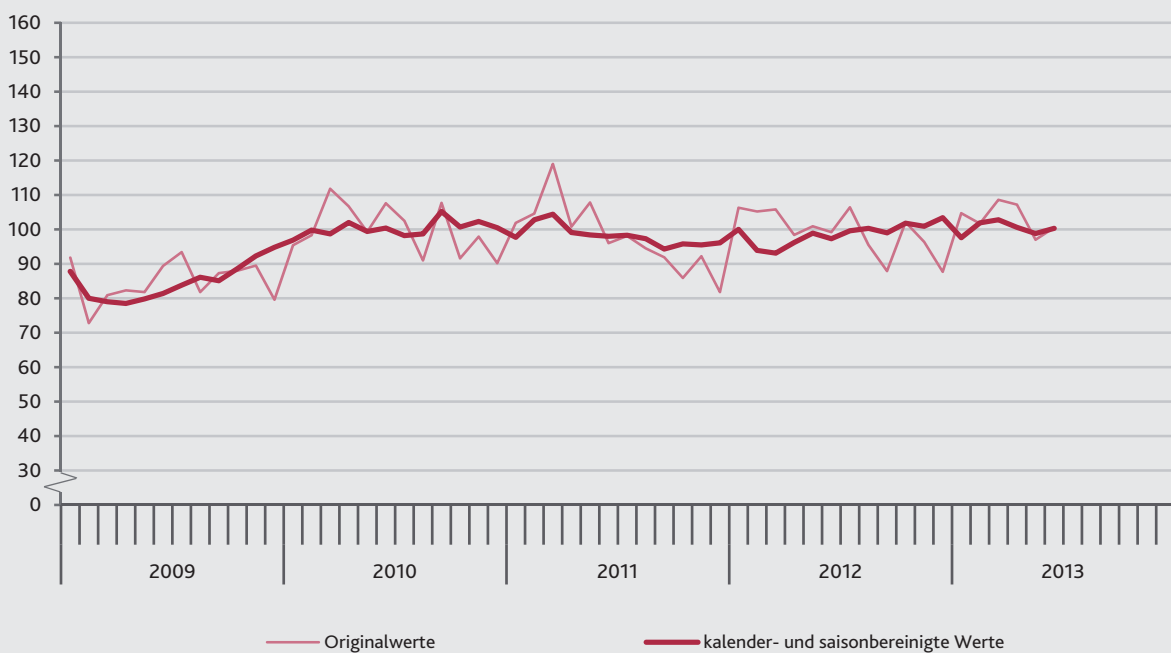


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Vorleistungsgüterindustrie

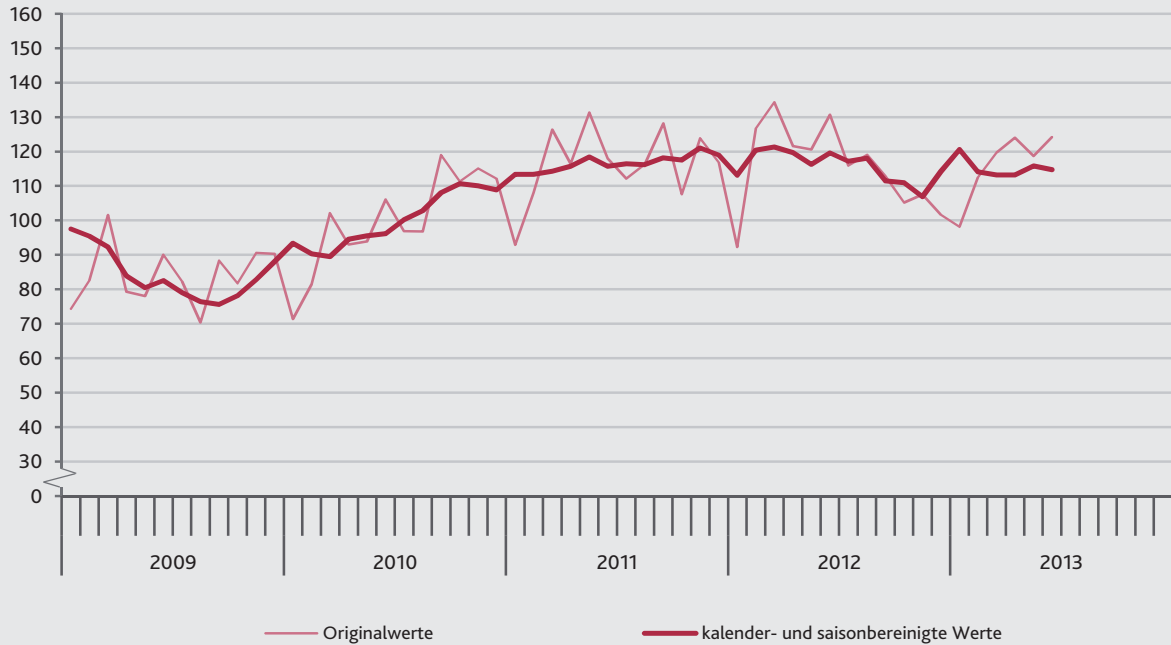
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

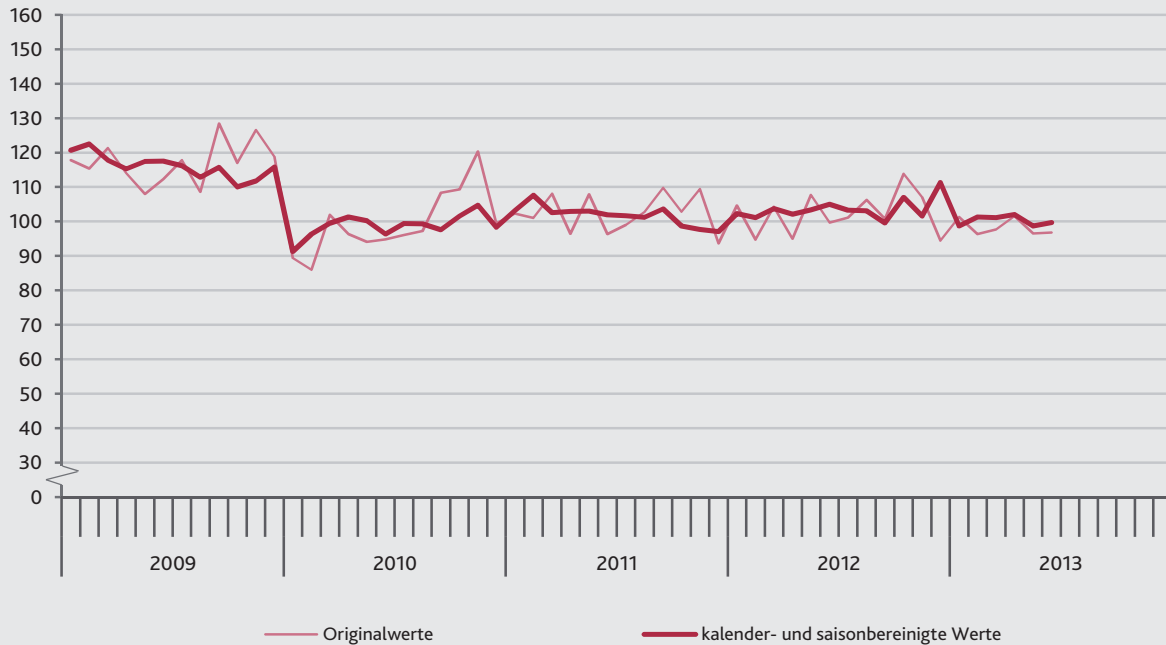


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

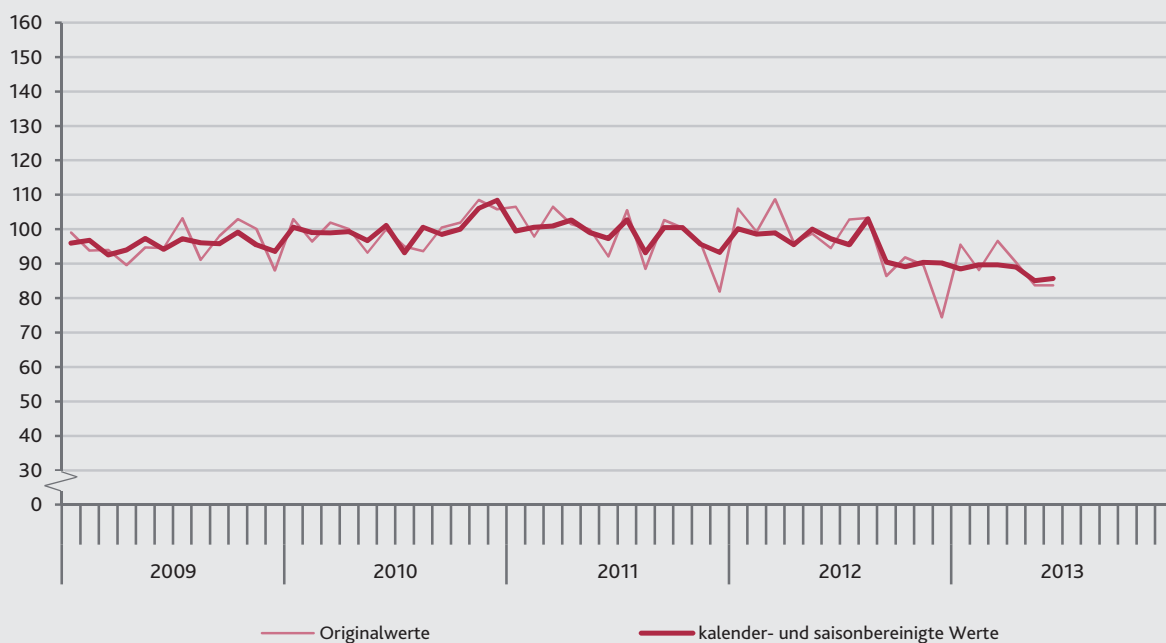


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Konsumgüterindustrie

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

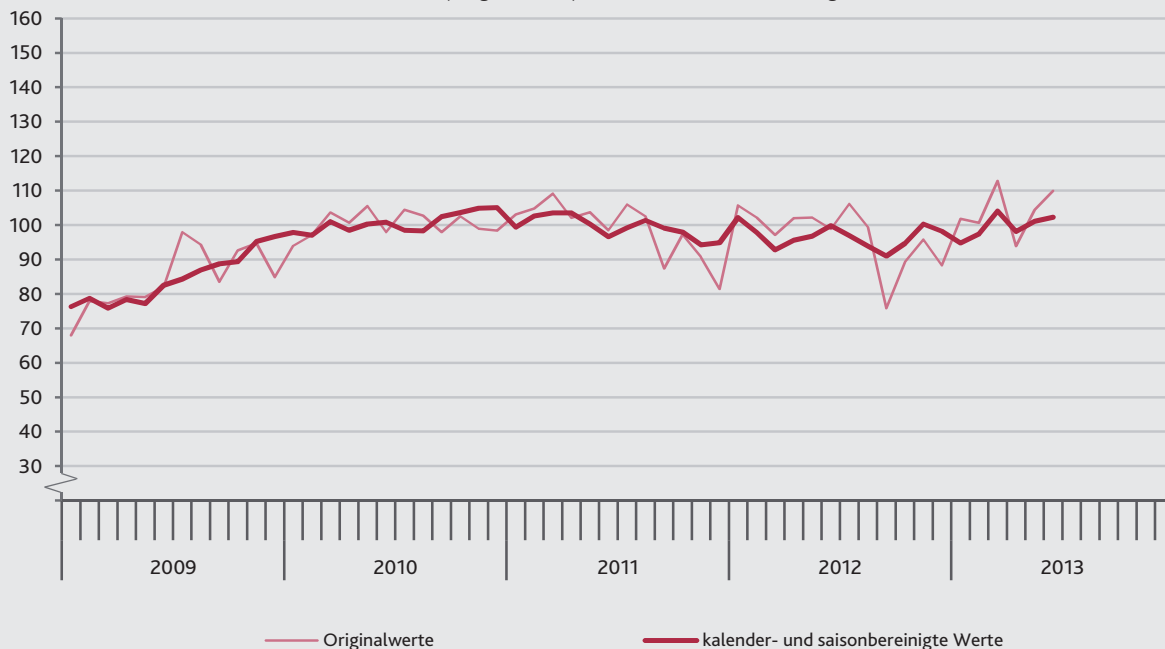


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

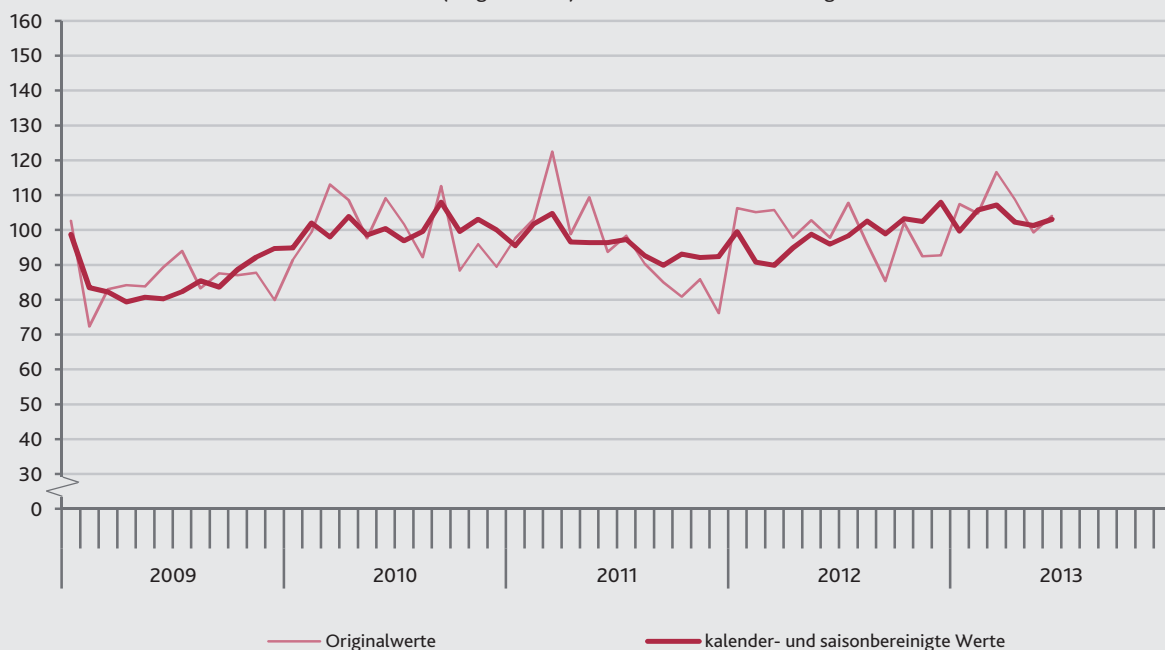


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

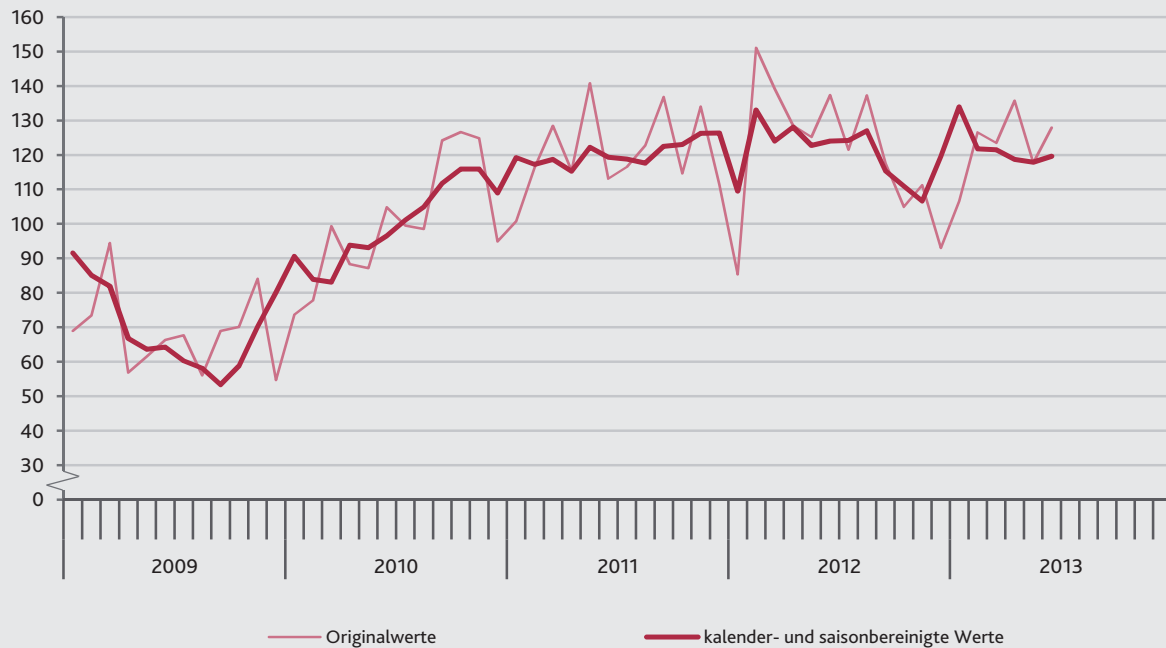


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

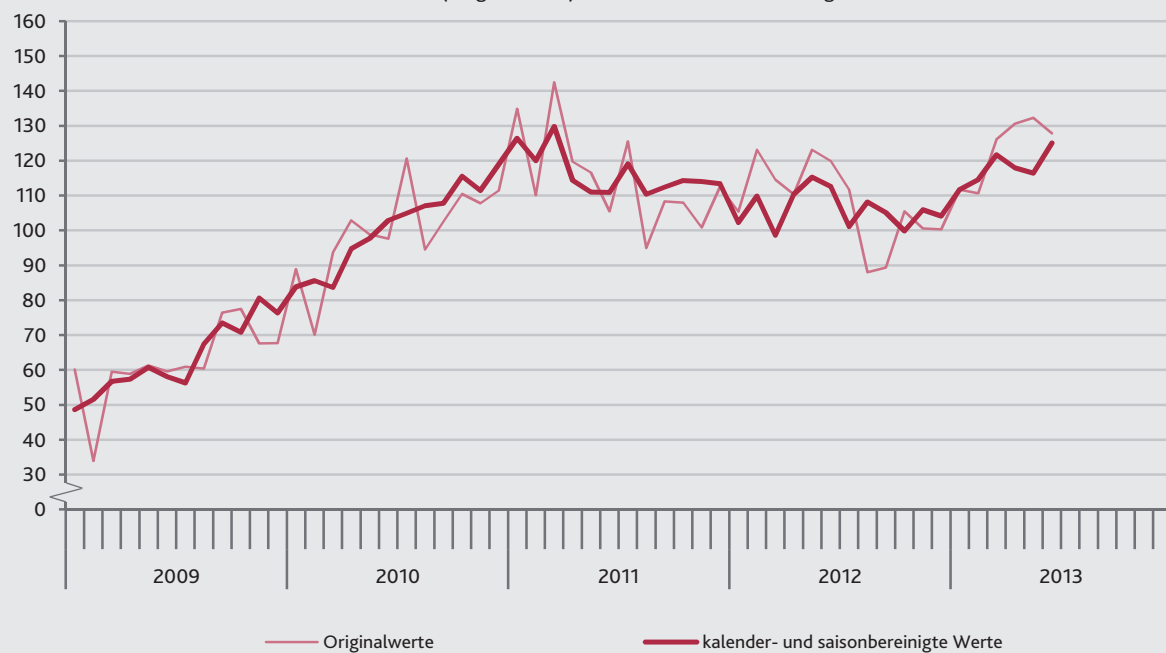


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

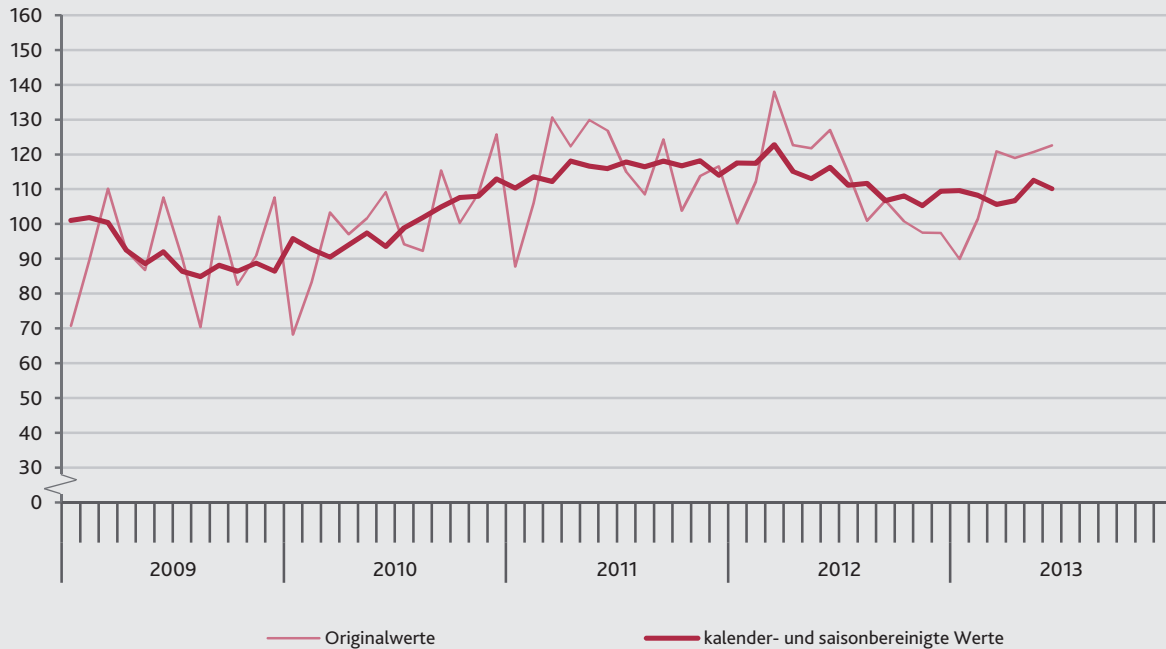


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

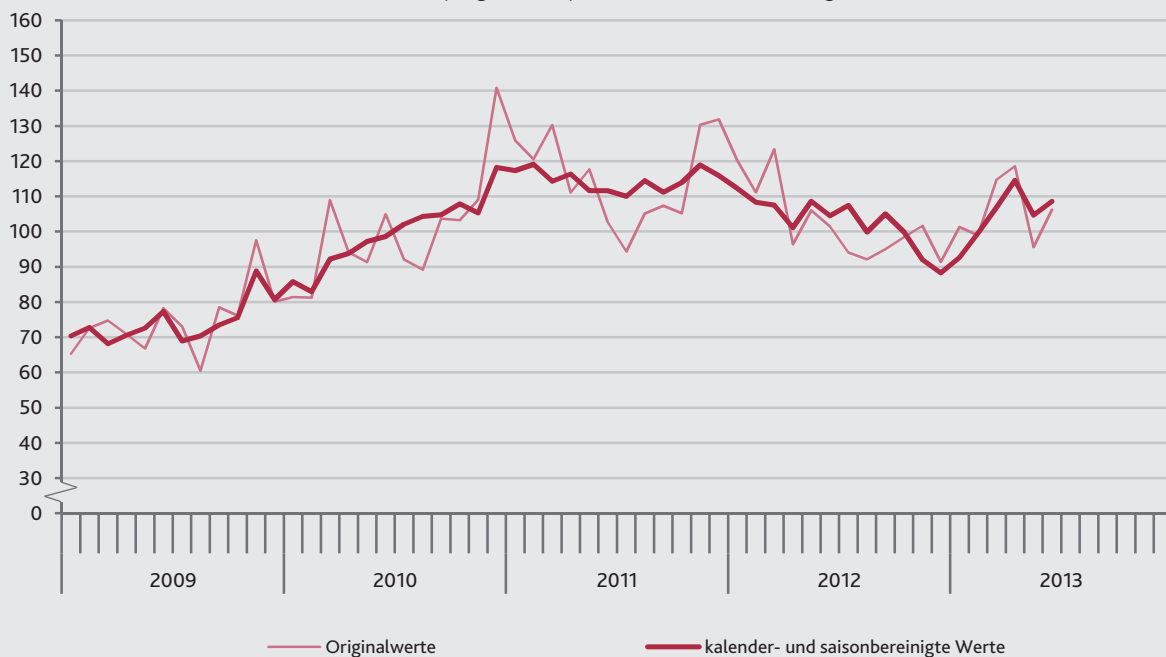


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Maschinenbau

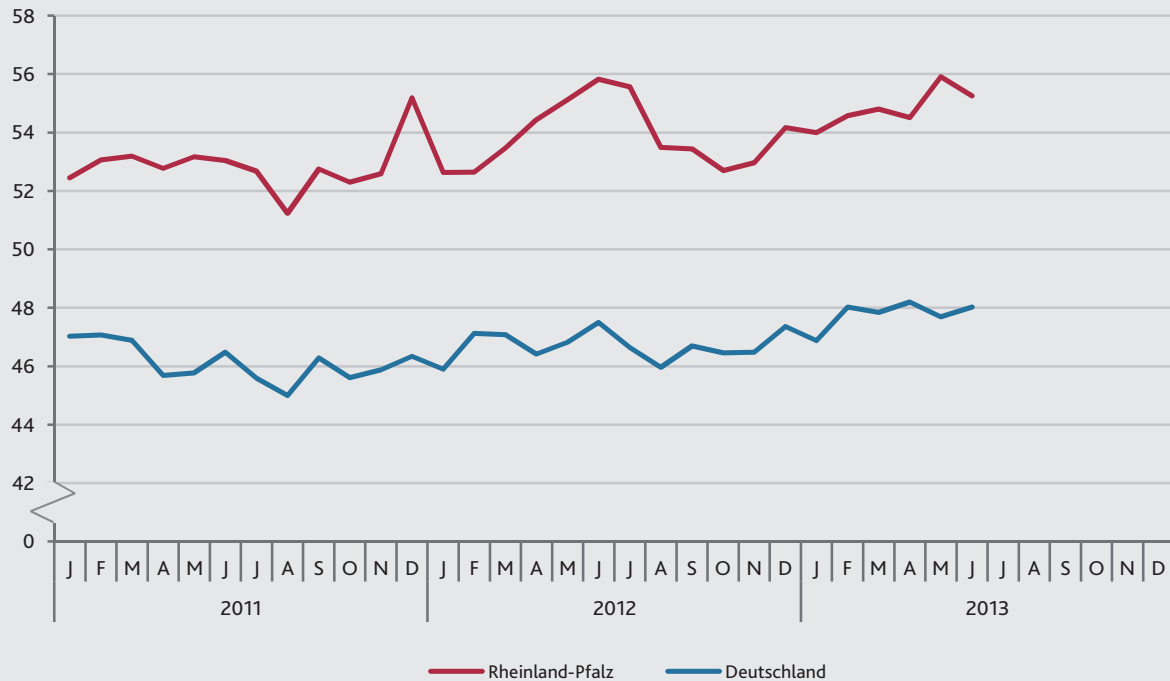
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

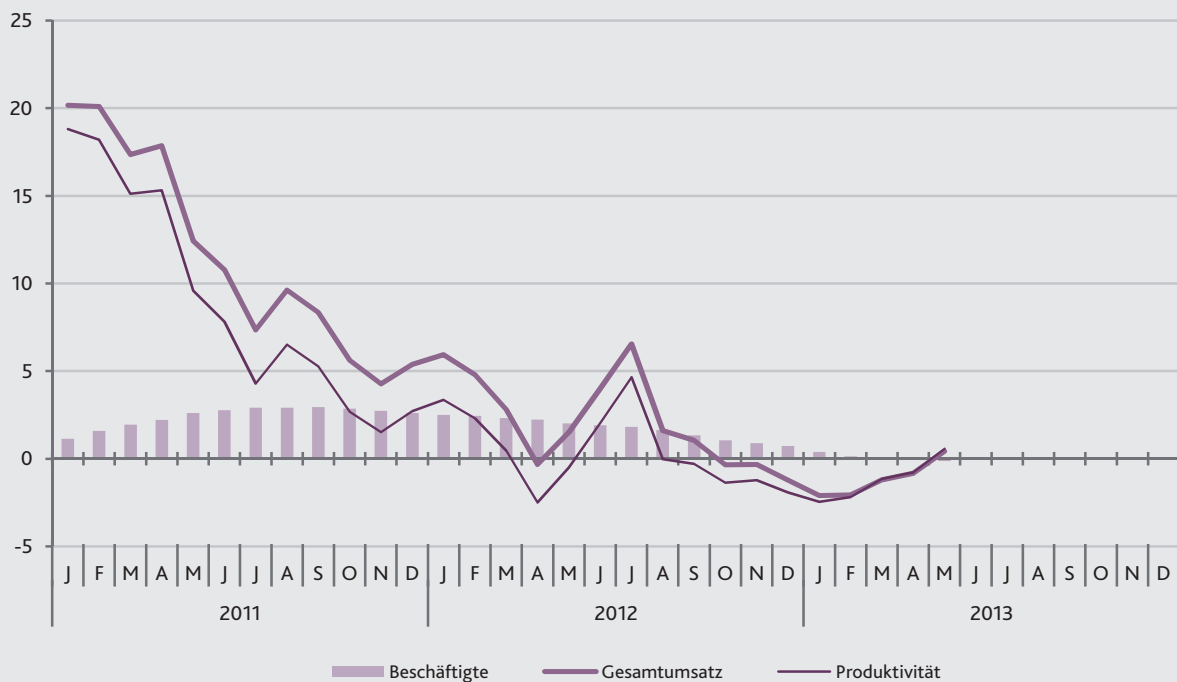
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

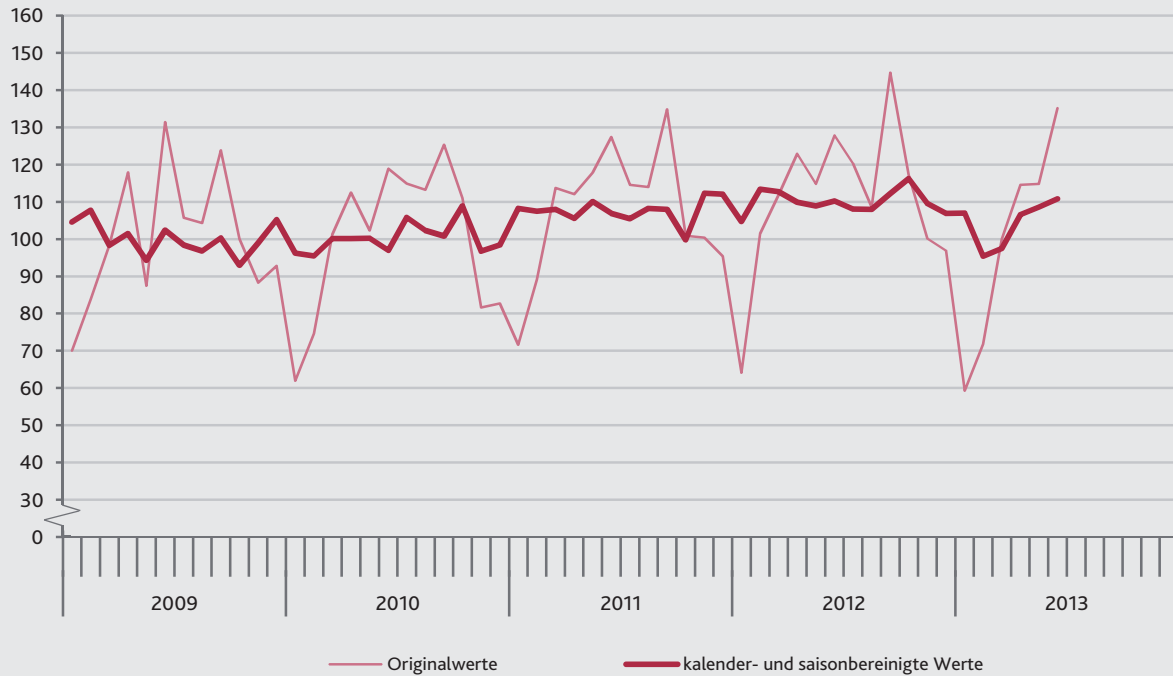


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

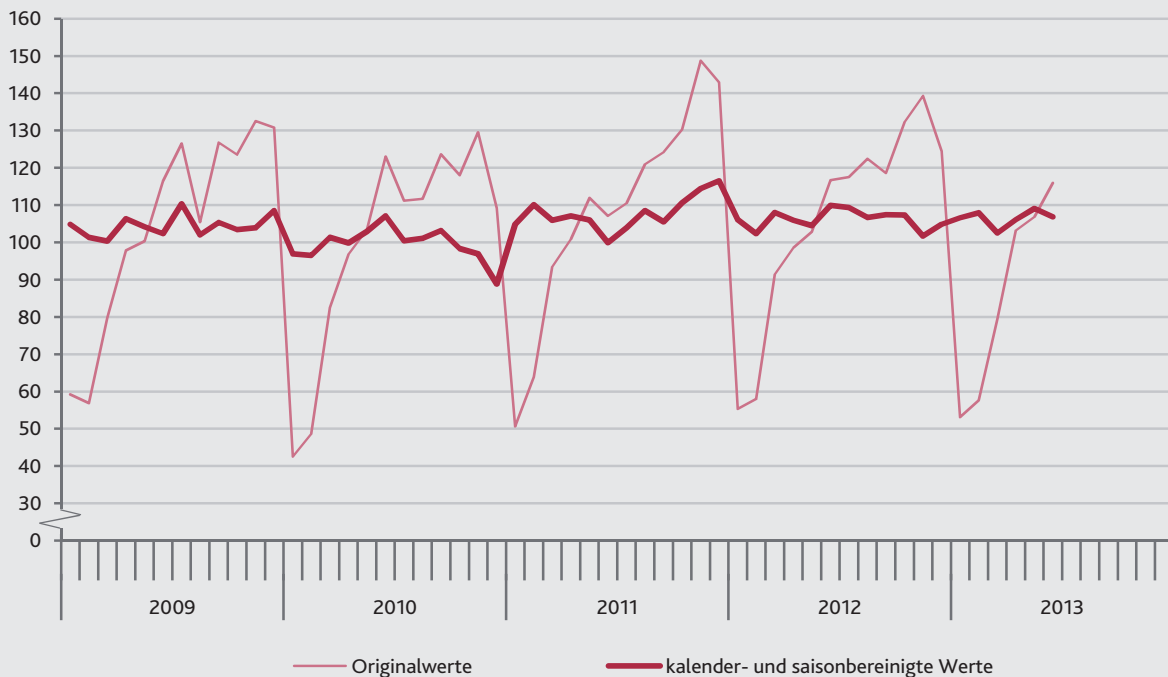
Auftragseingang (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal)¹ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

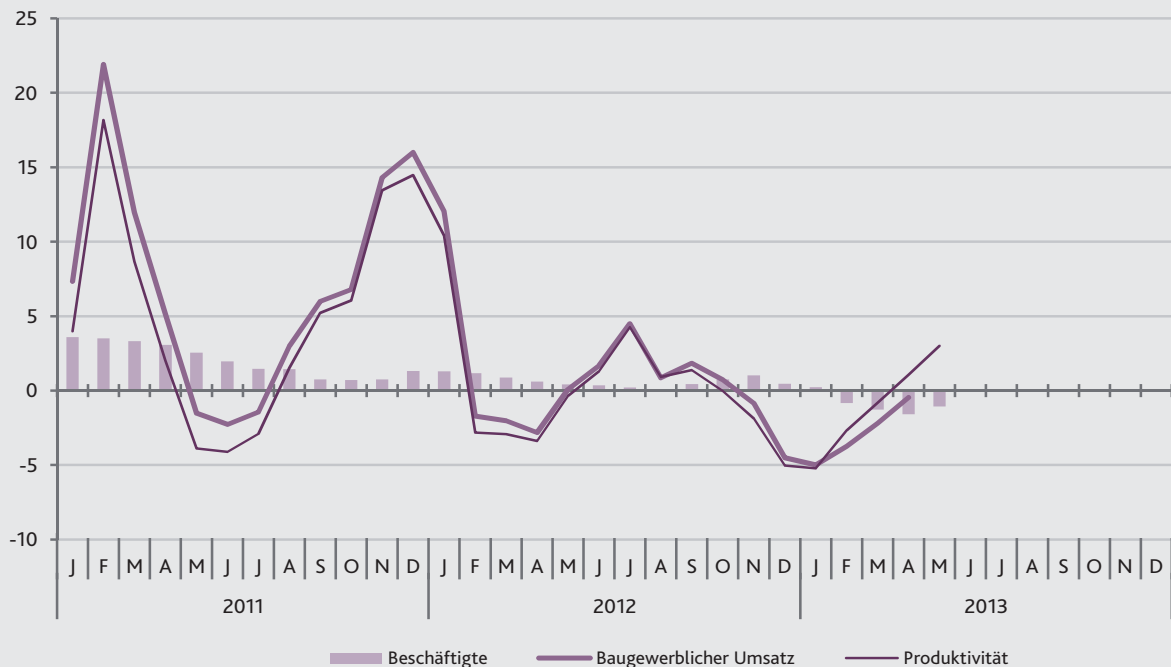


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

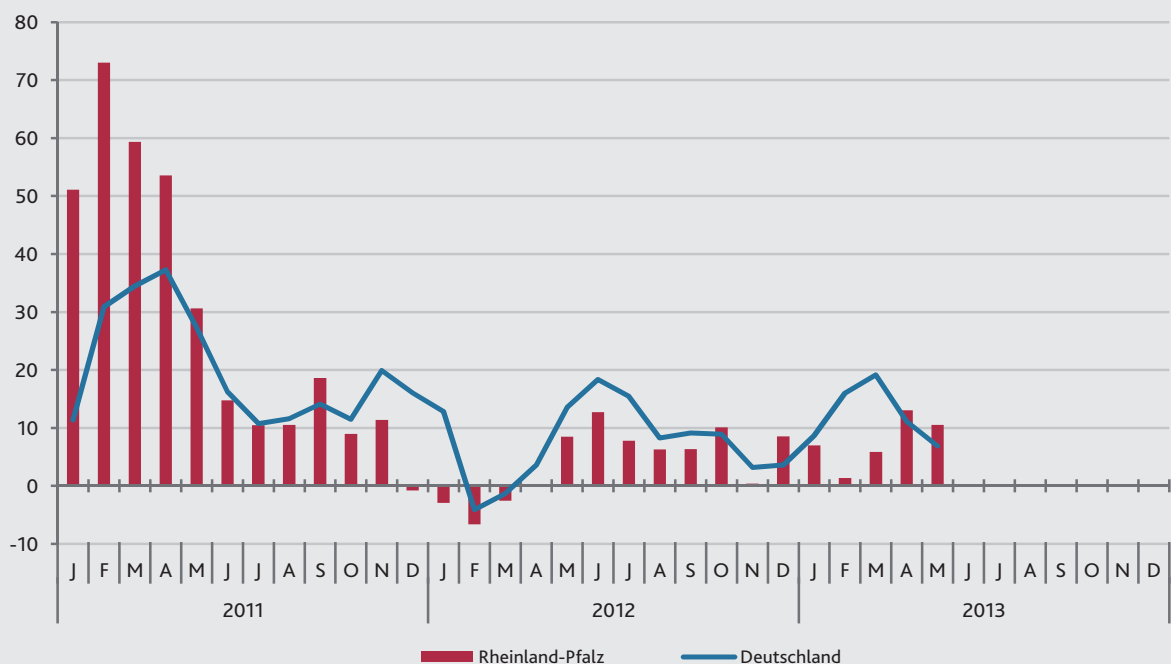


1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



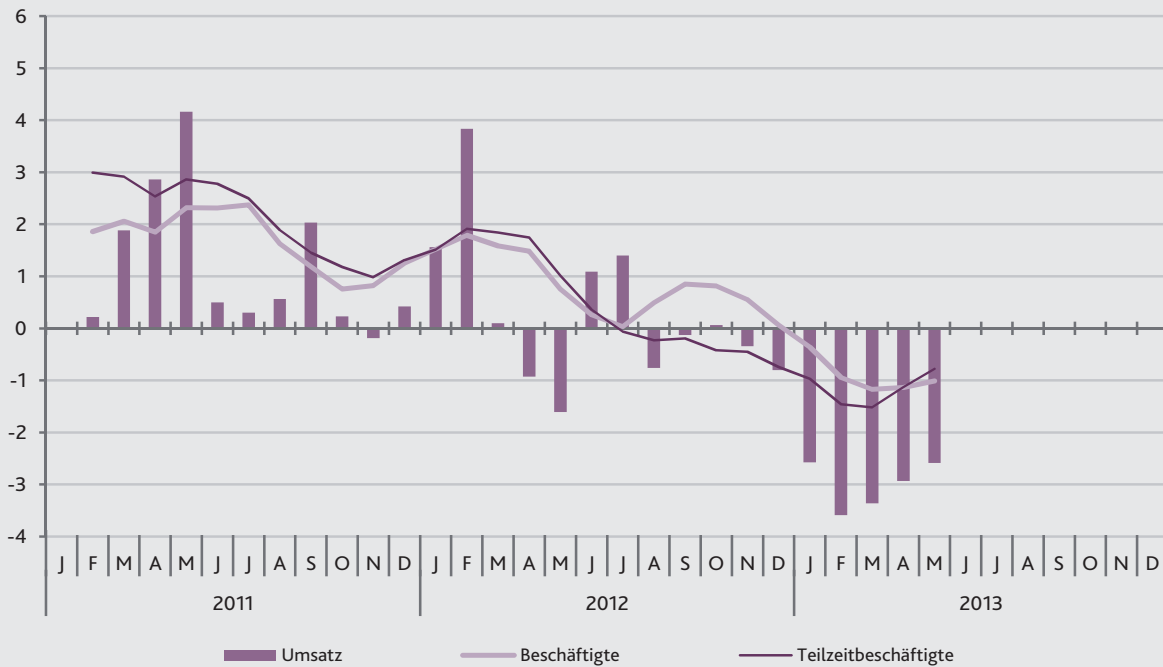
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

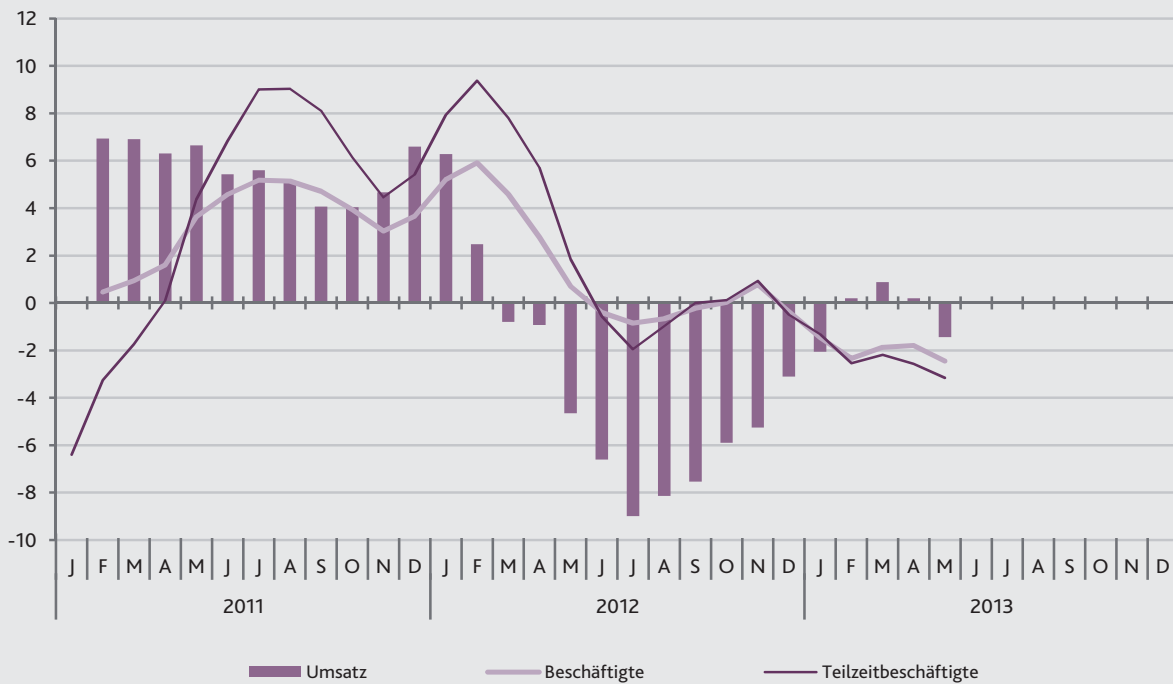


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

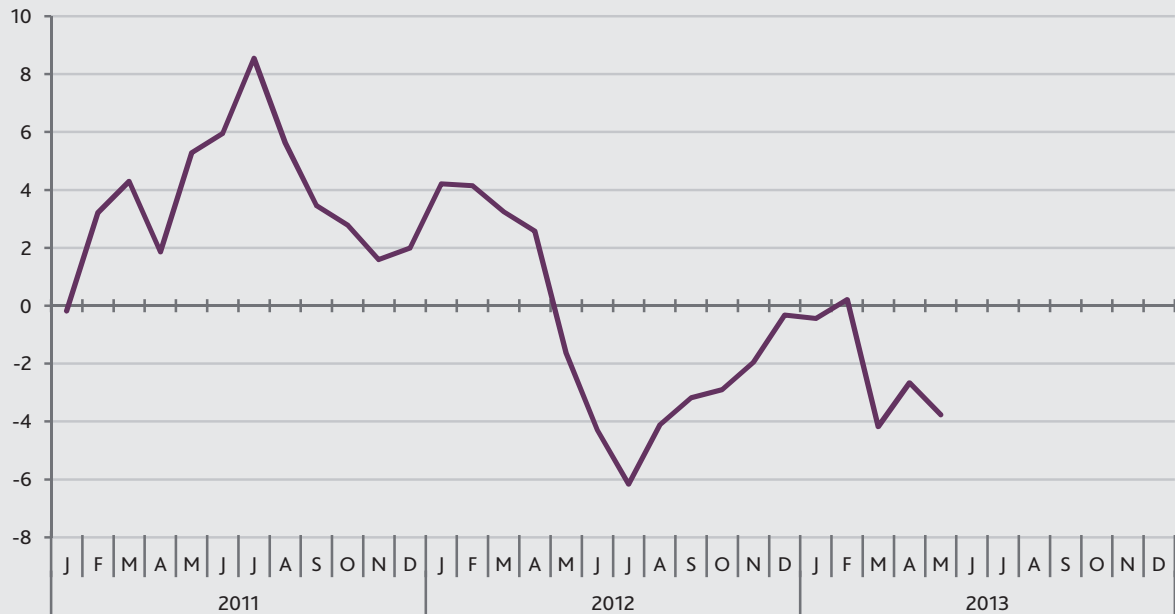


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

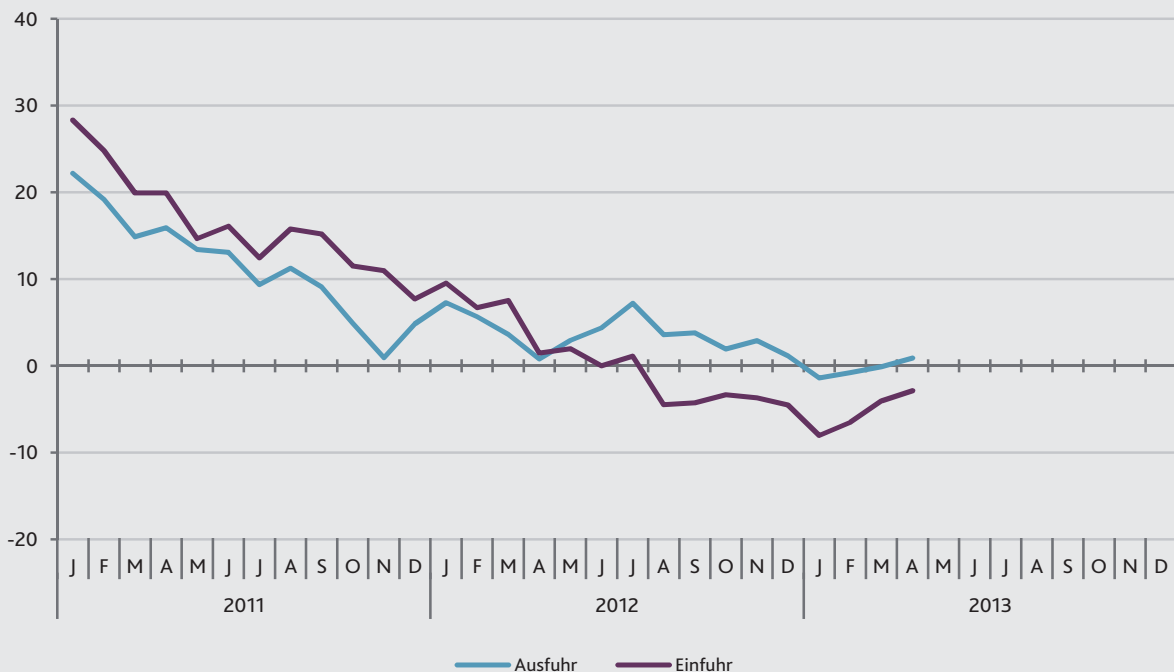


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



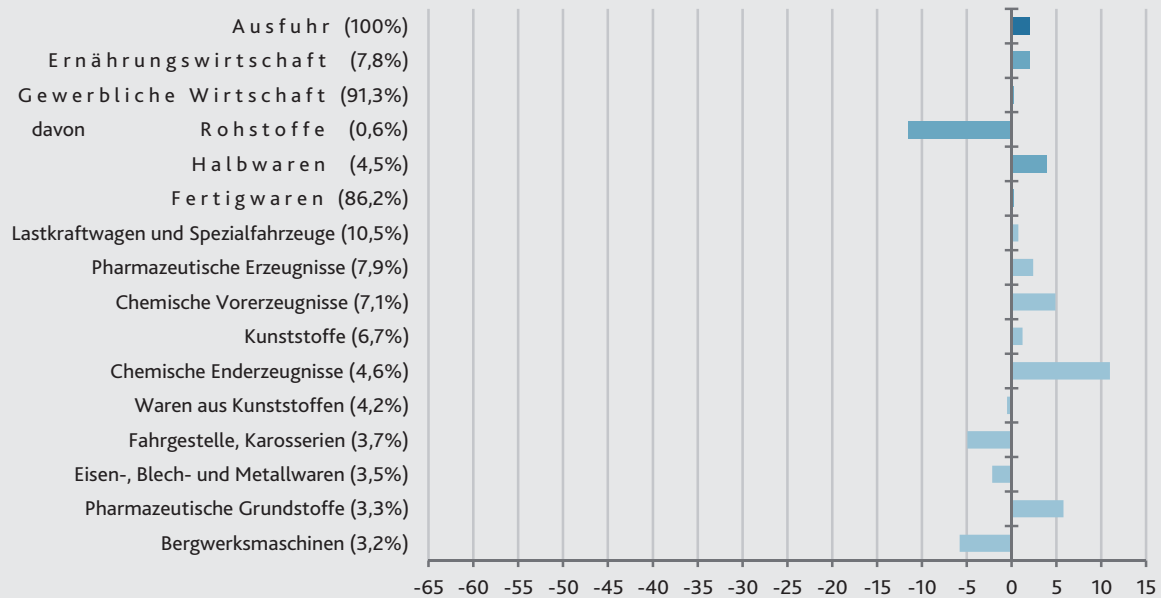
1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juni 2012 - Mai 2013 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

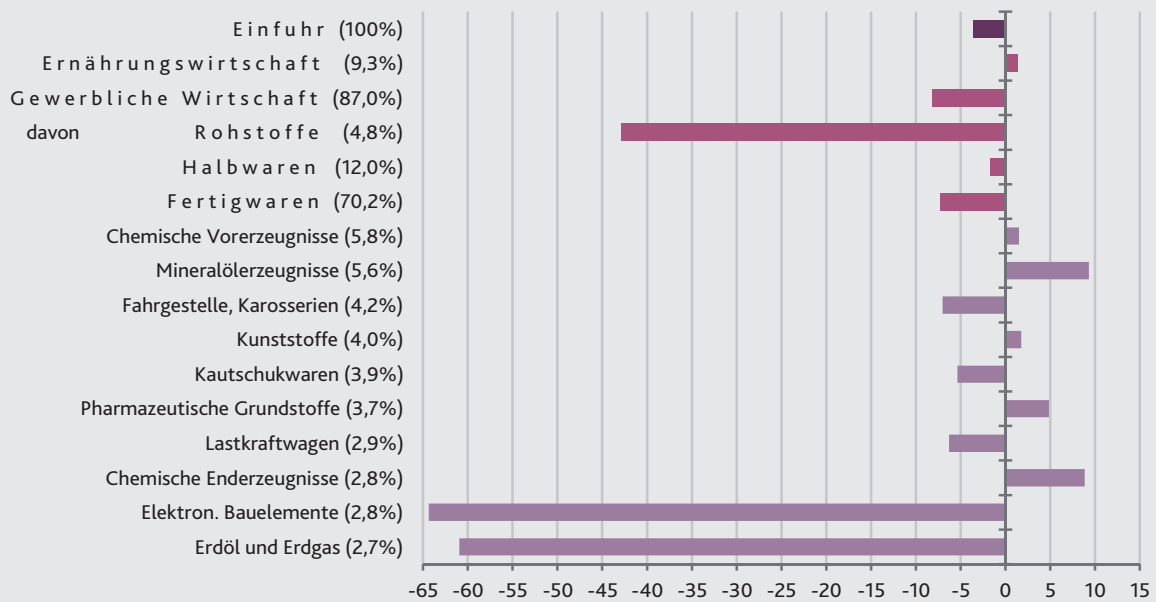


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juni 2012 - Mai 2013 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

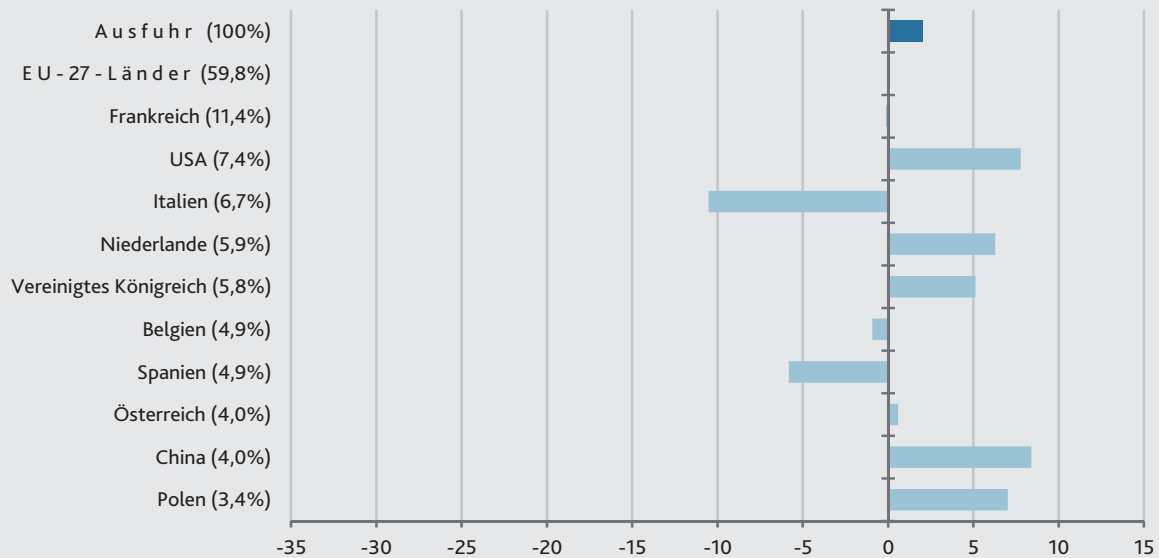


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juni 2012 - Mai 2013 nach Bestimmungsländern¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

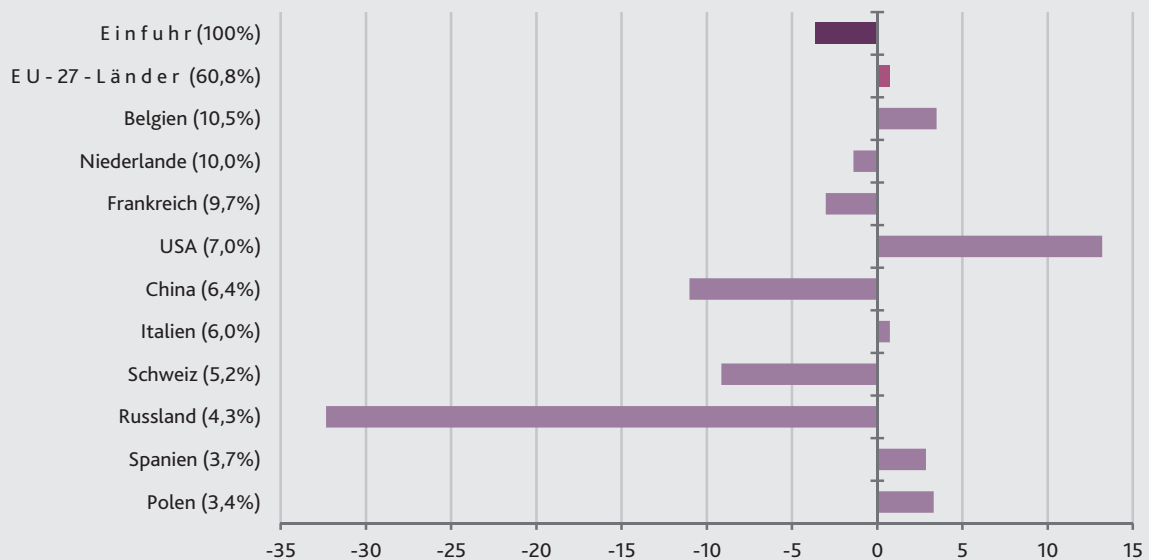


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juni 2012 - Mai 2013 nach Herkunftsländern¹

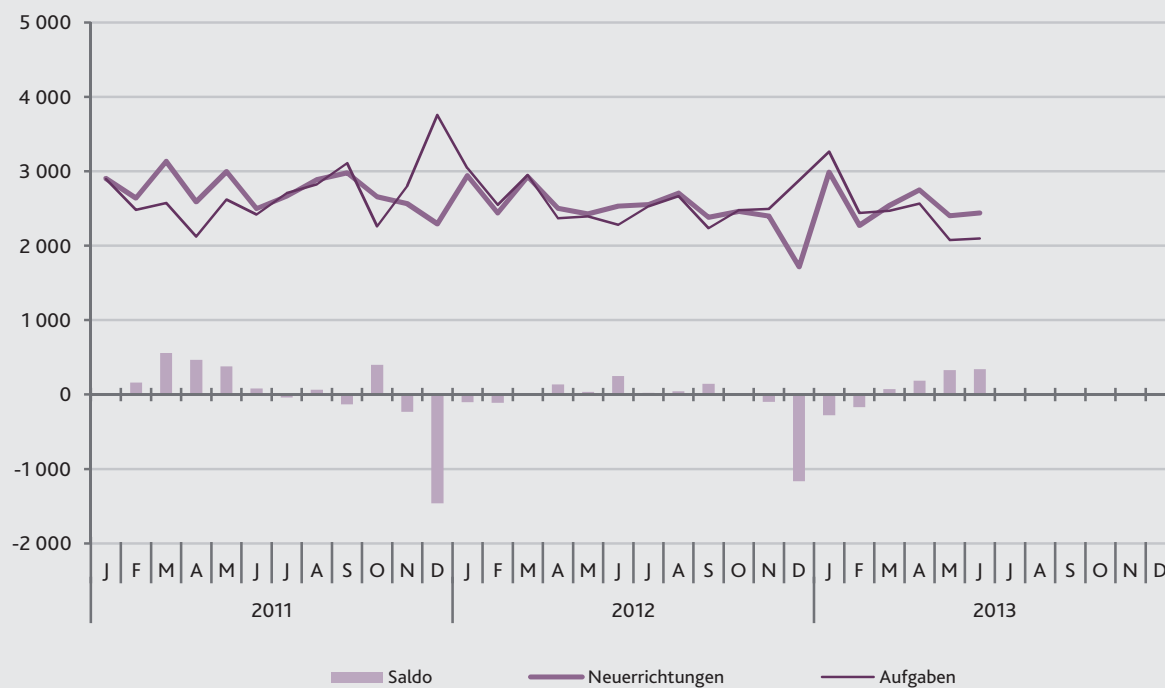
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



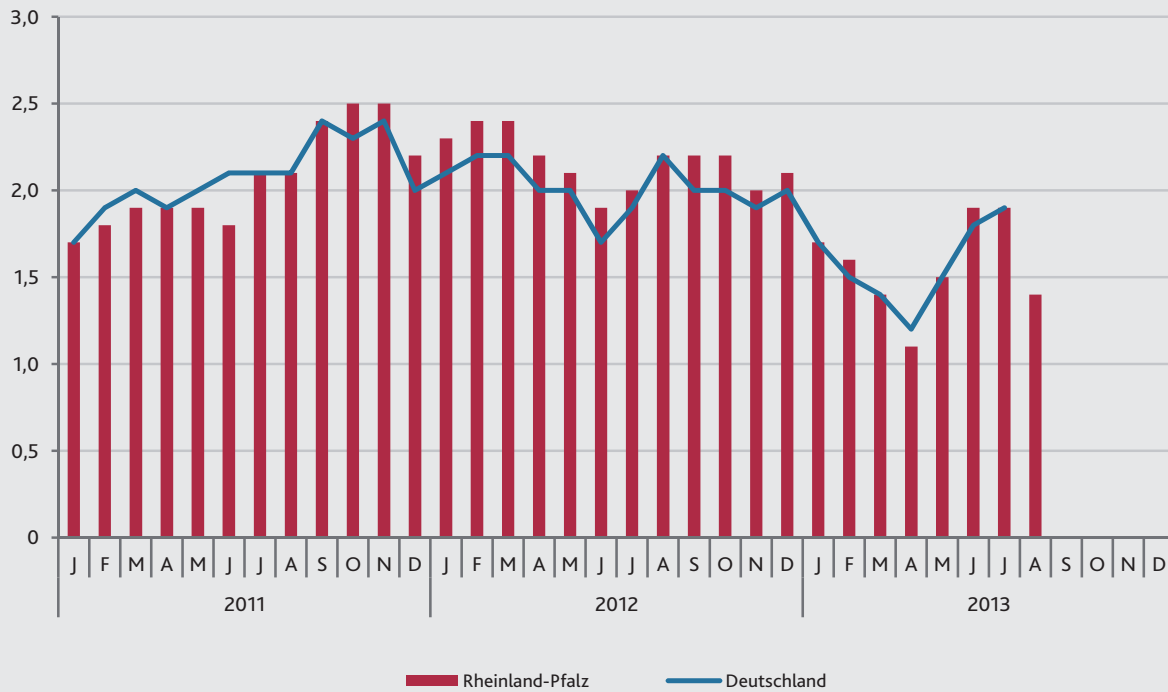
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



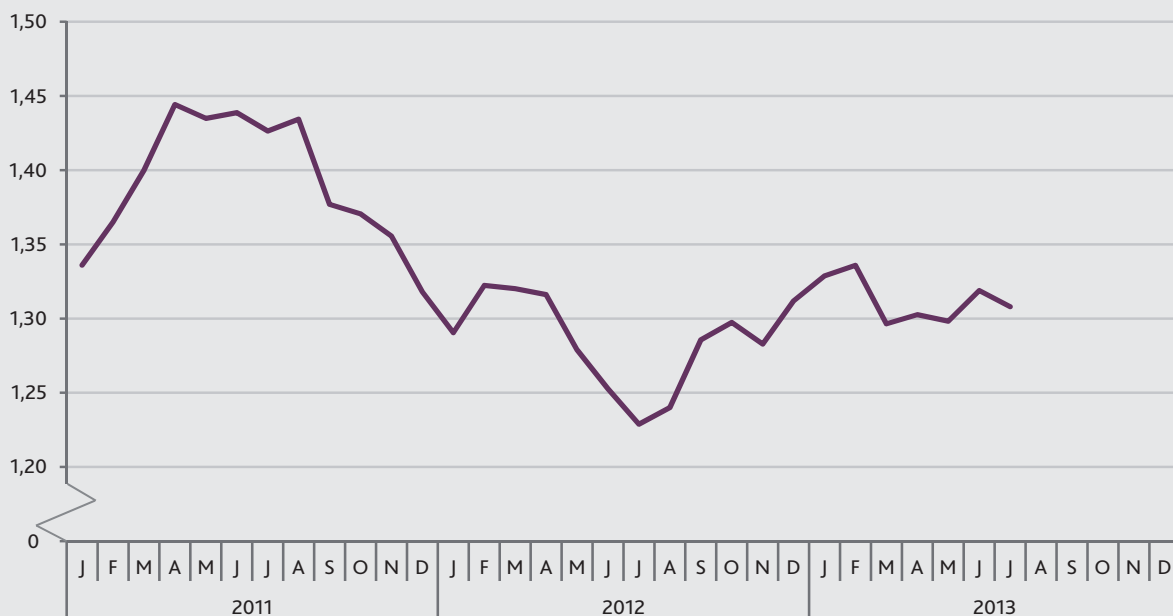
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

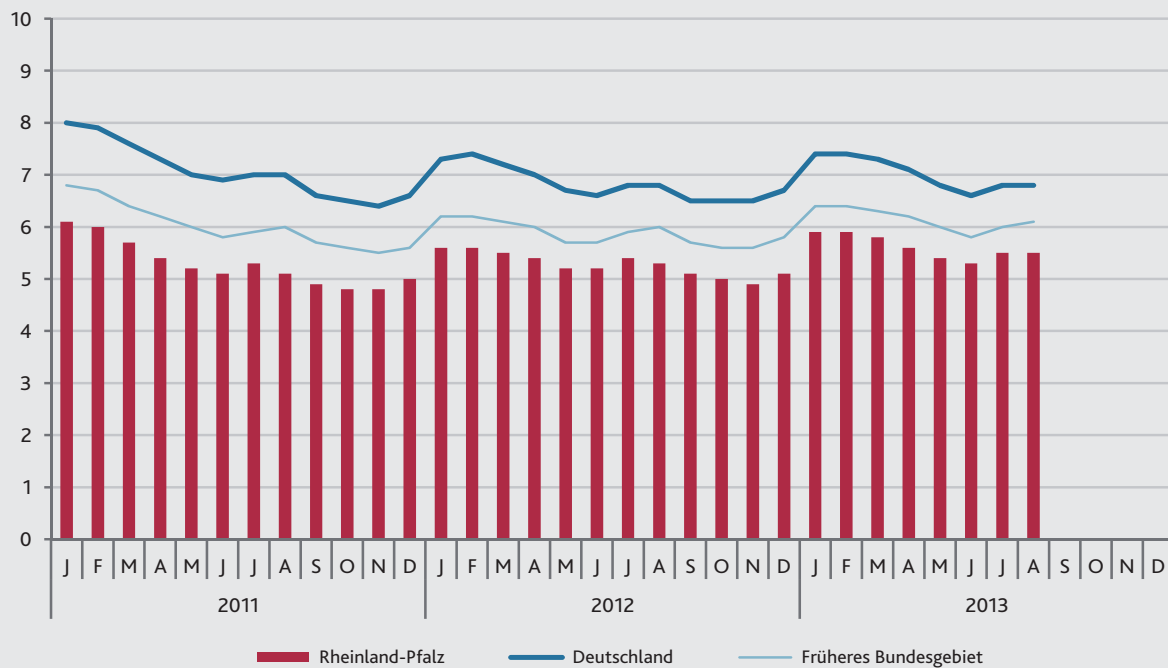
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

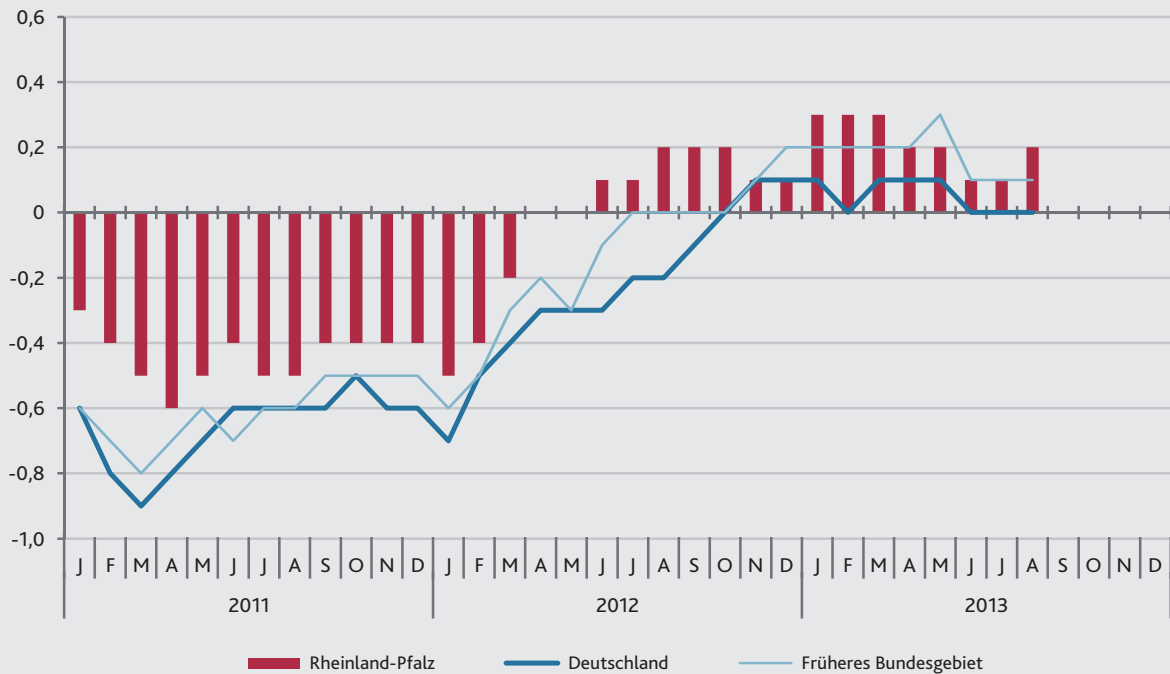
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

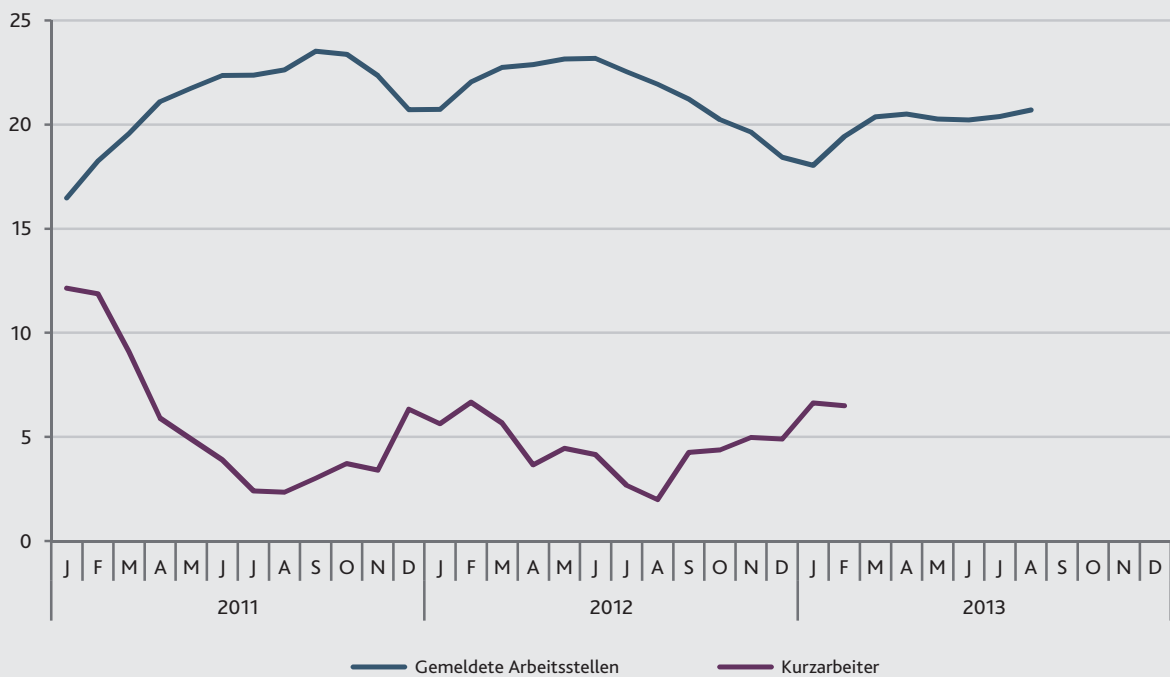
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

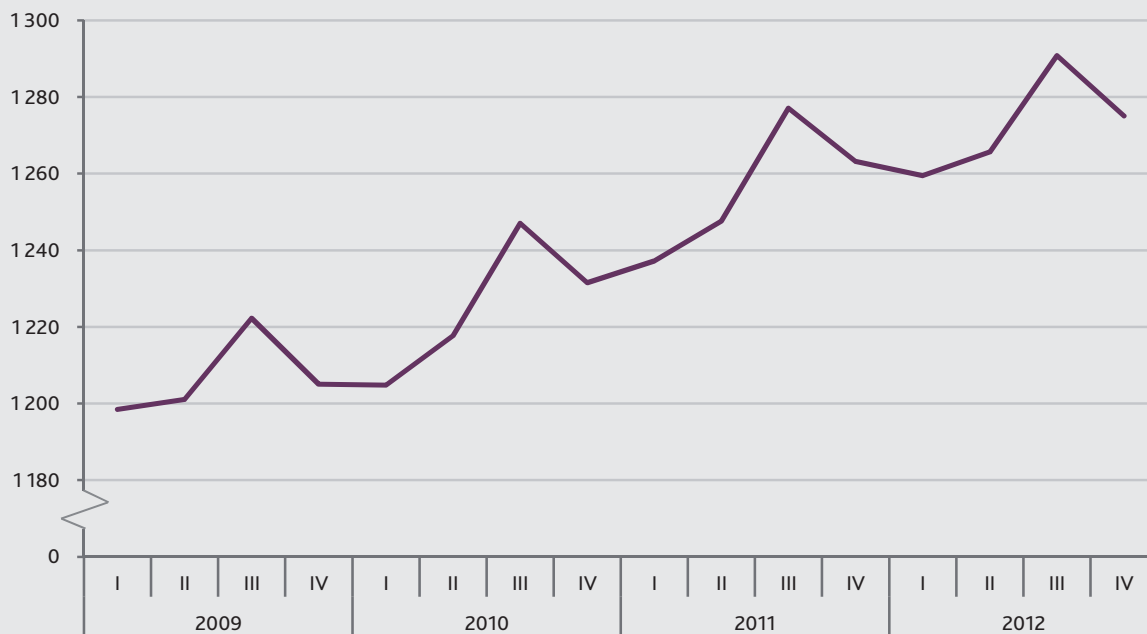
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

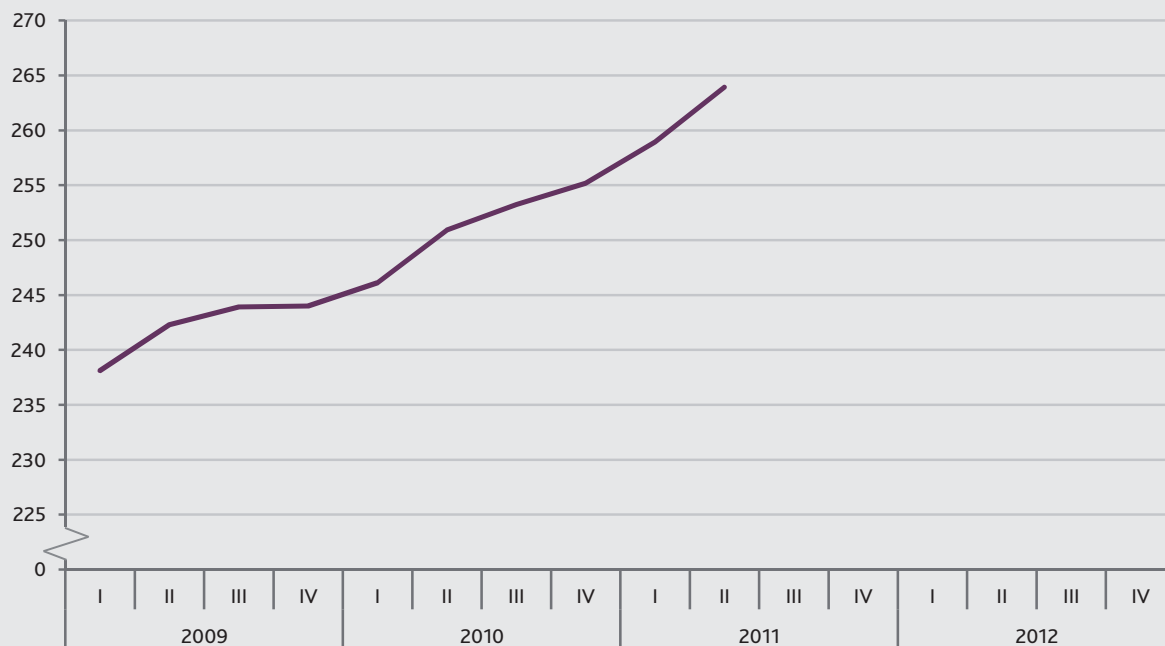
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

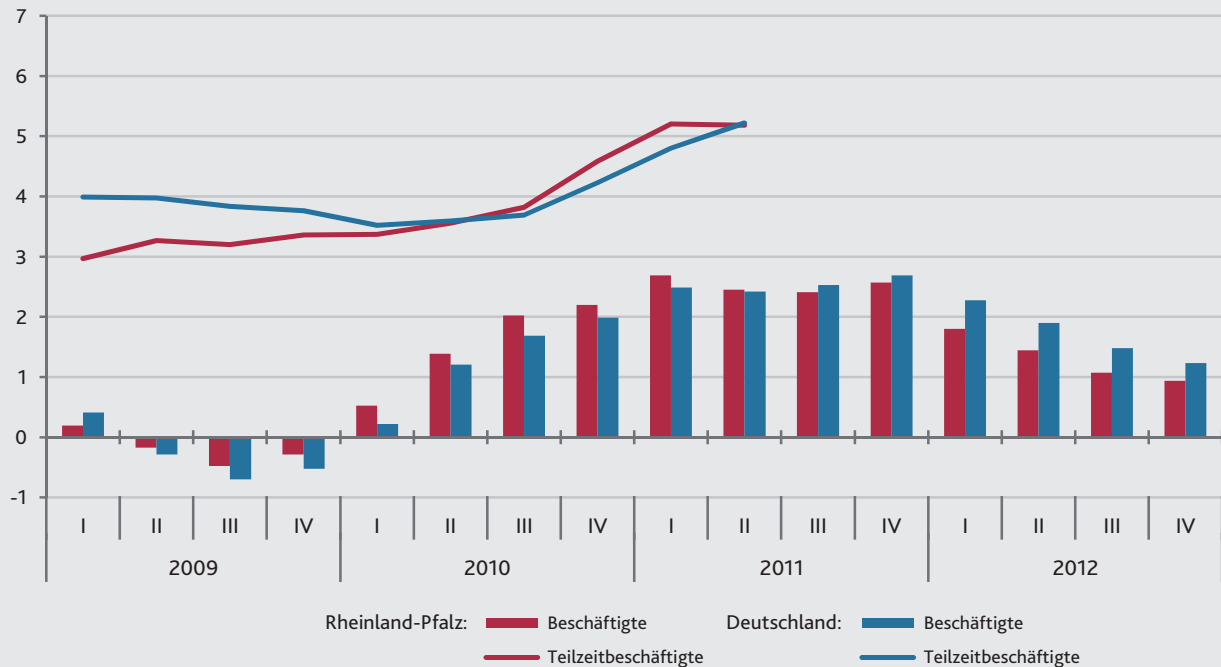


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

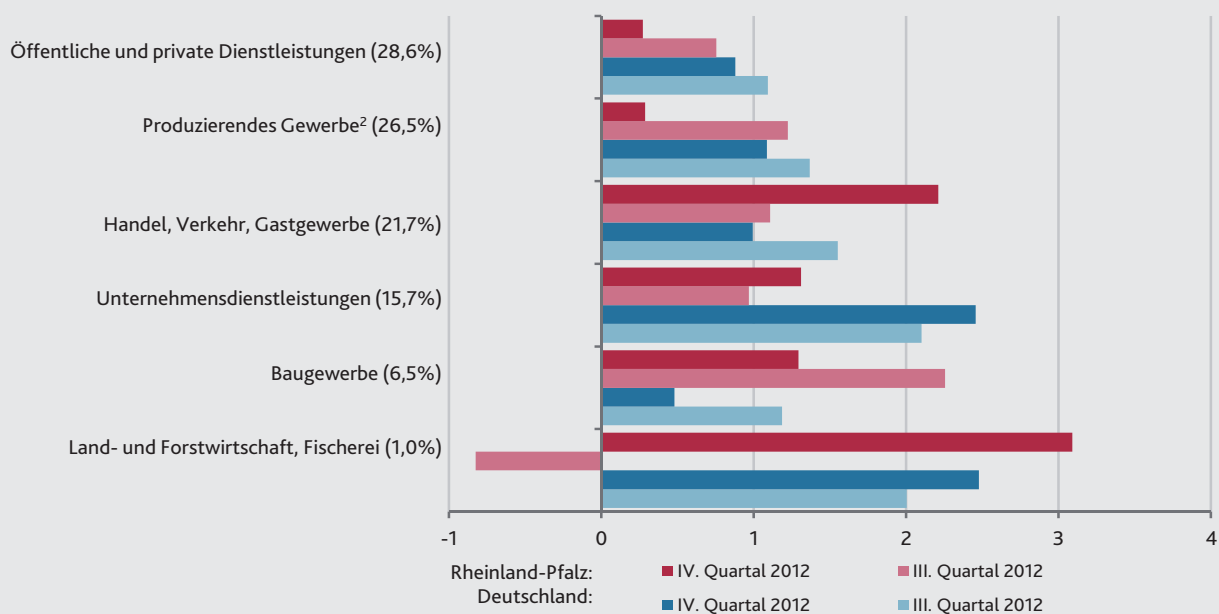


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

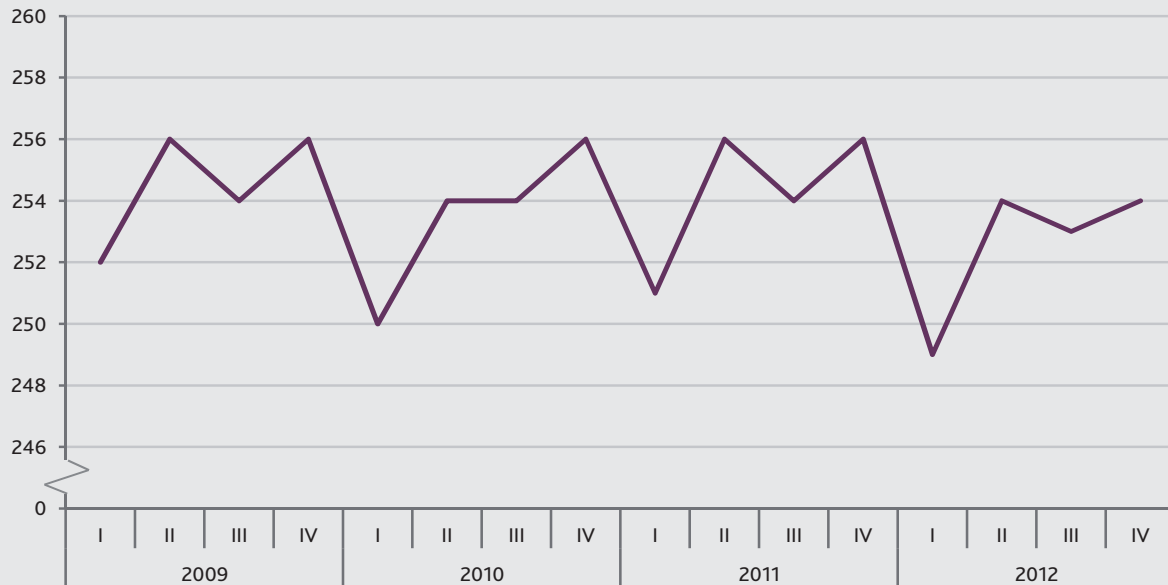
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

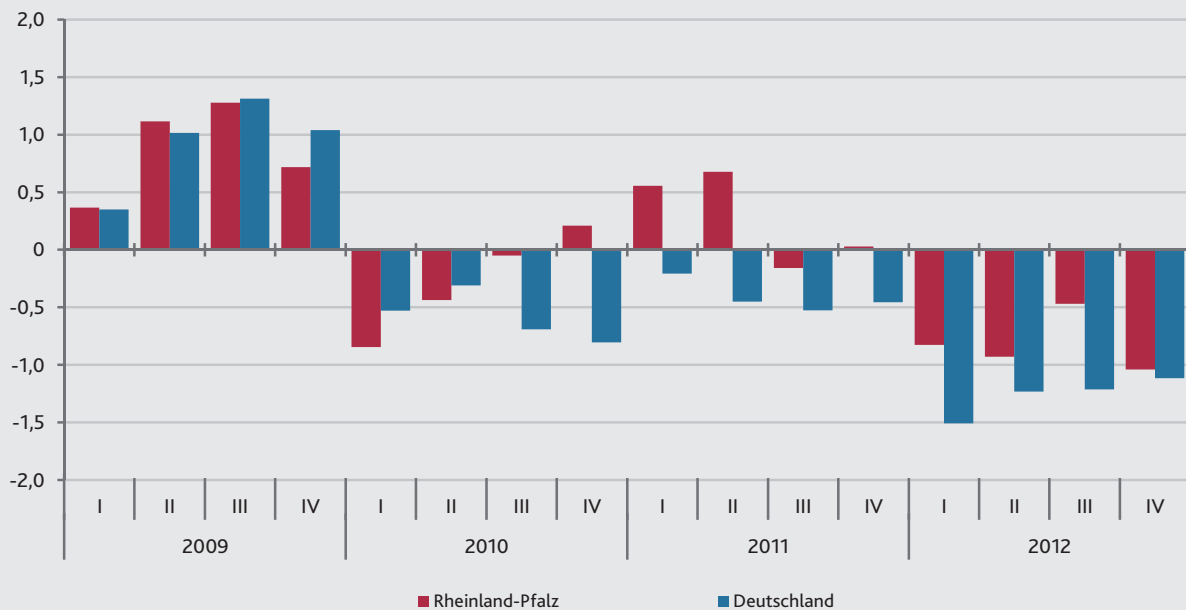
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

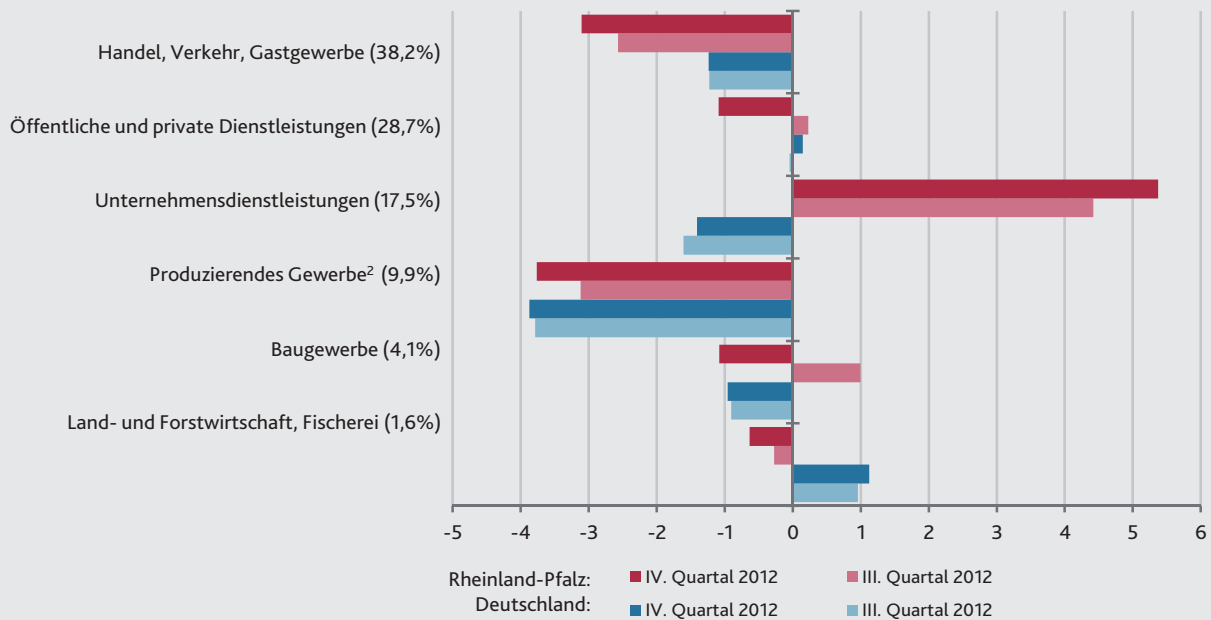
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. August 2013.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat

beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d. h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaft-

liche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 953	128 083	137 842
752	134 121	126 824	133 450	125 432
6 058	134 545	157 264	113 035	110 138
134 628	157 827	111 776	80 756	77 082
157 811	113 035	84 980	63 568	61 111
113 466	84 980	64 829	77 648	92 396
87 007	64 829	78 146	92 396	125 873
65 282	78 146	94 429	125 873	103 801
78 320	94 429	125 677	103 801	69 111
95 409	125 677	107 027	69 111	

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 990 ²	3 990 ²	3 988	3 988	3 988	3 990	3 989	3 988	3 987
darunter Ausländer ³	1 000	277 ²	288 ²	278	279	280	289	289	290	292

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 684	1 687	654	1 021	1 221	367	486	1 124	1 122
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 590	2 597	2 331	2 482	2 407	2 067	2 349	2 290	2 511
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,8	7,8	7,4	7,3	7,3	6,1	7,7	6,8	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 637	3 700	3 792	3 853	3 864	3 739	4 170	4 558	4 246
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	11,1	12,0	11,4	11,8	11,0	13,6	13,5	13,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	9	11	13	12	8	4	6	11	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	4,2	5,6	4,8	3,3	1,9	2,6	4,8	4,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 047	-1 103	-1 461	-1 371	-1 457	-1 672	-1 821	-2 268	-1 735
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-3,1	-3,3	-4,6	-4,0	-4,4	-4,9	-6,0	-6,7	-5,3

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 807	9 262	7 281	8 765	9 240	10 014	7 799	8 582	9 567
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 307	3 739	2 844	3 644	3 877	4 197	3 356	3 708	4 034
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 153	8 197	6 855	7 665	7 526	8 915	7 154	7 308	8 067
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 325	2 430	2 131	2 318	2 068	2 779	2 413	2 216	2 352
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	654	1 065	426	1 100	1 714	1 099	645	1 274	1 500
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	12 938	13 154	11 631	13 132	13 096	15 220	11 369	12 618	12 957

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10}

Beschäftigte ^{9,10}	Einheit	2009	2010	2011		2012				
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹¹	1 000	1 201	1 218	1 248	1 277	1 263	1 259	1 266	1 291	1 275
* Frauen	1 000	549	558	571	585	584	580	580	593	591

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahres-durchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 11 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

Beschäftigte ^{1, 2}		Einheit	2009	2010	2011		2012				
			30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
*	Ausländer/-innen	1 000	76	78	84	87	82	86	91	93	88
*	Teilzeitbeschäftigte	1 000	242	251	264
*	darunter Frauen	1 000	208	214	224
davon nach Wirtschaftsbereichen ³											
*	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	11	11	12	12	9	11	12	12	10
*	produzierendes Gewerbe	1 000	404	402	411	419	414	415	417	425	416
*	Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	264	265	270	278	274	272	274	281	280
*	Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	176	187	195	201	197	198	199	203	199
*	Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	345	353	359	367	369	365	363	370	370

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
* Arbeitslose	Anzahl	111 054	111 079	109 030	114 009	111 860	115 573	112 964	117 933	118 465
* Frauen	Anzahl	52 451	52 306	52 125	55 273	54 325	53 498	52 931	56 096	56 804
* Männer	Anzahl	58 603	58 774	56 905	58 736	57 535	62 075	60 033	61 837	61 661
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	40 987	42 428	39 289	44 134	42 551	44 734	43 231	47 761	47 374
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	70 067	68 651	69 741	69 875	69 309	70 839	69 733	70 172	71 091
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,3	5,3	5,2	5,4	5,3	5,4	5,3	5,5	5,5
* Frauen	%	5,4	5,3	5,3	5,6	5,5	5,4	5,3	5,6	5,7
* Männer	%	5,2	5,2	5,1	5,2	5,1	5,5	5,3	5,4	5,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	4,8	4,7	6,0	5,5	4,9	4,8	6,1	6,1
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,0	3,0	4,1	4,0	3,1	3,0	4,2	4,4
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,7	5,4	5,5	5,5	5,7	5,6	5,6	5,6
* Ältere von 55–65 Jahren	%	6,3	6,2	5,9	6,0	6,0	6,2	6,1	6,1	6,2
* Ausländer/-innen	%	11,8	12,0	11,6	11,8	11,8	11,8	11,5	11,7	11,8
* Deutsche	%	4,8	4,8	4,7	4,9	4,8	4,9	4,8	5,0	5,1
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	5 754	4 447	4 156	2 670	1 987
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 201	21 513	23 173	22 537	21 934	20 270	20 223	20 384	20 693

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni		März	April	Mai	Juni
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	225 426	218 183	221 986	221 112	219 244	221 247	221 382	220 494	...
* darunter Frauen	Anzahl	115 815	122 591	114 227	113 973	113 101	113 978	114 071	113 795	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	160 240	154 825	157 786	157 086	155 759	157 077	157 207	156 497	...
* nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Anzahl	65 186	63 359	64 200	64 026	63 485	64 170	64 175	63 997	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	62 785	60 950	61 728	61 540	61 041	61 796	61 810	61 627	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	552	528	548	586	599	602	665	628	519
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	518	493	515	540	563	566	613	571	479
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	1	...	4	3	8	6	2
Unternehmen	Anzahl	66	48	48	63	57	44	54	85	50
private Haushalte	Anzahl	484	478	499	523	538	555	603	537	467
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	848	867	853	984	1 101	876	1 195	1 163	889
* Umbauter Raum	1 000 m ³	595	590	615	653	682	628	741	741	623
* Wohnfläche	1 000 m ²	112	110	116	123	129	120	139	139	112
Wohnräume	Anzahl	4 524	4 399	4 515	4 886	5 177	4 708	5 510	5 494	4 493
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	156	162	168	176	182	180	217	211	172

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	135	124	126	145	125	111	131	135	125
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	12	11	17	12	10	15	17	15
Unternehmen	Anzahl	116	102	113	120	102	90	105	103	92
private Haushalte	Anzahl	6	11	2	8	11	11	11	15	18
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	35	14	12	28	22	46	12	14	171
* Umbauter Raum	1 000 m ³	977	882	554	1 060	657	635	802	1 346	878
* Nutzfläche	1 000 m ²	127	117	88	133	80	103	127	138	116
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	90	75	94	48	113	112	102	117

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 008	979	922	1 115	1 208	1 042	1 373	1 253	1 184
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 236	5 006	4 984	5 528	5 926	5 404	6 317	6 079	5 309

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 060	10 983	10 683	10 604	9 631	11 256	11 038	10 412	9 542
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 322	2 010	2 081	1 821	1 750	2 048	1 912	1 740	1 382
darunter										
* Kälber ²	t	12	9	10	8	4	15	5	5	4
* Jungrinder	t	15	9	9	8	4	10	9	8	5
* Schweine	t	8 683	8 924	8 543	8 738	7 834	9 152	9 085	8 625	8 117
* Eierzeugung ³	1 000	13 472	14 494	13 958	13 857	12 928	18 213	14 731	14 858	12 859

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	996	1 004	1 005	1 004	1 004	987	985	985	983
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	244 658	248 907	247 668	248 046	248 560	247 338	247 370	247 841	248 069
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 436	31 600	30 316	31 595	31 185	31 450	32 722	30 071	31 068
* Entgelte	Mill. EUR	928	974	966	1 250	982	917	1 001	1 255	997
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 918	7 047	6 918	7 338	7 359	7 210	7 395	7 192	7 118
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 888	3 981	3 907	4 211	4 151	4 065	4 175	4 077	3 969
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 778	1 769	1 792	1 782	1 949	1 926	1 980	1 850	1 939
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	98	93	95	94	97	92	85	100
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 148	1 199	1 126	1 250	1 164	1 123	1 148	1 181	1 111
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 208	2 340	2 296	2 519	2 424	2 470	2 484	2 454	2 328
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	912	901	895	877	976	998	1 032	923	949
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 658	3 798	3 766	4 044	4 108	3 951	4 031	4 021	3 933
Exportquote ⁷	%	52,9	53,9	54,4	55,1	55,8	54,8	54,5	55,9	55,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	104,3	101,4	100,2	105,9	103,1	111,3	111,3	101,5	105,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	97,9	99,3	98,4	100,9	99,2	108,6	107,2	97,0	100,5
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	114,6	105,9	103,8	114,7	110,8	119,3	123,0	112,8	117,3

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Nuckeleiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2011	2012				2013			
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
2010=100	108,3	98,7	95,5	94,2	110,4	93,9	96,9	80,1	95,2
2010=100	96,8	95,6	96,2	99,5	92,2	97,0	89,5	84,3	82,0
2010=100	95,1	99,3	97,8	102,8	97,8	116,6	108,8	99,3	104,0
2010=100	114,9	107,7	110,4	123,1	119,9	126,1	130,6	132,3	127,8

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	168	172	172	172	172	174	174	173	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 495	9 669	9 578	9 594	9 621	9 683	9 678	9 631	9 626
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 193	1 208	1 121	1 198	1 174	1 175	1 235	1 101	1 194
* Entgelte ³	Mill. EUR	37	39	44	37	40	37	48	39	39

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	419	448	430	393	407	531	479	391	456
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	406	433	415	378	391	517	463	377	443

Baugewerbe⁶

Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 263	38 505	38 632	38 545	39 001	37 463	38 118	38 219	38 604
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 933	3 816	3 942	4 248	4 146	3 248	4 349	3 946	4 342
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 565	1 610	1 621	1 800	1 724	1 446	1 829	1 666	1 845
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	934	906	944	1 006	959	796	968	897	985
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 434	1 300	1 377	1 442	1 463	1 006	1 552	1 383	1 512
darunter Straßenbau	1 000 h	717	626	682	732	727	457	747	663	762
* Entgelte	Mill. EUR	90	90	90	92	93	75	92	94	94

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Bauhauptgewerbe ²		Einheit	2011	2012			2013				
			Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	383	382	369	375	416	299	378	389	415
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	138	150	144	146	119	143	144	147	
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	104	102	97	91	113	89	101	107	107	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	142	122	140	158	91	134	138	160	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	77	69	58	71	77	36	64	65	79	

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁴	Einheit	2011	2012	2011	2012				2013	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe ⁵	Anzahl	353	395	352	395	395	395	395	416	415
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 485	14 919	13 629	14 704	14 948	15 138	14 886	15 297	15 479
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 448	4 814	4 523	4 769	4 758	4 930	4 798	4 628	4 988
* Entgelte	Mill. EUR	99	111	107	106	110	112	118	114	117
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	375	446	477	341	459	453	530	327	390

Handel⁶**Großhandel^{p, 7}**

Großhandel ^{P, 7}	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Beschäftigte	2005=100	120,9	121,6	121,0	121,1	121,3	122,6	123,1	123,6	123,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	128,1	133,1	131,8	131,9	133,1	138,4	139,2	140,7	140,6
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	120,7	114,1	108,7	117,6	118,6	112,5	119,3	116,0	117,7
* Umsatz real ⁹	2005=100	105,7	98,2	93,2	101,3	102,4	96,4	101,1	98,5	101,7

Einzelhandel^{p, 9}

* Beschäftigte	2010=100	101,6	102,6	102,7	102,1	102,1	101,2	101,5	101,3	101,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	102,2	102,7	103,3	102,4	103,0	101,3	102,1	102,1	102,1
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	102,6	104,8	102,9	106,9	106,5	106,0	105,7	104,9	102,9
* Umsatz real ⁸	2010=100	101,2	101,4	99,3	103,1	103,1	101,0	100,5	99,5	97,6

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1, 2}

Kfz-Handel^{P, 2} | | Einheit | 2011 | 2012 | | | | 2013 | | | | |-------------------------------|----------|--------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------| | | | Durchschnitt | April | Mai | Juni | März | April | Mai | Juni | | | * Beschäftigte | 2010=100 | 102,2 | 104,7 | 104,1 | 104,1 | 103,8 | 104,0 | 104,1 | 104,1 | 103,9 | | darunter Teilzeitbeschäftigte | 2010=100 | 103,2 | 110,2 | 108,7 | 109,1 | 109,8 | 113,9 | 113,9 | 114,7 | 115,7 | | * Umsatz nominal ³ | 2010=100 | 106,3 | 99,8 | 106,1 | 107,0 | 104,8 | 102,7 | 110,8 | 99,2 | 101,2 | | * Umsatz real ³ | 2010=100 | 104,6 | 97,2 | 103,4 | 104,5 | 102,4 | 100,3 | 107,4 | 96,5 | 98,9 |

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2010=100	103,1	104,7	104,6	107,1	107,6	99,4	102,7	104,5	104,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,8	106,4	107,1	110,1	108,9	100,5	104,3	106,1	105,4
* Umsatz nominal ³	2010=100	107,3	104,5	106,2	119,4	110,9	96,1	110,0	122,1	107,3
* Umsatz real ³	2010=100	105,7	101,0	103,3	115,6	107,0	91,2	104,3	115,8	101,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	684	669	669	860	832	497	620	860	828
* darunter von Auslandsgästen	1 000	159	157	162	196	193	93	141	195	192
* Gästeübernachtungen	1 000	1 794	1 758	1 738	2 197	2 122	1 258	1 517	2 240	2 057
* darunter von Auslandsgästen	1 000	448	443	408	540	521	214	347	544	509

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 931	1 858	1 734	1 760	2 118	1 442	1 577	1 624	1 900
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 318	1 248	1 214	1 204	1 526	800	963	1 124	1 267
* Getötete Personen	Anzahl	16	17	12	13	27	8	14	17	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	9	6	8	10	8	9	16	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	4	3	9	-	-	1	8
Radfahrer	Anzahl	1	2	-	1	3	-	-	-	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	1	1	-	5	-	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 709	1 620	1 603	1 571	1 986	1 062	1 287	1 445	1 644

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
schwer verletzte Personen	Anzahl	320	302	267	292	428	180	206	300	325
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	136	118	142	156	127	119	144	135
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	75	72	62	60	141	10	26	84	109
Radfahrer	Anzahl	50	48	44	55	76	11	14	33	39
Fußgänger	Anzahl	34	32	32	22	37	23	28	20	30

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 789	12 263	12 756	13 741	14 736	14 286	13 483	12 698	14 308
darunter										
Krafträder	Anzahl	608	593	1 021	950	779	1 145	1 104	968	757
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 699	10 321	10 325	11 341	12 155	11 656	10 928	10 442	12 094
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 003	943	907	989	1 033	1 030	901	868	1 023
Zugmaschinen	Anzahl	403	334	429	384	340	392	423	362	369

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2011	2012	2011	2012				2013	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	54 787	52 780	55 876	56 012	54 910	45 803	54 393	53 786	55 824
Personenkilometer ³	Mill.	537	454	594	528	455	391	442	437	522

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Güterempfang	1 000 t	1 064	1 058	1 097	1 025	1 061	985	1 054	1 157	1 199
* Güterversand	1 000 t	778	815	880	763	840	650	937	845	874

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 737	...	4 011	3 847	4 055	3 722	3 898	4 145	3 977
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	292	...	285	278	298	264	289	295	297
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 411	...	3 665	3 514	3 697	3 347	3 497	3 711	3 548

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2011	2012			2013				
			Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	24	...	26	28	26	19	21	21	23
*	Halbwaren	Mill. EUR	168	...	180	186	174	163	177	173	176
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 220	...	3 459	3 300	3 497	3 166	3 299	3 518	3 349
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	921	...	1 008	908	994	936	969	968	943
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 298	...	2 451	2 393	2 503	2 229	2 330	2 550	2 406
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 612	...	2 718	2 644	2 769	2 589	2 691	2 763	2 766
*	darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 235	...	2 281	2 199	2 313	2 207	2 297	2 340	2 362
	Belgien	Mill. EUR	184	...	193	200	196	185	193	198	198
	Luxemburg	Mill. EUR	58	...	65	58	63	47	48	59	56
	Dänemark	Mill. EUR	36	...	37	35	40	33	33	37	35
	Finnland	Mill. EUR	29	...	34	38	33	24	35	33	36
	Frankreich	Mill. EUR	428	...	460	404	417	442	459	457	408
	Griechenland	Mill. EUR	29	...	21	33	51	33	30	39	38
	Großbritannien	Mill. EUR	217	...	208	187	212	208	230	225	243
	Irland	Mill. EUR	9	...	11	11	11	11	12	12	13
	Italien	Mill. EUR	251	...	239	248	261	214	228	222	230
	Niederlande	Mill. EUR	221	...	214	221	225	236	225	233	250
	Österreich	Mill. EUR	150	...	149	150	155	147	153	146	144
	Schweden	Mill. EUR	66	...	78	72	75	55	61	68	74
	Spanien	Mill. EUR	183	...	177	172	190	182	173	171	177
	Portugal	Mill. EUR	22	...	20	18	23	28	34	34	38
*	Afrika	Mill. EUR	90	...	110	91	100	101	102	110	92
*	Amerika	Mill. EUR	457	...	561	530	554	438	491	620	528
	darunter nach USA	Mill. EUR	278	...	384	327	367	248	309	416	307
*	Asien	Mill. EUR	538	...	580	537	585	565	583	618	560
	darunter nach China	Mill. EUR	149	...	154	169	162	164	140	147	134
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	40	...	41	46	48	29	31	34	31

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 625	...	2 898	2 624	2 747	2 404	2 671	2 837	2 523
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	243	...	292	263	279	253	254	269	258
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 282	...	2 487	2 255	2 359	1 975	2 182	2 329	2 030
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	126	...	62	110	110	38	39	37	38
* Halbwaren	Mill. EUR	314	...	369	308	317	244	387	360	320
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 842	...	2 056	1 836	1 932	1 693	1 756	1 932	1 671

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2011	2012			2013				
			Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	520	...	559	513	571	509	540	603	485
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 322	...	1 498	1 323	1 361	1 184	1 215	1 329	1 186
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	1 893	...	2 112	1 927	2 027	1 754	1 937	2 098	1 911
*	darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 595	...	1 838	1 611	1 673	1 546	1 684	1 824	1 710
	Belgien	Mill. EUR	275	...	319	293	298	284	314	320	301
	Luxemburg	Mill. EUR	44	...	47	49	41	34	38	43	37
	Dänemark	Mill. EUR	14	...	18	17	18	15	18	18	19
	Finnland	Mill. EUR	12	...	12	12	9	7	7	8	7
	Frankreich	Mill. EUR	253	...	287	251	224	238	249	249	228
	Griechenland	Mill. EUR	8	...	9	8	8	8	8	8	10
	Großbritannien	Mill. EUR	82	...	91	78	92	85	89	95	91
	Irland	Mill. EUR	11	...	16	12	12	11	12	14	30
	Italien	Mill. EUR	157	...	168	158	171	158	169	168	175
	Niederlande	Mill. EUR	262	...	279	250	261	219	242	328	269
	Österreich	Mill. EUR	86	...	114	87	96	72	86	80	79
	Schweden	Mill. EUR	26	...	39	31	36	40	37	46	39
	Spanien	Mill. EUR	96	...	114	92	111	105	105	149	116
	Portugal	Mill. EUR	16	...	16	17	20	14	23	20	19
*	Afrika	Mill. EUR	52	...	50	43	46	50	111	84	39
*	Amerika	Mill. EUR	267	...	321	266	299	257	258	330	253
	darunter aus USA	Mill. EUR	184	...	229	183	200	200	206	239	209
*	Asien	Mill. EUR	409	...	411	383	368	336	362	321	315
	darunter aus China	Mill. EUR	168	...	145	148	183	157	158	148	150
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	...	4	7	7	7	4	5	5

Gewerbeanzeigen⁴

Gewerbeanzeigen ⁴	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 272	3 039	3 027	2 903	3 037	3 071	3 331	2 862	2 897
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	553	517	512	451	517	509	518	426	461
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 168	1 971	1 980	1 971	2 007	2 014	2 224	1 958	1 968
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 230	3 086	2 894	2 869	2 741	2 943	3 132	2 511	2 563
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	459	470	442	439	410	477	463	378	371
sonstige Stilllegungen	Anzahl	2 238	2 089	1 918	1 949	1 865	1 981	2 083	1 678	1 713

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Insgesamt	Anzahl	611	578	549	679	624	516	595	528	558
davon										
* Unternehmen	Anzahl	102	91	104	98	122	100	89	72	90
* Verbraucher	Anzahl	387	377	366	469	377	288	379	357	364
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	91	60	96	104	110	114	84	88
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	19	19	16	21	18	13	15	16
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	93	144	68	79	264	81	99	62	76

Handwerk²

	Einheit	2011	2012	2011	2012				2013	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,3	99,5	99,7	98,9	99,0	101,7	99,1	97,6	97,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	104,2	101,2	120,0	85,8	103,2	104,5	113,8	80,7	100,9

Preise

Preise	Einheit	2011	2012			2013				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010= 100	102,1	104,3	103,8	104,3	104,7	105,6	105,8	106,3	106,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010= 100	101,1	102,1	102,1	102,1	102,2	103,1	103,4	103,6	103,6

Verdienste⁷

	Einheit	2011	2012	2011	2012				2013	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 593	3 677	3 312	3 301	3 356	3 371	3 397	3 417	...
* Frauen	EUR	3 077	3 147	2 864	2 871	2 903	2 918	2 940	3 006	...
* Männer	EUR	3 798	3 891	3 490	3 475	3 538	3 551	3 584	3 585	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 228	6 509	5 591	5 704	5 769	5 786	5 831	5 986	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 075	4 209	3 796	3 821	3 869	3 893	3 927	3 956	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 153	3 165	2 911	2 846	2 893	2 917	2 927	2 878	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 579	2 653	2 411	2 390	2 455	2 481	2 493	2 400	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 926	2 026	1 854	1 866	1 915	1 928	1 958	1 911	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2011	2012	2011	2012				2013	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 842	3 939	3 449	3 412	3 515	3 523	3 555	3 525	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 542	3 748	3 289	3 327	3 335	3 404	3 402	3 338	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 943	4 077	3 508	3 522	3 607	3 600	3 634	3 670	...
* Energieversorgung	EUR	5 173	4 963	4 477	4 233	4 330	4 312	4 418	4 239	...
* Wasserversorgung ²	EUR	2 987	3 138	2 822	2 878	2 900	2 959	2 954	2 956	...
* Baugewerbe	EUR	3 090	3 207	2 981	2 818	3 025	3 113	3 086	2 684	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 412	3 503	3 211	3 228	3 250	3 268	3 292	3 343	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 300	3 425	3 038	3 109	3 121	3 131	3 136	3 206	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 888	2 994	2 707	2 714	2 758	2 769	2 786	2 822	...
* Gastgewerbe	EUR	2 058	(1 955)	2 004	1 898	1 897	1 893	1 909	1 949	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 847	4 742	4 359	4 200	4 290	4 313	4 341	4 342	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 598	(4 771)	3 997	(4 040)	(4 049)	(4 086)	(4 087)	4 121	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 772	3 762	3 577	3 477	3 495	(3 562)	(3 575)	3 345	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 022	4 263	3 672	3 719	3 802	3 776	3 778	4 134	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 940	(2 064)	1 902	1 937	1 974	2 010	2 082	2 048	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 338	3 385	3 219	3 227	3 232	3 280	3 288	3 333	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 040	4 030	3 946	3 934	3 935	3 950	3 953	4 009	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 567	3 563	3 381	3 300	3 332	3 372	3 378	3 403	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 374	3 401	3 228	3 144	3 264	3 290	3 269	3 997	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 828	3 037	2 682	2 829	2 874	2 879	2 890	2 872	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2010	2011	2012				2013	
		Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 827	117 322	117 670	117 908	119 731	118 696	119 564	118 904
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 434	12 311	11 737	12 113	12 169	11 771	12 042	11 935

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2010	2011		2012				2013	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 693	14 643	14 919	15 322	15 413	14 983	14 601	14 273	13 753
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 701	90 369	91 014	90 473	92 149	91 942	92 921	92 546	92 449
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 680	107 341	107 259	108 841	110 912	110 406	110 893	110 469	110 111
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 386	97 143	97 203	98 754	100 226	99 954	100 152	99 940	99 761
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 294	10 198	10 056	10 087	10 686	10 452	10 741	10 529	10 350
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	10 147	9 981	10 411	9 067	8 819	8 290	8 671	8 435	8 026

Einlagen und aufgenommene
Kredite von Nichtbanken

Sichteinlagen	Mill. EUR	109 118	111 359	112 585	111 755	111 769	113 388	116 085	112 938	112 603
Termineinlagen	Mill. EUR	41 764	43 847	44 412	44 477	45 313	47 540	50 320	50 117	50 925
Sparbriefe	Mill. EUR	31 010	30 198	30 667	29 818	29 377	29 346	29 382	27 314	26 702
Spareinlagen	Mill. EUR	7 040	7 672	7 981	7 962	7 870	7 596	7 548	6 985	6 710
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	29 304	29 642	29 525	29 498	29 209	28 906	28 835	28 522	28 266
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	106 608	108 983	110 083	109 246	109 216	110 892	113 330	110 206	109 800
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	104 341	106 437	107 012	106 764	106 499	108 148	108 998	107 236	107 139
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 267	2 546	3 071	2 482	2 717	2 744	4 332	2 970	2 661
	Mill. EUR	2 510	2 376	2 502	2 509	2 553	2 496	2 755	2 732	2 803

Steuern

Einheit	2011	2012				2013			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 398	3 533	3 578	4 126	3 189	2 763	3 979	3 890	3 106
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 002	1 088	1 254	1 684	742	558	1 503	1 554	660
Lohnsteuer	Mill. EUR	699	728	993	671	599	542	1 059	687	628
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	136	147	413	-	-	-	437	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	130	161	- 13	403	- 16	- 38	7	427	- 62
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	73	78	177	317	142	30	351	143	95

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2011	2012				2013			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	30	34	110	7	17	10	75	11	14
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	102	-	7	-	68	-	3
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	69	87	- 13	287	1	13	11	287	- 16
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 7	- 1	- 1	-	-	-	- 4	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 397	2 444	2 325	2 442	2 447	2 205	2 476	2 336	2 447
Umsatzsteuer	Mill. EUR	441	462	476	404	459	358	463	447	521
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 956	1 982	1 848	2 038	1 988	1 847	2 013	1 889	1 926

Zölle

Mill. EUR	205	193	170	186	192	161	164	167	177
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter	Mill. EUR	109	111	101	126	106	95	103	146	106
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	27	28	27	15	32	20	25	36	34
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	43	35	42	48	43	35	42
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	45	31	76	32	28	36	75	31

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	7	14	11	11	19	18	15	12	15
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	20	25	28	25	26	26	31	25	32
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	11	12	11	10	12	12	14	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	1	1	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	4	3	2	3	3	3

Einheit	2011	2012	2011	2012				2013	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	541	601	595	521	711	582	590	576	641
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	4	5	6	4	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	116	122	107	113	122	142	111	116	125
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	412	462	476	394	572	420	462	443	497
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	9	12	9	9	13	14	12	13	15

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

Einheit	2011	2012	2011	2012				2013	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Mill. EUR	824	889	1 121	543	1 016	849	1 149	632	962
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	334	377	352	369	501	314	321	432
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	320	336	576	45	337	339	621	65
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	40	38	75	2	39	33	79	2
									35

Einheit	2011	2012				2013			
	Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Mill. EUR	738	809	836	1 211	698	546	938	1 063	676
Landessteuern	Mill. EUR	43	55	55	52	59	60	63	56
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	370	411	440	702	267	183	559	634
Lohnsteuer	Mill. EUR	236	249	318	228	197	173	345	235
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	55	68	- 6	171	- 7	- 16	3	181
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	31	36	87	156	69	14	173	69
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	15	48	3	7	4	33	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	43	- 7	143	0	7	6	144
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	304	320	341	457	302	242	314	373
Umsatzsteuer	Mill. EUR	211	225	229	353	221	175	226	265
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	92	95	112	105	81	67	87	108
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	0	0	19	17	1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	0	-	6	6	0	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	0	-	38	33	1	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	0	-	8	7	0	-
									6

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 808	1 871	1 855	2 163	1 725	1 498	2 052	2 047	1 669
Bundessteuern	Mill. EUR	109	111	101	126	106	95	103	146
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	436	475	546	761	326	240	666	692
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 257	1 279	1 208	1 276	1 275	1 147	1 282	1 209
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	0	- 0	19	17	1	- 0
									15

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im August 2013

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 2012/2013
Kennziffer: B2013 201200

Berufsbildung 2012
Kennziffer: B2053 201200

Ausbildungsförderung 2012
Kennziffer: B3063 201200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau und Ernte von Gemüse und Erdbeeren 2012
Kennziffer: C1063 201201

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und
Grünland 2013 – Getreide- und Winterrapsernte
(vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: C2023 201300

Schweinebestände und Schweinehaltungen
am 3. Mai 2013
Kennziffer: C3083 201321

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2013 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201306

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im Juni 2013
Kennziffer: E1033 201306

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Mai 2013
Kennziffer: E4023 201305

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen in der Energie-
und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseiti-
gung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen 2011
Kennziffer: E4033 201100

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe 2012
Kennziffer: G1013 201200

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im Juni 2013
Kennziffer: G1023 201306

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im Juni 2013
Kennziffer: G4023 201306

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Mai 2013
Kennziffer: H1023 201305

Binnenschifffahrt im Mai 2013
Kennziffer: H2023 201305

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im Juli 2013
Kennziffer: M1013 201307

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
im Mai 2013
Kennziffer: M1043 201342

Kaufwerte für Bauland 2012
Kennziffer: M1063 201200

Umwelt

Waren, Bau- und Dienstleistungen für den
Umweltschutz 2011
Kennziffer: Q3023 201100

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Mai 2013
Kennziffer: Z1013 201305

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe August 2013
Kennziffer: Z2201 201308

Broschüre: Rheinland-Pfalz heute 2013

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Simone Emmerichs

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte